Nr. 332.

33. Jahrgang.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando Vierteljährl. 3,90 Mk., monatl. 1,30 Mk., wöchentlich 30 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,30 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Sonntag, den 3. Dezember 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Das Hilfsdienstgesetz angenommen.

Der Durchbruchssieg am Argesul.

Siegreiches Vordringen am oberen und unteren Argesul. — Bei Smorgon, Pinsk, in den Waldkarpathen, an der Siebenbürgengrenze, in der Dobrudscha vergebliche russische Angriffe.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 2. Dezember 1916. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Auf beiden Ancre-Ufern, am St. Pierre-Vaast-Walde und südlich der Somme bei Chaulnes entwickelte sich zeitweilig starker Artilleriekampf.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Russische Vorstöße nördlich von Smorgon und südlich von Pinsk scheiterten verlustreich.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph.

Die Angriffe der Russen und Rumänen in den Waldkarpathen und siebenbürgischen Grenzgebirgen dauern an. Der Ansturm richtete sich gestern vornehmlich gegen unsere Stellungen an der Baba Ludowa und Gura Rucada, östlich von Dorna Watra sowie im Trotosu- und Ojtoz-Tal; er war vergeblich und mit schweren Verlusten für den Feind verbunden.

Deutsche Truppen in den Wald-Karpathen machten bei Gegenstößen an einer Stelle über 1000 Gefangene.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Die Kämpfe in der Walachei entwickeln sich zu einer großen Schlacht.

Der aus dem Gebirge südöstlich von Campulung heraustretende Armeeflügel gewann in den Waldbergen zu beiden Seiten des Dambovita-Abschnitts kämpfend Boden.

Am Argesul, südöstlich von Pitesti, ist die sich zum Kampf stellende 1. rumänische Armee von deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen nach zähem Ringen durchbrochen und geschlagen worden. Das bis zu einem Divisionsstabsquartier vorstoßende, oft bewährte bayerische Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 18 nahm dort gefangenen Generalstabsoffizieren Befehle ab, aus denen hervorgeht, daß in der von uns durchstoßenen Stellung die 1. Armee sich bis zum letzten Mann schlagen sollte. Der Armeeführer, wohl im Bewußtsein des geringen moralischen Wertes seiner Truppen, knüpfte an den in romanischem Phrasenschwung gehaltenen Ausdruck die Erwartung „auszuhalten und bis zum Tode gegen die grausamen Barbaren zu kämpfen" die Androhung sofort zu vollstreckender Todesstrafe gegen die Feiglinge in seiner Armee! —

Weiter unterhalb bis nahe der Donau ist der Argesul im Kampf erreicht.

An Gefangenen hat — soweit Zählung bisher möglich — der 1. Dezember uns 51 Offiziere und 6115 Mann, an Beute 49 Geschütze und 100 gefüllte Munitionswagen neben vielen Hundert anderer Truppenfahrzeuge eingebracht.

In der Dobrudscha schlugen bulgarische Truppen starke russische Angriffe ab.

Mazedonische Front.

Auch auf diesem Kriegsschauplatz blieben wieder Vorstöße der Entente nordwestlich von Monastir und bei Gruniste ohne jeglichen Erfolg.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

*

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, 2. Dezember, abends. (W. T. B.)

Im Westen und an der Ostfront nichts Wesentliches.

In den Karpathen erneute, aber wieder vergebliche Entlastungsvorstöße.

Für uns günstige Entwicklung der Lage in Rumänien.

Nordwestlich Monastir starkes Feuer. Bulgarischer Vorstoß warf dort den Angreifer zurück.

Der österreichische Bericht.

Wien, 2. Dezember 1916. (W. T. B.) Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Südwestlich von Bukarest wurde der untere Argeso gewonnen. Alle Versuche des Feindes, dem Vordringen der Donau-Armee durch Gegenangriff Halt zu gebieten, waren vergebens. Südöstlich und östlich von Pitesti stellte sich die erste rumänische Armee erneuert zur Schlacht. General Stratilesen trug in seinem Befehle allen Offizieren und Truppen auf, auf ihren Plätzen zu sterben, da von dem bevorstehenden Kampfe das Schicksal Rumäniens abhänge. Die österreichisch-ungarischen und deutschen Truppen warfen den Feind nach heftigem Ringen. Ein bayerisches Regiment stieß im Argeso-Tale weit über die durchbrochene Linie des Gegners hinaus; die Rumänen wichen in Unordnung. Auch im Dambovita-Tal südöstlich von Campulung wurde rumänischer Widerstand gebrochen. Ein feindlicher Gegenstoß im Prahova-Tale scheiterte am Widerstand der dort fechtenden österreichisch-ungarischen Regimenter.

Die Beute des gestrigen Tages — es wurden über 6000 Gefangene, 49 Geschütze, 100 gefüllte Munitionswagen gezählt — bietet einen Maßstab für die Niederlage, die der Gegner erlitt. Vergeblich versuchten die Russen, durch ihre Karpathenoffensive noch in letzter Stunde Hilfe zu bringen.

Die Angriffe der Rumänen im Grenzgebirge westlich von Focsani, die Anstürme zweier russischer Armeen gegen die Linie der Generale von Arz und von Koeveß scheiterten gestern wie an allen vorangegangenen Tagen. Außergewöhnlich hohe feindliche Verluste bilden vorerst das einzige Ergebnis, das die Entlastungsoffensive in den Karpathen für unsere Gegner aufzuweisen hat.

Nördlich der Karpathen bei den k. u. k. Streitkräften nichts Neues.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Italiener setzten ihr Geschützfeuer im Karstabschnitt mit großem Munitionsaufwand fort. Auch nachts war der Artilleriekampf, insbesondere im Südteile der Hochfläche, lebhafter als bisher.

Ein Angriff feindlicher Flieger auf Ortschaften im Wippachtale hatte nicht den geringsten Erfolg.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

In Albanien unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.
v. Hoefer, Feldmarschalleutnant.

Die Erhöhung der Familienunterstützung beschlossen

Bei der dritten Lesung des Hilfsdienstgesetzes gab der Staatssekretär des Innern Dr. Helfferich folgende Erklärung ab:

Der Bundesrat hat bezüglich der Familienunterstützungen beschlossen, die Unterstützung von monatlich 20 M. für Ehefrauen und 10 M. für sonstige Berechtigte zu erhöhen, und zwar bis einschließlich April, beginnend mit einschließlich November dieses Jahres. Der für November fällig gewordene Betrag wird den Familien mit der zweiten Dezemberrate Mitte Dezember ausgezahlt werden, so daß ihnen zu Weihnachten ein größerer Betrag zur Verfügung steht. Weiter hat der Bundesrat beschlossen, die Zuschüsse zu der Kriegswohlfahrtspflege der Gemeinden von monatlich 20 auf 30 Millionen Mark zu erhöhen. Das bedeutet monatlich eine Mehrausgabe von 55 Millionen Mark. Weiter hat der Bundesrat beschlossen, daß die Familien der aus dem Heeresverband Entlassenen die Unterstützung noch einen halben Monat länger beziehen, damit sie bei der Regelung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse eine Hilfe haben. Ich glaube, der Bundesrat ist damit den Wünschen des Reichstags in weitem Maße entgegengekommen.

Die vom Bundesrat beschlossene Erhöhung der Familienunterstützung durch das Reich entspricht einem Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der vom Reichstag in eine Resolution verwandelt und dann einstimmig angenommen wurde. Während der Verhandlungen über das Hilfsdienstgesetz wurde von der sozialdemokratischen Fraktion wiederholt betont, daß zugleich mit der Annahme des Gesetzes durch den Reichstag auch die Erhöhung der Familienunterstützung beschlossen werden müsse. Diesem berechtigten Verlangen hat der Bundesrat Rechnung getragen.

Die entscheidende Sitzung.

Mit 235 gegen 19 Stimmen bei 8 Enthaltungen hat der Reichstag am Sonnabend das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst angenommen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat für das Gesetz gestimmt. Sie hat das in erster Linie deshalb getan, weil es sich um einen Akt der Solidarität mit unseren feldgrauen Volksgenossen handelte. Würde die Bevölkerung des Hinterlandes vor dem Opfer zurückscheuen, das ihm durch das Gesetz abgefordert wird, so müßte das für die Kämpfenden draußen die verhängnisvollsten Folgen haben. Der Soldat im Schützengraben hat unendlich mehr zu tragen, als der Arbeiter daheim. Auch wir leiden unter dem Krieg — aber was der Krieg wirklich bedeutet, das wissen nur die, die draußen sind. Sie würden es nicht verstanden haben, wenn ihnen der Reichstag die Hilfe, die das Gesetz bringen soll, verweigert hätte.

Die sozialdemokratische Fraktion billigt den Zweck des Gesetzes. Den Entwurf dagegen, den der Bundesrat dem Reichstag unterbreitete, hat sie für ein verfehltes Mittel gehalten. Dieser Entwurf hat die weitestgehende Umgestaltung erfahren, und diese Umgestaltung, die durchgehend im Interesse der Arbeiter und Angestellten erfolgt ist, wurde nur dadurch möglich, daß sich die sozialdemokratische Fraktion der positiven Mitarbeit an dem Gesetz nicht entzog. Was wäre denn geworden, wenn die sozialdemokratische Fraktion dieselbe Haltung eingenommen hätte wie die „Arbeitsgemeinschaft"? Das Gesetz wäre dennoch zustande gekommen, aber es wäre viel schlechter für die Arbeiter ausgefallen.

Durch die Zustimmung zu dem Gesetz hat die Arbeiterschaft aber auch die Möglichkeit gewonnen, an der unendlich wichtigen Ausführung des Gesetzes mitzuwirken. Jeder Hilfsdienstpflichtige muß sich genau mit dem Inhalt des Gesetzes bekannt machen, er muß über die Pflichten und Rechte, die ihm daraus erwachsen, genau Bescheid wissen. Dann wird er sich vor unberechtigten Schädigungen bewahren können.

Bei der Aufklärung der Bevölkerung wird der sozialdemokratischen Presse, der Partei und den Gewerkschaften eine sehr wichtige Rolle zufallen. Besonders werden die Gewerkschaften mit allen Fragen des Gesetzes dauernd befaßt sein, sie bieten den besten Schutz gegen Willkür und Unrecht. Wäre jeder Arbeiter gewerkschaftlich organisiert, dann brauchten wir uns über die schädlichen Wirkungen des Gesetzes ganz gewiß keinen übertriebenen Befürchtungen hinzugeben.

Es gilt also, für die Gewerkschaften zu wirken und sich durch Kenntnis des Gesetzes gegen unberechtigte Ansprüche zu wappnen. Damit wird praktisch für die Interessen der Arbeiterklasse etwas erreicht werden. Mit der Ablehnung des Gesetzes durch die Fraktion wäre nicht der geringste Nutzen gestiftet, sondern nur dem allgemeinen Interesse des arbeitenden Volkes und den Interessen unzähliger einzelner, die in den neuen Bestimmungen des Gesetzes ihren Schutz finden werden, geschadet worden!

*

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben:

Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst ist am Sonnabend durch die dritte Lesung im Reichstag unter Dach gebracht worden. Unter Fach ist es damit noch nicht. Das wird erst der Fall sein, wenn der Bundesrat dem Gesetzentwurf in der vom Reichstag beschlossenen Form seine Zustimmung erteilt hat. Daran ist allerdings nicht mehr zu zweifeln. Der Bundesrat hat sich in der letzten Zeit mehr als einmal bewogen gefühlt, Beschlüssen des Reichstags zuzustimmen, gegen die er bei den Vorberatungen mancherlei Einwendungen und Vorbehalte vorzubringen hatte. So gab der Staatssekretär des Innern vor einigen Tagen mitten in den Beratungen über das Hilfsdienstgesetz die Zustimmung des Bundesrats zum Gesetzentwurf über die Schutzhaft und den Belagerungszustand bekannt; so benutzte er am Sonnabend eine passende Gelegenheit, dem Reichstag mitzuteilen, daß der Bundesrat der vom Reichstag gewünschten Erhöhung der Familienunterstützungen zugestimmt habe. Um so mehr ist anzunehmen und auch aus dem Verhalten des Staatssekretärs Dr. Helfferich bei der dritten Beratung des Gesetzentwurfs zu schließen, daß der Bundesrat baldigst dem neuen Gesetzentwurf zustimmen wird, obwohl der Reichstag die anfängliche Vorlage des Bundesrats weit über ihre „lapidaren" Bestimmungen hinaus, wie man ihre Lückenhaftigkeit und Dürftigkeit beschönigend genannt hat, ausgebaut und verbessert hat.

Um eine Reihe von Bestimmungen ist am Sonnabend noch heiß gestritten worden. Innerhalb der bürgerlichen Parteien hatte man sich über eine Abschwächung der in

zweiter Lesung eingefügten Sicherung des Vereins- und Versammlungsrechts geeinigt. Wie Genosse Bauer durch einen ebenso scharfen wie vollauf berechtigten Angriff auf den Unterstaatssekretär Richter zur öffentlichen Kenntnis brachte, war gerade dieser rückständige Bureaukrat im Reichsamt des Innern bei der beabsichtigten Verschlechterung des Gesetzes aktiv beteiligt gewesen. Den eindringlichen Reden unserer Genossen gelang aber doch die Verhinderung dieser Verschlechterung. Es blieb bei dem Beschluß der zweiten Lesung. Leider war bei diesem Anlaß nicht auch die Sicherung des Koalitionsrechts zu erhalten. Aber es ist unverständlich, wie die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft nach der Ablehnung ihres Antrages ihrerseits die von der sozialdemokratischen Fraktion mühsam erkämpfte Sicherung des Vereins- und Versammlungsrechtes ablehnen konnte. Sie befand sich dabei wieder in Uebereinstimmung mit der äußersten Rechten.

Die von der sozialdemokratischen Fraktion für den Eisenbahnbetrieb verlangte obligatorische Einsetzung von Arbeiterausschüssen ist dagegen in der dritten Lesung abgelehnt worden. Der Staatssekretär Dr. Helfferich trägt daran die Hauptschuld, weil er bei dieser Gelegenheit von einer „Gefährdung" des ganzen Gesetzes sprach, eine Drohung, für die ihm von sozialdemokratischer Seite, besonders vom Genossen Legien, die gebührende scharfe Antwort erteilt wurde. Es mußte, da die Abstimmung zweifelhaft war, ein Hammelsprung vorgenommen werden, der eine Stimme Mehrheit für die Ablehnung unseres Antrages ergab. Es ist tief bedauerlich, daß um dieser einen Stimme willen die wertvolle Verbesserung des Gesetzes gefallen ist. Der laute Jubel auf der Rechten über das Abstimmungsergebnis aber war höchst unzeitgemäß.

Auch die Einbeziehung der landwirtschaftlichen Arbeiter in das schiedsgerichtliche Einigungsverfahren ist in der dritten Lesung aufrechterhalten worden. Ebenso ist die Mitwirkung des Reichstags auf einen ständigen Ausschuß gesichert. Staatssekretär Dr. Helfferich zeigte sich in diesem Punkte am Sonnabend erheblich zugänglicher als am Donnerstag. Bedauerlich ist, daß auch in diesem Falle die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft, nachdem ihr eigener weitgehender Antrag abgelehnt worden war, wiederum gegen die jetzt geltende Bestimmung stimmte, obwohl auch diese besonders unter Mitwirkung der sozialdemokratischen Fraktion zum Zwecke der Sicherung der Rechte der Volksvertretung zustande gekommen war.

Die Vertagung des Reichstags ist dieses Mal nicht durch Kaiserliche Verordnung erfolgt, sondern sie liegt in der Hand des Reichstags. Der Präsident begründete diese Art der Vertagung mit einem vielsagenden Hinweis auf den schnellen Gang der weltpolitischen Ereignisse in jüngster Zeit, der einen baldigen Wiederzusammentritt des Reichstags notwendig machen könne.

Der neue Rechtszustand.

Von Gustav Bauer.

Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst ist geschaffen, um für die Herstellung von Waffen und Munition zur Verteidigung des Landes gegen einen übermächtigen Feind die erforderlichen Arbeitskräfte freizubekommen. Es ist natürlich nicht möglich, jede andere Tätigkeit einzustellen. Zur Aufrechterhaltung unseres Wirtschaftslebens müssen auch andere nicht minder wichtige Arbeiten verrichtet werden.

Durch Zusammenlegung von Betrieben, die nicht voll beschäftigt und Schließung von Betrieben, die während des Krieges entbehrlich sind, wird es aber möglich sein, zahlreiche Arbeitskräfte frei zu bekommen. Ferner sollen die Angehörigen der Stände, die bisher eine geregelte nützliche Arbeit nicht verrichtet haben, zur Tätigkeit im vaterländischen Hilfsdienst herangezogen werden. Wenn solche Leute sich auch zur Arbeit in einer Waffen- und Munitionsfabrik nicht oft eignen werden, so können sie doch sehr wohl zu Bureau- und ähnlichen Arbeiten, öffentlichem Wachdienst usw, ganz gut verwandt werden.

Was ist „vaterländischer Hilfsdienst"?

Jede Tätigkeit, die bei Behörden, behördlichen Einrichtungen in der Kriegsindustrie, in der Land- und Forstwirtschaft, in der Krankenpflege, in kriegswirtschaftlichen Organisationen jeder Art oder in sonstigen Berufen oder Betrieben, die für Zwecke der Kriegführung oder der Volksversorgung unmittelbar oder mittelbar Bedeutung haben, gilt als „vaterländischer Hilfsdienst".

Die Regierung hat anerkannt, daß u. a. auch die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Angestellten zur Aufrechterhaltung der Kriegswirtschaft notwendig sind. Es ist also nicht zu befürchten, daß den Gewerkschaften die zur Aufrechterhaltung der Organisationen erforderlichen Kräfte entzogen werden.

Das Kriegsamt kann nachprüfen, ob die in einem kriegswirtschaftlichen Betrieb beschäftigten Personen wirklich alle gebraucht werden. Damit soll verhindert werden, daß sich Leute damit vor der Arbeit drücken, daß ein befreundeter Unternehmer sie als bei sich beschäftigt anmeldet, während sie in Wirklichkeit keinen Finger krumm machen. Ueber die Frage, ob ein Beruf oder Betrieb für Zwecke der Kriegführung oder Volksversorgung unmittelbar oder mittelbar von Bedeutung ist und ob die Zahl der dort beschäftigten Personen das Bedürfnis übersteigt, entscheiden Ausschüsse, die für den Bezirk jedes Stellvertretenden Generalkommandos gebildet werden.

Wie sind die Ausschüsse zusammengesetzt?

Aus einem Offizier als Vorsitzenden, zwei höheren Staatsbeamten, von denen einer der Gewerbeaufsicht angehören soll, sowie aus je zwei Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer.

Wer mit der Entscheidung eines Ausschusses nicht zufrieden ist, kann Beschwerde an eine beim Kriegsamt (Kriegsministerium) einzurichtende Zentralstelle einlegen.

Wer ist hilfsdienstpflichtig?

Alle männlichen Deutschen, soweit sie nicht beim Heere sich befinden, vom vollendeten 17. bis zum vollendeten 60. Lebensjahre ohne Unterschied des Standes und des Berufes. Für Frauen und Mädchen besteht also keine Arbeitspflicht.

Wie erfolgt die Heranziehung zum vaterländischen Hilfsdienst?

Zunächst soll jeder Hilfsdienstpflichtige, der nicht bereits in einem den Zwecken des vaterländischen Hilfsdienstes dienenden Betrieb oder Beruf tätig ist, sich eine ihm zusagende Beschäftigung im vaterländischen Hilfsdienst suchen. Nach Inkrafttreten des Gesetzes werden öffentliche Aufforderungen zur freiwilligen Meldung erlassen werden. Wird dieser Aufforderung nicht entsprochen, so kann der einzelne Hilfsdienstpflichtige durch besondere schriftliche Aufforderung eines Ausschusses herangezogen werden, der für jeden Bezirk einer Ersatzkommission (Bezirkskommando) zu bilden ist. Dieser Ausschuß besteht aus einem Offizier als Vorsitzenden, einem höheren Beamten und je zwei Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

Wer von diesem Ausschuß die schriftliche Aufforderung zur Tätigkeit im vaterländischen Hilfsdienst erhalten hat, ist verpflichtet, sich innerhalb zwei Wochen bei den öffentlichen Vermittlungsstellen Arbeit zu suchen. Geschieht das nicht, dann kann der Ausschuß ihm eine Beschäftigung anweisen.

Bei dieser Ueberweisung zur Beschäftigung ist auf das Lebensalter, die Familienverhältnisse, den Wohnort und die Gesundheit sowie auf die bisherige Tätigkeit des Hilfsdienstpflichtigen nach Möglichkeit Rücksicht zu nehmen; desgleichen ist zu prüfen, ob der in Aussicht gestellte Arbeitslohn den Beschäftigten und etwa zu versorgenden Angehörigen ausreichenden Unterhalt ermöglicht.

Wer der Meinung ist, daß er nicht zu arbeiten braucht oder nicht arbeiten kann, hat das Recht, sich über die Heranziehung zur Arbeit durch den Ausschuß zu beschweren. Zuständig zur Entscheidung über die Beschwerde ist der bereits erwähnte Ausschuß bei dem Stellvertretenden Generalkommando.

Arbeiter werden einen solchen Streit wohl kaum zu führen haben, weil sie sich der Arbeit nicht entziehen, sondern froh sind, wenn sie eine lohnende Beschäftigung finden.

Diejenigen, die freiwillig zur Arbeit gehen, können sich aber auch einen Arbeitsplatz selbst suchen, der ihren Kräften und Fähigkeiten entspricht.

Wie steht es mit dem Wechsel des Arbeitsplatzes?

Der Hilfsdienstpflichtige darf nicht ohne weiteres aus dem Betriebe, in dem er beschäftigt ist, herauslaufen. Er braucht, wenn er eine andere Beschäftigung übernehmen will, einen Abkehrschein. In der Metallindustrie Groß-Berlins besteht eine solche Einrichtung seit länger als Jahresfrist auf Grund freier Vereinbarung zwischen den Organisationen der Arbeiter und der Unternehmer. Jetzt wird dieser Zustand für das ganze Reich herbeigeführt. Weigert ein Unternehmer sich, einem Arbeiter oder Angestellten den Abkehrschein auszustellen, dann kann der Betreffende Beschwerde an einen Ausschuß einlegen, der in der Regel für jeden Bezirk einer Ersatzkommission (Bezirkskommando) zu bilden ist und aus einem Beauftragten des Kriegsamts als Vorsitzenden sowie aus je drei Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer besteht. Je zwei dieser Vertreter sind ständig, die übrigen sind aus der Berufsgruppe zu entnehmen, welcher der beteiligte Hilfsdienstpflichtige angehört. Erkennt der Ausschuß nach Untersuchung des Falles an, daß ein wichtiger Grund für das Ausscheiden vorliegt, so stellt er eine Bescheinigung aus, die in ihrer Wirkung die Bescheinigung des Arbeitgebers ersetzt.

Als wichtiger Grund soll insbesondere eine angemessene Verbesserung der Arbeitsbedingungen im vaterländischen Hilfsdienst gelten.

Wer ohne Abkehrschein seine Arbeit verläßt, darf zwei Wochen lang von keinem anderen Unternehmer eingestellt werden.

Die Bewegungsfreiheit der Arbeiter ist also erheblich eingeschränkt, nicht aber ist es ihnen unmöglich gemacht, sich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschaffen. Zunächst muß einem jeden Hilfsdienstpflichtigen der Abkehrschein gegeben werden, wenn er eine besser bezahlte Arbeit bekommen kann. Dann aber werden durch das Gesetz Einrichtungen geschaffen zum

Schutz der berechtigten Interessen der Arbeitnehmer.

Es sind dies:

A. Arbeiter- und Angestelltenausschüsse.

In allen dem vaterländischen Hilfsdienst dienenden Betrieben, in denen in der Regel mindestens 50 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt sind, müssen ständige Arbeiterausschüsse bestehen.

Soweit für solche Betriebe ständige Arbeiterausschüsse nach § 134h der Gewerbeordnung oder nach den Berggesetzen nicht bestehen, sind sie zu errichten. Die Mitglieder dieser Arbeiterausschüsse werden von den volljährigen Arbeitern des Betriebes oder der Betriebsabteilung aus ihrer Mitte in unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. Das Nähere bestimmt die Landeszentralbehörde.

In Betrieben mit mehr als fünfzig Angestellten im Sinne des Angestelltenversicherungsgesetzes sind für diese Angestellten Angestelltenausschüsse zu errichten, die dieselben Befugnisse haben wie die Arbeiterausschüsse.

Die Arbeiter- und Angestelltenausschüsse haben die Wünsche und Forderungen der Arbeiter oder Angestellten dem Unternehmer zu unterbreiten und mit ihm zu verhandeln. Der Unternehmer ist zur Verhandlung verpflichtet, wenn mindestens ein Viertel der Mitglieder des Arbeiterausschusses ein solches Verlangen stellt.

Für die landwirtschaftlichen und die Eisenbahnbetriebe brauchen Arbeiterausschüsse nicht gewählt zu werden, weil sie dem Titel VII der Gewerbeordnung nicht unterstehen.

B. Schlichtungsstellen.

Kommt bei

Streitigkeiten über die Lohn- und sonstigen Arbeitsbedingungen

eine Verständigung zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeiterausschuß nicht zustande, so kann der zur Entscheidung über die Gewährung des Abkehrscheins gebildete Ausschuß als Schlichtungsstelle angerufen werden. Er besteht aus je 3 Vertretern der Arbeiter und der Arbeitgeber sowie einem Beauftragten der Militärbehörde als Vorsitzenden. Auf gemeinsamen Wunsch der Arbeitgeber und Arbeitnehmer kann auch ein Gewerbegericht oder ein Berggewerbegericht oder ein Kaufmannsgericht oder ein Einigungsamt einer Innung als Einigungsamt angerufen werden. In diesem Falle finden die §§ 66, 68 bis 73 des Gewerbegerichtsgesetzes entsprechende Anwendung mit der Maßgabe, daß ein Schiedsspruch auch dann abzugeben ist, wenn einer der beiden Teile nicht erscheint oder nicht verhandelt, sowie daß Personen, die an der einzelnen Streitsache als Arbeitgeber oder als Mitglied des Arbeiterausschusses beteiligt gewesen sind, bei dem Schiedsspruche nicht mitwirken dürfen.

Da wo ein ständiger Arbeiterausschuß nicht vorhanden ist, kann gleichfalls bei Streitigkeiten zwischen der Arbeiterschaft und dem Arbeitgeber über die Lohn- oder sonstigen Arbeitsbedingungen der Ausschuß als Schlichtungsstelle angerufen werden. Das Gleiche gilt für die landwirtschaftlichen Betriebe. Nur die Eisenbahnbetriebe sind ausgenommen.

Unterwirft sich der Arbeitgeber dem Schiedsspruche nicht, so ist den beteiligten Arbeitern auf ihr Verlangen die zum Aufgeben der Arbeit berechtigende Bescheinigung (Abkehrschein) zu erteilen. Unterwerfen sich die Arbeiter dem Schiedsspruche nicht, so darf ihnen aus der dem Schiedsspruche zugrunde liegenden Veranlassung die Bescheinigung nicht erteilt werden.

Für die industriellen Betriebe der Heeres- und Marineverwaltung sind durch die zuständigen Dienstbehörden Vorschriften über die Errichtung von Arbeiterausschüssen und Schlichtungsstellen zu erlassen.

Das

Vereins- und Versammlungsrecht

der im Vaterländischen Hilfsdienst beschäftigten Personen ist durch das Gesetz besonders geschützt. Die Ausübung dieses Rechts darf nicht beschränkt werden.

Von Wichtigkeit ist auch, daß gewerbliche Arbeiter, die etwa auf Grund dieses Gesetzes der Landwirtschaft überwiesen werden, nicht den landesgesetzlichen Bestimmungen über das Gesinde unterliegen.

Bei der Durchführung des Gesetzes wirkt auch eine vom Reichstage eingesetzte Kommission von 15 Mitgliedern mit.

Das Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Bundesrat bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens. Macht der Bundesrat von dieser Befugnis binnen eines Monats nach Friedensschluß mit den europäischen Großmächten keinen Gebrauch, so tritt das Gesetz außer Kraft.

Der Kampf in Rumänien und Mazedonien.

Der Vormarsch bis 20 Kilometer vor Bukarest. — Die Schlacht bei Satisköj in der Dobrudscha.

Sofia, 1. Dezember. Bericht des Bulgarischen Generalstabes vom 1. Dezember.

Mazedonische Front. In der Gegend von Monastir wiesen wir schwache Angriffe gegen das Dorf Tarnova und die Höhe 1248 leicht zurück. Im Cerna-Bogen wurde die Höhe 1050 und der Gipfel östlich vom Dorfe Paralowo von Artillerie heftig beschossen. In der Moglenica-Gegend und zu beiden Seiten des Wardar Artillerietätigkeit. An der Belasica-Front Ruhe. An der Struma Artilleriefeuer. An der Küste des Aegäischen Meeres näherten sich sechs von der Insel Thasos kommende Barken der Mündung des Mesta-Flusses, wir vertrieben sie aber durch Gewehrfeuer.

Rumänische Front. In der Walachei dauert der Vormarsch siegreich und ohne Unterbrechung fort. Am 25. November überschritten unsere Divisionen rasch die Donau bei Zimnicea und drängten stürmisch gegen Bukarest vor. Ueberall brachen sie in erbitterten Kämpfen den verzweifelten Widerstand des Feindes und fügten ihm schwere Verluste zu.

Am 27. November besetzten sie nach schwerem Kampfe Giurgiu und am 30. November überschritten sie die Linie Comana—Branistari—Ingureni, die ungefähr 20 Kilometer vom Fortsgürtel von Bukarest gelegen ist. Wir überwanden den verzweifelten Widerstand des Feindes und erbeuteten 2 schwere Geschütze, 14 Feldgeschütze, 7 kleine Kanonen und 5 Maschinengewehre. Ferner nahmen wir 4 Offiziere und 200 Soldaten gefangen. Auf dem Schlachtfelde ließ der Gegner zahlreiche Tote und Verwundete zurück. In der Dobrudscha griff das vierte sibirische Korps, bestehend aus der zweiten und zehnten Infanterie-Division mit ungefähr 15 Batterien nach längerer Artillerievorbereitung, die von 9 Uhr vormittag bis 4 Uhr nachmittag dauerte, unseren linken Flügel zwischen dem Dorfe Satisköj und der Donau an. Der Angriff wurde auch von den Batterien vom linken Donauufer her unterstützt. Gegen 1/25 Uhr nachmittags näherte sich feindliche Infanterie unter dem Schutze des Nebels unseren Stellungen; es entspann sich ein äußerst erbitterter Kampf. Zwei Panzerautomobile näherten sich mitten im stärksten Kampfgewühle unseren Schützengräben. Unsere tapferen, ruhmreichen Regimenter der Division Preslav unternahmen einen mutigen und stürmischen Gegenangriff und schlugen die Angreifer überall blutig zurück, erbeuteten die Panzerautomobile, worin vier Maschinengewehre gefunden, 2 Offiziere und 25 Mann gefangen wurden. Der Feind zog sich in seine ursprünglichen Stellungen zurück.

An der Donau Infanterie- und Artilleriefeuer.

*

Rumänischer Kriegsertrag.

Das von den Russen in Polen, Litauen, Kurland erprobte System der Landverwüstung soll jetzt auf Rumänien ausgedehnt werden. Reuter erfährt: Aus Jassy wird telegraphiert, daß energische Maßnahmen getroffen werden, um alles Getreide und Oel im dem Teile Rumäniens zu zerstören, der unmittelbar in Gefahr ist, in die Hände des Feindes zu fallen.

Mit solchen Maßnahmen gibt der Feind zu, daß seine Niederlage besiegelt ist.

*

Hervés Klage um Rumänien.

Bern, 2. Dezember. ((W. T. B.) Hervé schreibt: Während in den Geheimsitzungen der französischen Kammer geredet wird, handelt Deutschland. In Rumänien überstürzen sich die traurigen Ereignisse. Wenn es von einem Augenblick auf den andern heißen wird, Bukarest sei gefallen, sollte in Frankreich niemand darüber erstaunt sein. Während wir reden, hat diese furchtbare Nation das große Opfer des Zivildienstgesetzes auf sich genommen mit einem Patriotismus, der Respekt abzwingt. Zwar hat auch Bethmann Hollweg geredet, seinen männlichen Worten aber folgten sofortige Taten, deren Raschheit und Energie an die Beschlüsse Frankreichs in der Revolutionszeit erinnert.

Feindliche Heeresberichte.

Französischer Bericht vom 1. Dezember nachmittags. Orientarmee. Nordwestlich von Grunište scheiterten heftige Gegenangriffe der deutsch-bulgarischen Truppen gegen die am Vortage von der serbischen Armee eroberten Stellungen in ihrer Gesamtheit mit großen Verlusten für den Feind. An einigen Stellen gelang es dem Feind, in Gräben, die er am 30. November verloren hatte, Fuß zu fassen. Das fortgesetzt schlechte Wetter verhindert jede wichtige Unternehmung. Prilep wurde von unseren Flugzeugen mit Bomben belegt.

Russischer Bericht vom 30. November. Rumänische Front. Auf dem Wege von der Donau nach Bukarest griff der Feind die Rumänen in der Nähe von Gemantzi (?), Kalugareni und Romana an und eroberte gegen abend den letztgenannten Ort. In der Dobrudscha ist die Lage unverändert.

Rumänischer Bericht vom 1. Dezember. Nord- und Nordwestfront: An der Westgrenze der Moldau und bis zum Buzeuiale einschließlich lebhafte Kämpfe auf der ganzen Front. Bei Tablabutzi, Bratocea und im Prahovatale begleitete Artilleriefeuer die Kampfhandlungen der Infanterie. Mehrere feindliche Angriffe wurden zurückgewiesen. Die von Campulung zurückgehenden Truppen wurden heftig angegriffen. Sie leisteten südlich der Dambowitza in der Richtung auf Midlosani Widerstand. Westfront: Sehr heftige Kämpfe auf der Front Golesti (sechs Kilometer südlich Pitesti)—Glavaciwetal—Realjovtal bis Comanavos. Unsere Truppen machten mehrere hundert Gefangene und erbeuteten zehn Maschinengewehre und Kriegsmaterial. Südfront: In der Dobrudscha griffen wir auf der ganzen Front heftig an.

Straßenkämpfe in Athen.

Ministerpräsident Lambros hat Erklärungen abgegeben, mit denen er die ablehnende Haltung der Regierung bestätigte. Die antivenizelistischen Blätter nehmen einstimmig eine drohende Haltung ein und verlangen Widerstand. Mehrere Athener Regimenter sind mit Kriegsmaterial nach Nordosten abgezogen. Ein Telegramm des „Secolo" aus Athen berichtet, die Reservisten hätten die Höhenzüge um das Stadion befestigt. Ein englischer Offizier habe mit einer Truppenabteilung das deutsche und das österreichisch-ungarische Konsulat besetzt, wo Schildwachen die Archive bewachten.

Daß die Straßen Athens bereits zum Schauplatz gewaltsamer Vorgänge wurden, geht aus mehreren Nachrichten vom Freitag hervor. Der Athener Korrespondent von „Evening News" meldet, daß französische Matrosen und griechische Truppen mittags begonnen haben, aufeinander zu schießen. Nach einer Meldung Reuters wurde der Sekretär der britischen Gesandtschaft Bridgeman von Soldaten verhaftet und nach einer Polizeistation gebracht. Er wurde sofort wieder freigelassen.

Aus einem Telegramm Reuters erhellt, daß die Vorgänge in Athen schwere Kämpfe gewesen sind. Reuter meldet: Im Laufe des Tages kam es zu aufreizenden Szenen. Die griechischen Truppen versuchten, die Alliierten an dem Passieren gewisser Punkte zu verhindern. Es kam zu Zusammenstößen, wobei auch Schüsse fielen, die den ganzen Nachmittag fortdauerten. Der griechische Ministerpräsident und der französische Gesandte Guillemin besuchten den König.

Von amtlicher Seite wurde erklärt, daß auf Vorschlag Admirals Fournet ein Waffenstillstand beschlossen werden soll. Trotzdem hörte man Kanonendonner. Es heißt, daß die Franzosen den Hügel hinter dem Palais beschossen. Es herrscht große Panik.

„Daily Mail" meldet Reuter zufolge aus Athen vom 30. November: Das Feuer begann in der Nähe der Endstation der Piräus-Eisenbahn zwischen französischen Matrosen und griechischen Truppen. In Athen herrscht Panik. Menschen drängen sich durch die Straßen und die Läden schließen. Zwei französische Kreuzer sind in den Hafen von Phaleron eingefahren.

In Athen geht's heiß zu.

Amsterdam, den 2. Dezember. (T. T.) Nach Berichten aus London kam es gestern in Athen zu Straßenkämpfen. Da der unter Kontrolle und Zensur der Vierverbandsmächte arbeitende Nachrichtendienst die Dinge in einem für die Entente günstigen Lichte darstellt, wird man die volle Wahrheit erst später erfahren. Aber auch so ist zwischen den Zeilen noch deutlich genug zu lesen, daß es gestern in Athen heiß hergegangen ist.

General v. Beseler an die polnischen Legionen.

Die Ansprache, die Generalgouverneur v. Beseler in Warschau auf dem Sachsenplatz an die einziehenden polnischen Legionen hielt, lautete:

„Kameraden! Ich heiße Euch herzlich willkommen in der Hauptstadt Eures Vaterlandes, das Ihr durch Eure Tapferkeit mit habt befreien helfen. Eure Landsleute haben Euch zugejubelt und wir reichen Euch die Hand zu treuer Kameradschaft. Aus Euren tapferen Reihen wird hoffentlich bald ein polnisches Heer erstehen, das Euer Vaterland schirmen und schützen wird. Und wir werden uns freuen, Schulter an Schulter mit Euch weiter zu kämpfen. Das freie Königreich Polen hurra!"

Der Führer der Legionen Graf Szeptycki wiederholte die Worte in polnischer Sprache.

Henderson für Fortführung des Krieges.

London, 2. Dezember. (Reutermeldung.) Der Arbeiterführer und Minister Henderson sagte in einer Rede in Northampton, der Krieg könne noch lange dauern und von allen Kriegführenden beispiellose Leiden und Opfer fordern. Ein Friede, der für Deutschland günstig wäre, wäre für die Verbündeten unannehmbar. Sie dürften niemals an Frieden denken, solange ein Teil belgischen und französischen Gebiets in feindlichem Besitz sei. Im Sommer 1917 würde die Stärke Englands an Männern und an Munition den höchsten Punkt erreichen. Aber, wenn man den Krieg gewinnen wolle, so müßte der Dienst jedes körperlich leistungsfähigen Mannes und jeder Frau der Regierung zur Verfügung gestellt oder für die Nation nutzbar gemacht werden. Dieses könne am leichtesten durch ein Zusammenwirken der patriotischen Arbeiterführer erreicht werden.

Ausschreitungen der Ententetruppen in Afrika.

Ueber das Vorgehen der englischen und der unter englischem Oberbefehl stehenden französischen Truppen gegen die weiße Bevölkerung der deutschen Schutzgebiete Kamerun und Togo veröffentlicht das Reichskolonialamt soeben eine Denkschrift, deren Inhalt sich auf die beeidigten Angaben deutscher und neutraler Personen stützt. Während sie in ihrem zweiten Teil eine Einzeldarstellung zahlreicher Uebergriffe und Roheiten gibt, die sich Engländer und Franzosen gegen die Deutschen und Neutralen in Kamerun und Togo haben zuschulden kommen lassen, und dafür in ihrem dritten Teil das Beweismaterial beibringt, legt die vorangestellte Uebersicht dar, daß die Schuld an den kriegerischen Ereignissen in Afrika vor allem England zur Last fällt; sie gibt dann einen allgemein gehaltenen Ueberblick über die Ausschreitungen der feindlichen Truppen gegen das Privateigentum und Freiheit und Leben der weißen Bevölkerung.

Präsident Wilson annektiert.

Präsident Wilson tut einen Schritt, den die Imperialisten der Vereinigten Staaten loben werden. Er setzt daran, die politische Landkarte Amerikas zu verändern. Er trägt zwar zunächst die Farbe nur dünn auf, aber dem läßt sich mit weiteren Pinselstrichen nachhelfen. Das Ende der Republik San Domingo, der östlichen Grenznachbarin von Haiti, scheint gekommen. Associated Preß meldet aus New York: Nach einem Telegramm aus Santo Domingo ist ein amerikanischer Gouverneur in Santo Domingo ernannt worden.

Ein Telegramm des Wolffschen Bureaus aus Washington erläutert den Schritt. Beim Marinedepartement eingegangene Nachrichten besagen: Der amerikanische Kommandierende in den dominikanischen Gewässern hat eine zeitweilige Militärherrschaft verkündet, weil die Regierung der Republik sich geweigert hat, die Bezahlung der öffentlichen Schuld und der anderen Verpflichtungen zuzulassen, deren Erfüllung die Vereinigten Staaten verlangten.

Bedeutet die Weigerung, daß die Republik nicht zahlen kann, so ist die letzte Stunde ihrer Selbständigkeit gekommen. Die Vereinigten Staaten brauchen San Domingo und Haiti als Stützpunkt für die Beherrschung des mexikanischen Golfs, dieses amerikanischen Mittelmeers, und insbesondere brauchen sie es als Verstärkung der Rückendeckung des Panamakanals und als neue Brücke dorthin.

Das Munitionsgesetz über Südwales.

Die Bergarbeiter gegen die Grubenbesitzer und Kriegsmacher.

London, 1. Dezember. (W. T. B.) Nach „Daily News" hat Smillie, der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes, auf einer Konferenz von Bergleuten in Glasgow erklärt, er verstände nicht, weshalb man in gewissen Kreisen sich so darüber freute, daß die Bergwerke von Südwales unter das Munitionsgesetz gestellt würden. Wenn die Regierung vorgeschlagen hätte, die Bergwerke in öffentlichem Nutzen auszubeuten, so würden sie ihre Genugtuung darüber gezeigt haben. Aber es läge nicht in der Richtung, die die Bergleute wünschen, daß nur eine gewisse Aufsicht über die Bergwerke geübt werde und daß sie im übrigen unter dem Einfluß der gegenwärtigen Eigentümer und der Kriegsmacher blieben. Auf der nationalen Konferenz der Bergarbeiter, die nächste Woche in London stattfinde, werde wohl noch manches Wort über diese Frage gesprochen werden.

*

London, 2. Dezember. (W. T. B.) Reutermeldung. Die Regierung hat den Bergarbeitern von Südwales eine Lohnerhöhung von 15 Proz. bewilligt.

Der Untergang der „Imperatriza Maria".

Sofia, 2. Dezember. (T. U.) Laut „Voenni Investa" ist der vor kurzem gesunkene russische Dreadnought „Imperatriza Maria" nicht wie die amtliche russische Meldung besagte, durch Brand vernichtet worden, sondern durch Auflauf auf eine Mine bei Sulima. Der Dreadnought hatte die Aufgabe, die Dampfer, die Truppen und Lebensmittel nach der Dobrudscha brachten, zu begleiten. Als die Explosion erfolgte, entstand zwischen den Offizieren und Matrosen eine Schlägerei wegen der Besetzung der Rettungsboote. Das Schiff gab Hilfssignale ab, die russische Flotte hielt sich jedoch verborgen, da sie glaubte, daß ein U-Boot-Angriff erfolge.

Der Seekrieg.

Ein holländischer Dampfer mit Bannware versenkt.

London, 2. Dezember. (T. U.) Reuter meldet aus Las Palmas: Das holländische Passagierboot „Rindjani", das am 30. November dort ankam, berichtete, daß der niederländische Frachtdampfer „Kediri" von der Mannschaft verlassen worden war, während längsseits des Schiffes ein deutsches Unterseeboot lag. Ein kleines Unterseeboot kam längsseits der „Rindjani", worauf die deutschen Offiziere die Papiere untersuchten. Darauf konnte das Passagierboot die Reise fortsetzen. Die gesamte Bemannung der „Kediri" ist gelandet. Als man die „Kediri" zum letzten Male sah, wurde sie von deutschen Unterseebooten beschossen und befand sich in sinkendem Zustande. Nach einem Lloydsbericht ist das niederländische Dampfschiff gesunken. Die „Kediri" war ein Fahrboot vom Rotterdamer Lloyd und maß 3781 Brutto-Registertonnen. Der Dampfer war im Jahre 1901 in Hamburg erbaut worden und befand sich auf dem Wege von Ostindien nach Rotterdam.

Ein Truppentransport auf der „Britannic"?

Rotterdam, 2. Dezember. (W. T. B.) Nach aus London eingetroffenen Meldungen hatte der gesunkene englische Dampfer „Britannic" zwischen vier- bis fünfhundert Mann Truppen an Bord, die weder zur Schiffsbesatzung, noch zum Roten Kreuz gehörten. Außerdem befanden sich über hundert Offiziere, unter ihnen einige Flieger, und auch für Mudros bestimmte Ladung an Bord.

Französischer Truppentransport versenkt.

Berlin, 2. Dezember. Amtlich. Eines unserer Unterseeboote hat am 27. November in der Nähe von Malta den französischen vollbesetzten Truppentransportdampfer „Karnak", 6816 Brutto-Registertonnen, der sich auf dem Wege nach Saloniki befand, versenkt.

*

Versenkt und gesunken. Wolff meldet: Die französischen Segler „Briantais" (256 Tonnen) und „Cap Lihou" (252 Tonnen), sowie der belgische Fischkutter „Alfons Marceline" (60 Tonnen) wurden von Unterseebooten versenkt. — Lloyds meldet als versenkt die Goelette „Behrend" von London, der Dampfer „Egholm" (1348 Tonnen) aus Kopenhagen, ein Dampfer aus Bergen, der holländische Dampfer „Kediri" (3781 Tonnen), die Schooner „Heinrich" und „Christabel". Ferner wurden versenkt laut „Petit Journal" aus Marseille: der italienische Dreimaster „Salvatore Giampe" (Besatzung gerettet), laut „Petit Parisien" aus Madrid: die Dampfer „Dundee" und „Marie et August", laut „Temps" aus Marseille der Postdampfer „Karnak", der Messageries Maritimes, 6818 Tonnen, (alle Fahrgäste durch den Dampfer „Letitia" gerettet). Nach Lloydsmeldungen sind der norwegische Dampfer „Njaal" (718 To.) und der französische Schooner „St. Ansbert" (275 To.) gesunken.

Feindliche Kriegsberichte.

Französischer Bericht vom 1. Dezember nachmittags. An der ganzen Front war die Nacht ruhig. Die Fabriken von Diedenhofen und die Lager in der Gegend von Auvillers wurden gestern abend von unseren Flugzeugen mit Bomben belegt. — Abends. Mäßige Tätigkeit der Artillerie und Grabenmaschinen. Es ist kein Ereignis von Bedeutung zu melden. — An der belgischen Front schwacher Artilleriekampf von Steenstraete bis Het Sas.

Englischer Bericht vom 1. Dezember nachmittags. Ein feindlicher Luftangriff nordöstlich von Neuve-Chapelle mißglückte. Wir drängen in feindliche Gräben südlich von Armentières ein. — Abends. In der Umgebung von Gueudecourt und auf beiden Seiten der Ancre während des Tages heftiges feindliches Geschützfeuer, das wir erwiderten. Auf den anderen Kampfgebieten beträchtliche gegenseitige Tätigkeit der Grabenmörser.

Russischer Bericht vom 30. November. Westfront. Unbedeutende feindliche Truppenabteilungen versuchten beim Dorfe Teraplianka nordöstlich von Smorgon einen Angriff, der durch unser Feuer zum Stehen gebracht und in die Ausgangsgräben zurückgeworfen wurde. Unsere Artillerie zerstreute drei feindliche Kolonnen, jede eine Kompagnie stark, die aus der Gegend des Fleckens Gorodischtsche in östlicher Richtung vordrangen. In der Gegend von Korytnica eroberten unsere Truppen einen Teil der feindlichen Stellung, der in unsere Linie hineinragte. In den Waldkarpathen eroberten wir die Höhe Ruvarukade (?), 11 Werst südwestlich von Bakarka, nahmen dort 100 Deutsche gefangen und erbeuteten drei Maschinengewehre. In der Gegend der Höhen östlich von Kirlibaba wird der Kampf noch fortgesetzt. Wir machten dort im Laufe zweier Tage ungefähr 900 Gefangene und erbeuteten 13 Maschinengewehre, zwei Bombenwerfer, einen Minenwerfer und zwei Scheinwerfer; Kirlibaba liegt unter unserem Gewehrfeuer.

Kaukasusfront. Eine feindliche Abteilung, die bei Wan vorrückte, zog sich in Richtung auf Wostan nach einem erfolglosen nächtlichen Angriff zurück. In der Gegend von Sakkyd (Sakiz?) nahmen unsere Truppen einen türkischen Transport, bestehend aus 47 Lasttieren, die mit Mais beladen waren, fort.

Italienischer Bericht vom 1. Dezember. Längs der gesamten Front zunehmende Tätigkeit der beiderseitigen Artillerie, besonders im Etsch- und im Astachtale, in der Gegend östlich von Görz und auf dem Karst. Feindliche Flugzeuge überflogen mehrere Punkte des Kriegsschauplatzes; sie wurden durch das Feuer unserer Abwehrbatterien und durch unsere Kampfflugzeuge zurückgeschlagen. Im Suganertale wurde Grigno von feindlichen Fliegern mit Bomben beworfen, ohne daß es Opfer oder Schaden gegeben hätte. Eines unserer Fluggeschwader warf zahlreiche Bomben auf den Bahnhof von Volano, nördlich von Rovereto, wobei es Schaden anrichtete und Brände hervorrief. Andere Flugzeuge bewarfen den Bahnhof von Riefenberg im Tale der Branie, einem Nebenfluß des Frigido (Wippach-Gebiet) mit Bomben; lange, auf der Strecke haltende Züge wurden getroffen. Unsere Flieger kehrten alle unversehrt in ihre Lager zurück.

Cadorna.

Kleine Kriegsnachrichten.

Kohlenmangel in Frankreich.

Der „Matin" berichtet: Im Pas de Calais kann wegen Kohlenmangels kein Brot mehr gebacken werden. Obwohl die Kohlenminen von Bruay in unmittelbarer Nähe liegen, sind die Kohlenvorräte erschöpft, da es an rollendem Material fehlt. Der Bahnhof von Doullens ist dermaßen überfüllt, daß die angehäuften Waren verdarben. Der Präfekt von Pas de Calais hat die Mehlausfuhr nach der Picardie untersagt. Brot fehlt, Zucker kommt nicht an.

Aus Bordeaux meldet „Matin", die Stadtverwaltung habe die Löschung weiterer 1440 Gasbähne beschlossen. Statt wie früher 7500, dürften nur noch 3000 angezündet werden. Die elektrische Beleuchtung sei um 42 Proz. eingeschränkt worden. Die Gasfabrik in Libourne habe dank der Ankunft einer kleinen Menge Kohle den Betrieb wieder aufnehmen können. Gas werde jedoch nur abends von 5 bis 11 Uhr abgegeben.

*

Die staatlichen Munitionswerke Englands. Reuters Bureau meldet amtlich: Der Munitionsminister unterstellte 129 neu hinzukommende Werke der Oberaufsicht des Munitionsministeriums. Die Gesamtzahl solcher Werke beträgt jetzt 4512. — Wie Reuter weiter meldet, hat die Regierung im Interesse der nationalen Industrien die Errichtung eines Amtes für wissenschaftliche und industrielle Untersuchungen beschlossen, wofür beträchtliche Geldsummen zur Verfügung gestellt werden.

Der italienische Saloniki-General verwundet. Bern, 2. Dezember. Nach einem Telegramm von „Corriere della Sera" aus Athen platzte in Monastir ein feindliches Geschoß unter einer Gruppe italienischer Offiziere. Dere Oberstkommandierende General Petitti, ein anderer General und ein Offizier des Generalstabes wurden dabei verwundet. Nach dem „Petit Journal" ist in Monastir auch der italienische General Defenzani verletzt worden.

Noradunghian. Konstantinopel, 1. Dezember. Der frühere Minister des Aeußern Noradunghian, ein Armenier, der sich seit der Zeit vor dem Weltkriege im Auslande aufhält und wiederholt beurlaubt wurde, hat nunmehr seine Demission als Senator gegeben, die auch angenommen wurde.

Verluste der norwegischen Handesflotte. Christiania, 2. Dez. Bis heute beträgt der Verlust der norwegischen Handelsflotte 182 Dampfer mit 281 628 Bruttotonnen und einen Versicherungswert von 141 979 000 Kronen. („Frankfurter Zeitung".)

Der Kohlenmangel in Holland. Haag, 2. Dezember. Wegen des Kohlenmangels in den Niederlanden haben die Fabriken in Hengelo beschlossen, die Arbeitszeit abzukürzen. In verschiedenen Gemeinden wurden die Preise für Gas und Elektrizität erhöht. („Frankfurter Zeitung.")

Letzte Nachrichten.

Oesterreichischer Abendbericht.

Wien, 2. Dezember. (W. T. B.) Aus dem Kriegspressequartier wird am 2. Dezember abends mitgeteilt: In Rumänien weitere Fortschritte. In den Karpathen abermals heftige Angriffe. Alles abgeschlagen.

Umformierung des englischen Kriegsrats.

London, 2. Dezember. (W. T. B.) „Daily Chronicle" berichtet, die Gerüchte von einer drastischen Umformierung der Regierung seien unbegründet. Aber der Kriegsrat des Kabinetts werde wahrscheinlich verkleinert und umgebildet werden. Er werde aus Asquith, Lloyd George, Bonar Law, Balfour und Carson bestehen. Jellicoe und General Robertson würden dem Kriegsrat als Berater beigegeben werden.

Der Erfolg von zehn Wochen.

Budapest, 2. Dezember. (T. U.) Die Kriegspresse stellt fest, daß die Front gegen Rumänien bei Kriegsbeginn die Länge von 1350 Kilometer betragen habe, während sie jetzt nur noch eine Länge von 950 Kilometer einnehme. Im Laufe von 10 Wochen heftiger Kämpfe sind in Rumänien 70 000 Gefangene eingebracht und 300 Geschütze erbeutet worden.

Landesverräterlogik.

Amsterdam, 2. Dezember. (T. U.) Ueber die Forderung des Vierverbandes an Griechenland auf Uebergabe des Kriegsmaterials liegt eine Stimme der venizelistischen „Patris" vor, die schreibt: Was einen deutschen Protest anbetrifft, so wird dieser gegenstandslos angesichts der Tatsache, daß Griechenland von dem Vierverband eine große Menge Kriegsmaterial erhalten hat. Aber vor allem rechtfertige die Forderungen des Vierverbandes eine fundamentale Tatsache: es gäbe ein Griechenland, welches für die nationale Ehre und die Unabhängigkeit des Vaterlandes kämpfe und dieses Griechenland habe das Recht, von dem Griechenland, welches untätig zusehe, das nötige Material, welches vom gesamten griechischen Volke bezahlt worden sei, zu fordern.

Verwaltung des besetzten Rumänien.

Amtlich. **Berlin,** 2. Dezember. (W. T. B.) Nachdem große Teile Rumäniens in die Hände der Mittelmächte gefallen sind, ist von diesen eine Verwaltung der eroberten Gebiete eingerichtet worden. An der Spitze dieser „Militärverwaltung in Rumänien" steht der General Tuelff von Tschepe und Weidenbach, der bei Beginn des Krieges Führer des 8. rheinischen Korps war. Ihm unterstehen verschiedene Abteilungen, in denen neben deutschen auch Vertreter der anderen Mittelmächte sind. Die Ausnutzung des Landes geschieht nach genau vorher festgelegten Grundsätzen, die einerseits den Bedürfnissen Rumäniens, andererseits den Bedürfnissen der von England widerrechtlich abgeschlossenen Mittelmächte Rechnung tragen.

Gewerkschaftliches.

Zur Tarifkündigung im Schneidergewerbe.

Es wird zum mindesten die Berufskollegen und -kolleginnen im Schneidergewerbe interessieren, für welche Orte die Tarifkündigung erfolgt ist. Der Zentralvorstand des Schneiderverbandes hat die Tarifverträge der Herrenmaß-, Uniform- und Damenschneiderei für nachstehend bezeichnete Orte gekündigt: Altenburg, Apolda, Arnstadt, Augsburg, Baden-Baden, Barmen, Berlin, Bernburg, Bielefeld, Blankenburg a. Harz, Bonn, Bottrop, Brandenburg, Braunschweig, Bremen, Bremerhaven, Breslau, Bromberg, Cassel, Celle, Chemnitz, Cöln a. Rh., Coburg, Cottbus, Crefeld, Danzig, Darmstadt, Dessau, Dortmund, Dresden, Düsseldorf, Elberfeld, Ems (Firma Horz), Erfurt, Erlangen, Eschwege (Firma Reitz), Essen-Ruhr, Flensburg, Finsterwalde, Frankfurt a. M., Frankfurt a. O., Freiburg i. Br., Fürth i. Bayern, Gelsenkirchen, Gera, Gießen, Gmünd (Schwäb.), Görlitz, Gotha, Göttingen, Greiz, Güstrow, Halberstadt, Halle a. S., Hamburg, Hamm i. W., Hannover, Harburg, Heidelberg, Heilbronn, Herne, Hildesheim, Hirschberg i. Schl., Jena, Itzehoe, Karlsruhe, Kiel, Kissingen, Königsberg i. Pr., Köslin, Lahr, Landau, Leipzig, Limbach, Limburg, Ludwigshafen, Lübeck, Lüneburg, Magdeburg, Mainz, Mannheim, Marburg, Meiningen, Meißen, Metz, Mülheim a. Rh., München, Münster i. Westfalen, Naumburg, Neumünster, Neustadt a. Hardt (Firma Andreas Goller), Nürnberg, Oelsnitz, Offenbach, Ohligs, Oldenburg, Osnabrück, Pforzheim, Pirmasens (Firma Ph. Eberhardt), Plauen i. V., Posen, Pößneck, Potsdam, Quedlinburg, Rastatt (Firma Franz Burckhardt Nachf.), Rathenow, Recklinghausen, Regensburg, Reichenbach i. V., Rendsburg, Reutlingen (Firma K. Geisel), Rostock, Saarbrücken, Solingen, Sondershausen, Schwerin, Staßfurt, Stendal, Stettin, Stolp i. P., Stralsund, Straubing, Stuttgart, Trier, Ulm a. Donau, Varel, Weilheim (Firma C. Harburger), Weimar, Wernigerode, Wiesbaden, Wilhelmshaven, Witten a. Ruhr, Wittenberge, Zerbst und Zwickau.

Gefordert wird, daß in allen diesen Orten jedem Arbeiter ein Lohnaufschlag von 25 Proz. bezahlt wird. Dabei sollen die auf Grund der Verordnung vom 4. April d. J. vom Unternehmer zu zahlenden 10 Proz. Lohnzuschlag nicht eingerechnet werden.

In der Begründung für die gestellte Forderung wird u. a. unter Zugrundelegung einer volkswirtschaftlichen Statistik über die Steigung des Lebensmittelaufwandes nachgewiesen, daß die Forderung von 25 Proz. Lohnzulage bei weitem nicht der tatsächlichen Lebensmittelsteigerung entspricht. Weiter wird darauf verwiesen, daß die in öffentlichen Körperschaften angestellten Beamten eine Erhöhung der Gehälter erhalten haben, wie denn auch alle Arbeiter, fast ohne Ausnahme, in allen Gewerbe- und Industriezweigen bedeutende Lohnaufbesserungen erhalten haben.

Dem Hinweis der Unternehmer bei allen Anträgen auf Gewährung einer Lohn- oder Teuerungszulage, daß das Gewerbe eine weitere Belastung durch den Arbeitslohn nicht ertragen könne, wird damit begegnet, daß wie in allen anderen Gewerben jede durch den Krieg eingetretene Belastung auf die Konsumenten abgewälzt würde, dies auch im Schneidergewerbe geschehen müsse, zumal bei der Verteuerung der Materialien jetzt schon der Verkaufspreis der Fabrikate erhöht werden müßte.

Der Bügler als Aufsichtsperson und der Tarif des Bekleidungsamts.

Die Schlichtungskommission für Militärschneiderarbeiten hatte sich in ihrer letzten Sitzung mit einem interessanten Rechtsfall zu befassen. Mehrere Arbeiterinnen, vertreten durch den Schneiderverband, klagten gegen den Unternehmer W., bei dem sie Militärblusen gearbeitet hatten. Entgegen dem Tarif des Bekleidungsamts, der Wochenlohn nur für Ausnahmefälle mit besonderer Erlaubnis des Amts kennt, hatte W. die Arbeiterinnen in Wochenlohn arbeiten lassen. Eine Stepperin erhielt 25 M., eine Handnäherin 18 M. Der Bügler, dem der Beklagte neben seiner Bügelarbeit noch Aufsichtsbefugnisse übertragen hatte, erhielt auch Wochenlohn, und zwar 45 M.

Wie Kunze vom Schneiderverband bei Wahrnehmung der Rechte der Klägerinnen betonte, sind die Arbeiterinnen bei den gewährten Wochenlöhnen zu kurz gekommen. Bei Berechnung nach den Akkordsätzen des Tarifs des Bekleidungsamts käme mehr heraus. Es wird für 30 Arbeitswochen entsprechende Nachzahlung gefordert. Kunze bietet im Namen der Klägerinnen einen Vergleich an. Wenn für 30 Wochen 7 M. pro Woche, zusammen also 210 M., nachgezahlt werden, wollen sie sich damit begnügen.

Der Beklagte W. rückte nun mit einer eigenartigen Tariftheorie heraus. Zwar gab er jetzt zu, daß er mit der Vereinbarung von Wochenlöhnen gegen den Tarif des Bekleidungsamts verstoßen habe. Er wollte sich aber gleichwohl nicht zur Nachzahlung bequemen, indem er folgendes sagte: „Ich bin nicht Schneider. Ich mußte jemanden zur Beaufsichtigung haben. Die Aufsicht habe ich dem Bügler übertragen. Deshalb habe ich auch dem Bügler den Wochenlohn von 45 M. gezahlt, obwohl er nur 30 Blusen die Woche bügelte, welcher Arbeit nach der Berechnung eines Beisitzers bei Zugrundelegung des Tarifs des Bekleidungsamts eine Entlohnung von etwa 24 M. entsprechen würde. Wenn ich einen andern, als den Bügler, zur Aufsicht eingesetzt hätte, dann würde das ja den Arbeiterinnen noch mehr kosten."

Nach diesen Ausführungen geht also der Beklagte von der sonderbaren Auffassung aus, daß er die Mehrkosten, die ihm durch Beaufsichtigung der Arbeiterinnen erwachsen, auf die Arbeiterinnen abwälzen kann, indem er ihren Verdienst beschränkt.

Er rief damit bei der Schlichtungskommission ein allgemeines Kopfschütteln hervor und es regnete Belehrungen dahin, daß diese „neue Tariftheorie" entschieden abgelehnt werden müsse. Es sei vielmehr, so wurde ausgeführt, das folgende richtig: Der Bügler hätte nach dem Tarif des Bekleidungsamts für seine Tätigkeit an den Militärblusen in der Woche nur etwa 24 M. erhalten dürfen. Was ihm der Beklagte darüber hinaus für die Ausübung von Aufsichtsbefugnissen zahlte, das habe der Beklagte aus dem tariflichen Unternehmeranteil von 25 Prozent zu bestreiten. Und den Arbeiterinnen stehe der tarifliche „unverkürzte Arbeitslohn des letzten Arbeiters" zu. Demnach müsse der Beklagte den Arbeiterinnen Nachzahlung leisten, unter Berücksichtigung der Sätze des Akkordtarifs des Bekleidungsamts.

Magistratsrat v. Schulz empfahl dem Beklagten sehr dringend den angebotenen Vergleich als einen recht annehmbaren.

Herr W. pries zwar noch eine Weile seine neue Tariftheorie an, ging schließlich aber doch auf den Vergleich ein. Er verpflichtete sich, binnen 8 Tagen die 210 M. zu zahlen.

Weihnachtsunterstützung im Verband der Schneider.

Den Angehörigen der Mitglieder des Schneiderverbandes wird, wenn das Mitglied vor dem 1. Oktober d. J. zum Heeresdienst eingezogen ist, vom Verband eine Weihnachtsunterstützung je nach der Dauer der Mitgliedschaft gewährt, die im Laufe des Monats Dezember im Bureau, Sebastianstr. 37/38, Hof links III Tr., werktäglich, außer Freitags, in der Zeit von 8 bis 1 Uhr vormittags gegen Vorzeigung des Unterstützungsbogens vom Magistrat erhoben werden kann. Bemühungen, das Geld am Freitag abzuheben, sind zwecklos. Die Unterstützung muß bis zum 31. Dezember 1916 abgehoben sein. Nach diesem Zeitpunkt erfolgt keine Nachzahlung mehr.

Die neue Teuerungszulage in Buchbindereien. Ueber die Verhandlungen mit den Buchbindereibesitzern wurde am Freitag in einer gutbesuchten Versammlung der in Buchbindereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Bericht erstattet. Aus dem von Rüger gegebenen Bericht ist zu entnehmen: Anfänglich erklärten die Vertreter der Prinzipale Berlins bei den Verhandlungen über die Forderung einer neuen Teuerungszulage von 15 Proz. zu dem erzielten Lohn- und Akkordverdienst, daß sie sich in ihren Zugeständnissen wegen der Leipziger Konkurrenz eng anschließen müßten an die jetzige Bewilligung der Leipziger Prinzipale. In Leipzig ist nun bloß eine fünfprozentige neue Teuerungszulage gewährt worden, die gezahlt werden soll bis zu einer Verdienstgrenze von monatlich 170 M. bei Arbeitern und bis zu einer solchen von monatlich 85 M. bei Arbeiterinnen. Die Vertreter der Arbeiter machten den Berliner Prinzipalen klar, daß von einer Uebertragung der erwähnten geringen Leipziger Zugeständnisse auf Berlin gar keine Rede sein könne. Nach langer Verhandlung erklärten sich schließlich die Berliner Prinzipalsvertreter zu folgenden Zugeständnissen für die in den Berliner Buchbindereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen bereit:

Unter Zugrundelegung der wöchentlichen tariflichen Arbeitszeit von 52½ Stunden sollen alle Arbeiter und Arbeiterinnen bei Lohnarbeit sowohl wie bei Akkordarbeit eine erneute Teuerungszulage von 10 Proz. auf die Wochenverdienste erhalten, soweit diese bei den Gehilfen bis zu 45 M. und bei den Arbeiterinnen bis zu 25 M. betragen. Gehilfen mit mehr als 45 M. und Arbeiterinnen mit mehr als 25 M. Wochenverdienst kommen also nicht in den Genuß der Zulage. Wichtig ist, daß die Zulage von Woche zu Woche verrechnet wird. Muß innerhalb der Woche ein Aussetzen erfolgen, so wird die Teuerungszulage nicht gekürzt. Bei den Arbeiterinnen ist die Teuerungszulage trotz der Beschränkung auf eine gewisse Verdienstgrenze insofern von besonderem Wert, als sie wegen der während dreiviertel des Jahres in den Buchbindereien verminderten Arbeit in dieser Zeit meist nicht mehr als 25 M. in der Woche verdienen werden.

Die jetzige Teuerungszulage ist eine besondere; es bleiben also außerdem neben ihr die früheren Teuerungszulagen bestehen.

Ferner wurde für alle Falzarbeiten ein weiterer Zuschlag von 10 Proz. auf die bestehenden Akkordpreise gewährt, so daß nun auf die Tarifakkordpreise für alle Falzarbeiten zuzüglich des früheren Aufschlags der Gesamtaufschlag 20 Proz. betragen wird.

Für Spezialarbeiterinnen an der Presse usw. stehen noch Spezialabmachungen auf Grundlage der für sie erhobenen Forderung einer Zulage von 3 Pfennig pro Stunde bevor.

Die gewährten neuen Teuerungszulagen kommen erstmalig am 22. Dezember dieses Jahres für die vorhergehende Lohnwoche zur Auszahlung.

Die tarifliche Bestimmung, daß, wenn notwendig, Ueberstunden zu machen sind, wird durch die neue Vereinbarung nicht berührt. Schließlich erklärten sich die Prinzipale noch bereit, an die zuständige Stelle eine Eingabe zu richten, den an Maschinen beschäftigten Kollegen die Zulage für Schwerarbeiter zu bewilligen, also nicht nur Zusatzkarten für Brot, sondern auch für Kartoffeln, Fleisch usw. Dagegen lehnten die Prinzipale den Wunsch ab, daß bei Ueberstunden die Unternehmer nach Möglichkeit die Naturalien für ihre Arbeiter und Arbeiterinnen besorgen möchten. Die Prinzipale betonten, daß sie hierzu nicht in der Lage seien.

Der Referent meinte, man sei an sich mit dem Erreichten zwar nicht zufrieden, müsse es aber doch zur Annahme empfehlen, da sich nach Lage der gegenwärtigen Verhältnisse nicht mehr erreichen lasse.

Die Versammlung erklärte sich mit dem Resultat der Verhandlungen einverstanden, nachdem in der Diskussion verschiedene Einwände erhoben worden waren.

Nähmaschinenmiete hatte sich Herr H., der Militärschneiderarbeiten ausführen läßt, von einer Arbeiterin gewähren lassen. Die Arbeiterin war in seiner Werkstatt beschäftigt. Sie benutzte hier eine ihm gehörige Nähmaschine. Dafür zog er ihr wöchentlich eine Mark vom Verdienst ab, für 17 Wochen also 17 M. Die Arbeiterin, vertreten durch den Schneiderverband, klagte bei der Schlichtungskommission auf Rückerstattung der ihr abgezogenen 17 M. Die Schlichtungskommission erkannte ohne weiteres nach dem Klageantrage.

A. WERTHEIM

G. m. b. H.

Kleiderstoffe

Blusenstoffe hellgrundig, in vielen Streifen .... Meter 3.25 4.20
Blusenstoffe hellgrundig, gestreifter Wollbatist in schönen Farben Mtr. 5.75
Kleiderschotten doppeltbreit, in gut. Qual. Meter 2.90 3.75
Kleiderschotten etwa 110 cm breit, in großer Auswahl ..... Meter 4.20 6.50
Kleiderschotten etwa 105 cm br., reine Wolle, in mod. Farb. Mtr. 8.50

Kostümstoffe

Rockstoffe etwa 130 cm, klein kariert Meter 6.50
Rockstoffe etwa 130 cm, schmal gestreift Meter 7.75
Kostümstoffe etwa 140 cm, schwere Qualität ..... Meter 8.00
Mantelstoffe etwa 130 cm, dunkel meliert Meter 10.25
Mantelstoffe etwa 130 cm, einfarbig, in guter Qualität .... Meter 17.50

*Seidenstoffe

Blusenstreifen schwarz-weiß, in verschiedenen Stellungen .. Meter 1.90
Köperseide glatt schwarz, in vorzüglicher Qualität ..... Meter 2.25
Blusenschotten reine Seide, in modernen Farbenstellungen . Meter 3.10
Blusen- u. Kleider-Karos auf gutem Surah-Grund ..... Meter 3.90
Kaschmir-Seide einfarbig, etwa 100 cm breit, für Kleider, in verschiedenen Farben ..... Meter 8.50

*Die * Artikel sind nicht bezugsscheinpflichtig.*

*Pelzwaren

Skunkskanin-Kragen 2 fell. Fuchsform 39.00
Tonnenmuff dazu passend 32.50
Seefuchs-Kragen skunksfarbig 87.50
Skunksopossum-Kragen in Fuchsform 67.50
Taschenmuff dazu passend 62.50
Langhaariger Kanin-Kragen Fuchsform 16.50
Muff Tierform, dazu passend 18.00

Kinder-Garnituren aus Eisplüsch, neue Kragenform 8.50
Kinder-Garnituren aus weiß Kanin (imitiert Hermelin) 12.75
Backfisch-Kragen aus Fehwamme, Fuchsform 21.00

Leipziger Straße

Brüsseler Damen-Wäsche:

Damenhemden, Damen-Beinkleider und Damen-Nachthemden

mit echten Passen oder mit Stickerei-Spitzen größtenteils

nicht bezugsscheinpflichtig

Wäsche

Damenhemden m. handgestrick. Madeira-Passen 3.90 3.35
Damenhemden mit Stickerei 3.40
Damenhemden imitiert, Handstickerei f ... 3.90 3.25

Garnituren

Damenhemden mit Stickerei 4.50 6.50 m Stick. u. Spitze 13.75
dazu Beinkleider mit Stick. 4.15 5.00 12.50
Nachthemden 19.50
Damen-Jacken mit Stickerei, halsfrei oder mit Umlegekragen 3.30
Damen-Jacken mit Stickerei- und Umlegekragen 3.75
Damen-Nachthemden mit Umlegekragen und Stickerei 7.25 7.75
Damen-Nachthemden halsfrei mit Stickerei 5.75 7.75
Damen-Nachthemden halsfrei, gestrickt ... 8.00
Damen-Beinkleider mit Stickerei-Volant ..... 2.65 bis 3.60
*Untertaillen mit verschiedenen Stickereien 1.00
Stickerei-Röcke ..... von 6.25 bis 8.75

*Tischzeuge

Tischtücher gebleicht, Jacquard, 160/160 Stück 4.50
Mundtücher dazu passend, 60/60, Dutzend 9.60

Wegen Mangel an Fuhrwerk bitten wir Weihnachts-Einkäufe schon jetzt zu besorgen.

Weihnachts-Preisliste nach auswärts postfrei.

Verantw. Redakt.: Dr. Franz Diederich, Friedenau. Inserate verantw. Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanst. Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 4 Beilagen und Unterhaltungsbl.

Dritte Lesung des Hilfsdienstgesetzes.

Reichstag.

79. Sitzung. Sonnabend, den 2. Dezember, vormittags 9 Uhr.

Am Bundesratstische: Dr. Helfferich, Gröner.

Auf der Tagesordnung steht die

dritte Beratung des Vaterländischen Hilfsdienstgesetzes.

Abg. **Legien** (Soz.):

Der Zweck des Gesetzes ist die Auslösung der vollen Volkskraft im Dienste der Allgemeinheit. Dafür ist einmal Voraussetzung, daß die große Masse unseres Volkes davon überzeugt ist, daß Deutschland sich in einem Verteidigungskriege befindet, und andererseits, daß die große Masse derjenigen, die zum Hilfsdienst herangezogen werden, auch willig ihre volle Arbeitskraft einsetzen. Was das erste betrifft, so wird Deutschland von einer Uebermacht bedroht, und nach den Aeußerungen der leitenden Männer der mit uns im Kampfe stehenden Länder scheint es, daß für Deutschland, wenn es in diesem Kampfe niedergeworfen werden solle, im Osten die Weichsel und im Westen der Rhein die Grenze zu bilden hätte, daß wichtige Produktionsgebiete Deutschland genommen werden sollen. Nicht weniger gering einzuschätzen ist die Drohung, Deutschland vom Weltmarkt zu verdrängen, denn darunter hätten die Arbeiter mehr als irgendeine andere Bevölkerungsschicht zu leiden. (Sehr richtig!) Wir wollen nicht, daß Deutschland wieder das wird, was es vor einem halben Jahrhundert war, ein menschenexportierendes Land, sondern wir wollen, daß Deutschland bleibt, was es in den letzten Jahrzehnten geworden ist, ein warenausführendes Land. Würden die Bestrebungen unserer Gegner Erfolg haben, so wären es in der Hauptsache unsere Arbeiter, die dann in anderen Ländern ihr Brot und vielleicht ihre Freiheit suchen müßten. Wir wollen, daß beides,

Brot und Freiheit in unserem Lande

für die Arbeiter zu erreichen ist. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.) Voraussetzung ist, daß unser Land unversehrt bleibt und nicht von dem Elend heimgesucht wird, das ein feindlicher Sieg zur Folge haben würde. Daher können wir mit vollem Recht erklären, Deutschland befindet sich mehr wie zu irgend einer anderen Zeit des Krieges gegenwärtig in einem Verteidigungskriege. Auch unsere Söhne und Brüder, einschließlich der Sozialdemokraten draußen, wissen, daß es sich gegenwärtig **für Deutschlands Volk um Sein oder Nichtsein,** um seine Zukunft handelt. Wäre das nicht so, so wäre es ganz undenkbar, daß sie all das Ungeheuerliche da draußen zu ertragen vermöchten, daß sie unter dem Hagel der Geschosse, hergestellt in den Fabriken der ganzen Welt, auszuhalten vermöchten. Nur dem Opfermut unserer draußen stehenden Söhne und Brüder ist es zu danken, daß dieser Widerstand hat aufrechterhalten werden können, und diesen Opfermut gilt es zu erhalten und durch dieses Gesetz zu erneuern. (Bravo!) Wir wollen unsere Söhne und Brüder draußen im Felde nicht der Vernichtung unter diesem Hagel von Geschossen preisgeben, sondern wollen unsererseits dafür sorgen, daß wir unseren Feinden auch auf diesem Gebiet völlig gewachsen sind. (Bravo!)

Wenn wir also dies Gesetz, das die Arbeitspflicht bringt, durchgeführt wissen wollen, so beabsichtigen wir nicht etwa, damit den Krieg zu verlängern. Im Gegenteil,

wir wollen den Frieden,

und wir hoffen, daß bei Durchführung des Gesetzes auch unsere Gegner zu der Erkenntnis kommen werden, daß noch so starke Kräfte im deutschen Volke ausgelöst werden können, daß sie ihre Absicht doch nicht erreichen können. Das dürfte uns vielleicht dem Frieden näher führen. (Sehr richtig!)

Wir hoffen weiter, daß auch die Erkenntnis sich durchringen wird, daß wenn dieser Krieg einmal vorüber ist, wir genötigt sein werden, mit den anderen Völkern wieder Hand in Hand zu arbeiten, weil wir aufeinander angewiesen sind. Weil wir das wissen, deshalb lehnen wir alle jene Pläne rundweg ab, die darauf hinausgehen, die Grenzen Deutschlands auf Kosten anderer Nationen zu erweitern,

lehnen wir jede Bedrohung anderer Nationen ab,

aus denen unsere Gegner den Schluß ziehen müssen, daß sie sich in einem Verteidigungskrieg gegenüber Deutschland befinden. Nur zur Verteidigung, nicht zur Eroberung will unsere Arbeiterklasse ihre ganze Kraft einsetzen und bis zum äußersten anspannen. (Lebh. Bravo! bei den Soz.)

Die Frage, ob der gleiche Zweck nicht auch auf andere Weise als mit diesem Gesetz hätte erreicht werden können, ist schwer zu entscheiden. Da nun einmal dieser Weg beschritten ist, wird es das beste sein, auf ihm das erstrebte Ziel zu erreichen zu suchen.

Das setzt voraus, daß bei den im Vaterländischen Hilfsdienst Tätigen die Willigkeit geweckt wird, ihre ganze Kraft einzusetzen. Das ist das Entscheidende. Waren kann man beschlagnahmen und aufstapeln, menschliche Arbeitskraft nicht. Jeder Arbeiter, der willig seine Arbeit leistet, ist imstande, das Beste auf seinem Platze zu leisten, aber auch der intelligenteste Arbeiter, der widerwillig arbeitet, wird nur ein Hindernis an seinem Arbeitsplatz sein. (Sehr wahr!)

Die Zeit muß endgültig vorüber sein, in der die Arbeiter nur als Objekte betrachtet wurden, über die man bedingungslos verfügt.

Auch für die Landwirtschaft muß diese Zeit vorüber sein. (Sehr wahr! bei den Soz.) Auch sie muß anerkennen, daß der Arbeiter genau das Bestimmungsrecht über seine Arbeitskraft hat wie der Unternehmer. Und wenn der Wille, dies anzuerkennen, bei den Unternehmern nicht vorhanden ist, dann muß durch die Organisation, die nunmehr geschaffen werden soll, dieser Wille herbeigeführt werden. Organisation ist ja die Voraussetzung, daß der Zweck die Gesetzes erreicht wird. Organisation ist eigentlich alles. Daß die gewerkschaftlichen Organisationen das wurden, was sie heute sind, danken wir dem Umstand, daß sie und ihre Leiter es verstanden haben, unter Millionen von Arbeitern und Arbeiterinnen einen Einheitswillen herbeizuführen unter Zurücksetzung der unmittelbaren persönlichen Interessen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Diesen Einheitswillen muß nun das Kriegsamt durch dies Gesetz bei dem gesamten Volke herbeiführen. Deswegen unsere Versuche, das Gesetz so auszugestalten, daß diese Willenskundgebung herbeigeführt wird, in das Gesetz Rechtsgarantien für die, die dem Arbeitszwang unterworfen sind, einzuführen. Wir sind bei diesem Bestreben nicht etwa von dem Gedanken geleitet gewesen, die Sache an sich zu verhindern, sondern im Gegenteil den bestmöglichen Erfolg des Gesetzes herbeizuführen. Leider haben wir nicht vollen Erfolg gehabt, es sind nicht alle die Rechtsgarantien, die wir für nötig erachtet haben, in das Gesetz hineingekommen. Trotzdem werden wir für das Gesetz so, wie es in der zweiten Lesung gestaltet worden ist, stimmen. (Bravo!) **Aber erschweren Sie uns diese Stellungnahme nicht dadurch, daß Sie etwa versuchen, solche Rechtsgarantien wieder herauszubringen.** Und die Regierung möge uns die Zustimmung dadurch erleichtern, daß sie endlich einmal eine Erklärung darüber abgibt, wie sie sich zu dem Beschlusse des Reichstags über die

Erhöhung der Familienunterstützung

stellt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) und daß sie dem Versuch von vornherein entgegentritt, der zum zweiten Male in diesem Kriege gemacht wird, die Kohlenpreise zu erhöhen, während man doch wirklich nicht sagen kann, daß die Unternehmer im Bergbau mit Verlust arbeiten. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Wir hoffen, daß bei der Durchführung des Gesetzes wir beim Kriegsamt dasselbe

Verständnis für die gewerkschaftlichen Organisationen

finden werden, wie wir es bei der Abteilung des Kriegsministeriums gefunden haben, die bisher die Arbeiterfragen zu regeln hatte. Dagegen wünschen wir nicht, daß **der Geist, der aus den Reden des Staatssekretärs des Innern** gesprochen hat, bei Durchführung dieses Gesetzes zur Geltung kommt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Geist, nach dem auch die kleinste Verbesserung dieses Gesetzes verhindert werden soll. Ist dieser Geist bei der Durchführung des Gesetzes entscheidend, dann lassen Sie das Gesetz auf sich beruhen, dann werden Sie die erforderlichen Kräfte nicht in Bewegung setzen. Dann werden Sie an Stelle der aktiven Mitarbeit den passiven Widerstand der Arbeiter finden. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Denken Sie daran, daß in dieser für Deutschlands Zukunft entscheidenden Stunde die Arbeiterklasse zu dem Volksganzen steht! Richten Sie danach Ihre Stellung zu diesem Gesetz und vor allem auch Ihre Politik in Zukunft ein, damit nicht wieder der Zustand in Deutschland herbeigeführt wird, wo der größte Volksteil keine Liebe und kein Vertrauen zum eigenen Lande findet. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. **Ledebour** (Soz. Arbg.) beantragt, in der Gesamtabstimmung namentlich über das Gesetz abzustimmen.

Der Antrag wird nicht genügend unterstützt.

Abg. **Giesberts** (Z.):

Das Gesetz muß mit warmem Herzen durchgeführt werden. Deutschlands Wirtschaftskraft und Stärke zu erhalten, darin sind alle Arbeiter einig. Sie wissen, was in diesem Kriege für Deutschland und Deutschlands Arbeiter auf dem Spiele steht. Bei einer Niederlage Deutschlands würde der Erfolg einer 50jährigen Sozialpolitik wie ein Kartenhaus zusammenstürzen. Ebenso die von den Arbeitern geschaffenen Gewerkschaften. Die Arbeiter haben während des Krieges in der Kriegswirtschaft an Opferwilligkeit hinter keinem Volksgenossen zurückgestanden und werden sich auch entschlossen auf den Boden dieses Gesetzes stellen, das uns wertvolle Aspirationen für die Zukunft bringt. Bringt es doch zum ersten Male in einem Reichsgesetz die

Mitwirkung der Arbeiterorganisationen

in Arbeiterausschüssen und Schiedsstellen. Die gleiche Entschlossenheit und das gleiche Verständnis von der Notwendigkeit, die wirtschaftlichen Kräfte des Landes zu heben, zeigen wie die Arbeiterschaft so auch der Mittelstand und die Landwirtschaft. Wo Härten entstehen, sind Garantien auch zu entsprechenden Gegenleistungen geschaffen. Das Gesetz muß, darin sind wir mit dem General Gröner einverstanden, vernünftig und mit sittlichem Ernst durchgeführt werden.

Staatssekretär **Helfferich**:

Ich danke beiden Vorrednern für ihre weitherzige Auffassung. Ihre Ausführungen werden dazu beitragen, den Zweck des Gesetzes zu erreichen, denn die hinter beiden Rednern stehenden Kreise sind für die Durchführung des Gesetzes von der allerwesentlichsten Bedeutung. Ich kann mir die Durchführung gar nicht denken, ohne die freudige und bereitwillige Mitwirkung der deutschen Arbeiterschaft. Diese müssen wir gewinnen, wenn wir aus dem Gesetz herausholen wollen, was wir sowohl an der Front wie in der Heimat brauchen. Das sage ich nicht nur in meinem Namen, sondern im Namen der Verbündeten Regierungen. Aus dieser Auffassung heraus werden die Verbündeten Regierungen zu dem Ergebnis ihrer Beratungen Stellung nehmen. Es ist mir dabei ein kleiner Schmerz, daß der Abg. Legien nach unserem langen Zusammenarbeiten in mir so etwas zu sehen scheint wie einen

bösen Geist,

vor dem man warnen muß. (Heiterkeit.) Ich glaube, meine Mitwirkung hätte doch eine bessere Zensur verdient. Ich glaube, ich habe mich in keinem Punkt von kleinlichem und engherzigem Geiste leiten lassen. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Ich bin mir bewußt, mein Bestes zum Zustandekommen des Gesetzes beigetragen zu haben und werde das auch weiter tun. Wenn ich im Laufe der Beratung genötigt war, in dem und jenem Punkte zu warnen, abzuraten, zu widersprechen, so geschah das, um den Zweck des Gesetzes nicht zu beeinträchtigen, niemals handelte es sich hier um einseitige Interessen der Arbeitgeber, sondern immer nur einzig und allein um den großen vaterländischen Gesamtzweck, das höchstmögliche Maß der Steigerung der Produktion zu erreichen, das Höchstmaß sowohl an Granaten wie an Brot. Ich hoffe, daß dies Gesetz, das die Einheit der vaterländischen Hilfspflicht für alle Deutschen ohne Unterschied von Klasse und Stand proklamiert, einen neuen eisernen Reifen um die Gesamtheit aller Volksgenossen schmieden wird. (Lebhafter Beifall.)

Die Frage der

Familienunterstützung

ist in intensiver Behandlung. Der Bundesrat wird heute schon darüber beraten, und ich hoffe, Sie werden mit dem Ergebnis der Beratungen zufrieden sein. (Beifall.)

Abg. **Haase** (Soz. Arbg.):

Das einzige Gut, das der Arbeiter hat, die Arbeitskraft, wird durch dieses Gesetz beschlagnahmt. Die ausgleichende Gerechtigkeit würde erfordern, daß dann auch die kapitalistischen Betriebe vom Staat übernommen werden. (Sehr wahr! b. d. Soz. Arbg.) Aber unser dahingehender Antrag ist abgelehnt worden. Der Zustand der allgemeinen Hörigkeit, den das Gesetz schafft, wird also noch verschärft, indem einige Wenige ihr Hab und Gut vermehren können, während Tausende und aber Tausende von Existenzen zugrunde gehen. Der gewaltige Gegensatz zwischen den

ungeheuren Gewinnen der Rüstungsindustrie

und der Lebenshaltung der Massen tritt schon jetzt scharf in die Erscheinung. Das empfinden auch die Behörden. So hat die Zensur im Bereich des VII. Armeekorps im Geschäftsbericht der Firma den Satz unterdrückt, daß 30 Millionen Mark für außerordentliche Abschreibungen auf Kriegsmaterial verwendet sind und dann noch 95 Millionen Mark übrig blieben. (Lebhaftes Hört! hört! bei der Soz. Arbg.) Ueber die schlechten Lohnverhältnisse bei der Firma Krupp hat mein Freund Lubeil ja bereits zuverlässige Mitteilungen gemacht.

Sofort bei seiner Verkündung erfaßt das Gesetz den überwiegenden Teil der Arbeiter. Von dem Moment an sind sie gefesselt und dürfen ohne Abkehrschein ihre Arbeitsstelle nicht mehr verlassen. Von den reichen Müßiggängern ist in den Verhandlungen keine Rede gewesen, sie spielten nur eine dekorative Rolle in den Vorverhandlungen. Das Kriegsamt wird sich nicht nach ihnen reißen, namentlich wenn die Bestimmung beachtet wird, es soll auf die bisherige Tätigkeit Rücksicht genommen werden. Neben den Arbeitern wird unter dem Gesetz der Mittelstand leiden. Auch hier zeigt sich wieder, daß ganz andere Kräfte wie die Sozialdemokratie die Zerreibung des Mittelstandes besorgen. (Sehr wahr! bei der Soz. Arbg.) Durch das Gesetz werden alle männlichen Personen von 17 bis 60 Jahren dem Militarismus ausgeliefert, niemand ist sicher, daß das Kriegsamt ihn nicht zu irgend einem Betriebe nehmen kann. Nach den Erfahrungen mit dem Belagerungszustand können wir uns der Besorgnis nicht entschlagen, daß

politisch mißliebige Personen

auf Grund dieses Gesetzes aus ihrem Wohnsitze entfernt und dem Arbeitszwang unterworfen werden. (Sehr wahr! b. d. Soz. Arbg.) Das Gesetz ist ein politisches. Die Freizügigkeit ist ein politisches Grundrecht der modernen Gesellschaft und dieses Grundrecht wird aufgehoben, das Recht, seine einzige Ware, die Arbeitskraft, da anzubieten, wo er sie vorteilhaft verwerten kann, dieses Recht, das ein Lebensinteresse des Arbeiters ist, wird mit diesem Gesetz eingeschränkt. Der Arbeiter wird auch persönlich unfrei. Der § 9, der die Unfreiheit am krassesten zum Ausdruck bringt, wird in der politischen Geschichte unseres Volkes eine traurige Berühmtheit gewinnen. Das Motto des Reichskanzlers war: Stark nach außen, frei nach innen. Aber die Verkündung innerer Freiheit klang geradezu wie Hohn. Das Gesetz bringt einen Umsturz des Bestehenden, aber nicht in der Richtung geistiger Freiheit, sondern in der Richtung der Unterdrückung der Arbeiter. Man hat versucht, dieses Gesetz den Arbeitern schmackhaft zu machen und es als einen Triumph des sozialistischen Gedankens hingestellt. Nein. Es ist Geist vom Geiste des Militarismus und des modernsten Kapitalismus. Sozialistische Forderungen haben zur Voraussetzung eine Gesellschaft, in der das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches verwandelt ist, in der keine Klassenunterschiede existieren, in der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufgehört hat, in der alle arbeiten müssen, weil es ein arbeitsloses Einkommen nicht gibt. Hier aber bleiben die

Klassenunterschiede

bestehen und werden sogar noch verschärft. Die Arbeiter werden den Unternehmern zur Ausbeutung überliefert. Die Aufhebung der Freizügigkeit führt erfahrungsgemäßig zum Lohndruck. Die Unternehmer bekommen Arbeiter vom Kriegsamt zugewiesen und haben es nicht nötig, sie durch besondere Lohnbedingungen heranzuziehen. Die Verständigung der Arbeitgeber zum Lohndruck wird erleichtert. Dazu tritt das zahlreiche Angebot der Frauen. Lohndruck durch Frauen hätte nur ausgeschaltet werden können durch eine gesetzliche Bestimmung, daß Frauen in den Betrieben, die unter das Gesetz fallen, den gleichen Lohn bekommen müssen, wie männliche Arbeiter. (Sehr richtig! bei der Soz. Arbg.) Aber dieser Antrag ist abgelehnt worden. Wiederholt hat man hier den Frauen den heißesten Dank ausgesprochen und ihr Heldentum gefeiert. Unser ganzes Wirtschaftsleben hätte auch in der Tat ohne die Arbeiterfrauen nicht aufrecht erhalten bleiben können. Zum mindesten hätte man dann doch die Schutzbestimmungen, die im August 1914, in der Annahme, es handle sich um einen ganz kurzen Krieg aufgehoben worden sind, wiederherstellen müssen. (Sehr richtig! bei der Soz. Arbg.) Auch dieser Antrag, der nötig ist, um nicht das ganze werdende Geschlecht zu verderben, ist abgelehnt worden. Man sagt, das Gesetz bringt auch wertvolle Bestimmungen für den Arbeiter, einen organisierten Interessenschutz mit einer ausreichenden Vertretung der Arbeiter. Aber für den Sklaven ist es ein schwacher Trost, daß gegenüber der Peitsche des Sklavenhalters Vorkehrungen getroffen werden, damit sie nicht gar zu hart und gewalttätig auf ihn niedersaust. Der Gefesselte hat das Verlangen, seine Fesseln loszuwerden und nicht sie zu lockern. Die Schutzbestimmungen sind unzureichend, als Rechtsgarantien kann man sie nicht bezeichnen. Legien hat mit Recht hervorgehoben, daß es sich nur um Notbehelfe handelt. Die Landarbeiter sind an die Scholle gefesselt, schon dann, wenn sie auch nur am 1. August dieses Jahres in einem landwirtschaftlichen Betriebe tätig gewesen sind. Theoretisch besteht die Möglichkeit, das sie sich nach Ablauf ihrer Kontraktszeit um eine andere Stelle bemühen. Aber praktisch ist ihnen jeder Weg zu einer anderen Arbeitsstelle abgeschnitten. Man hat gefordert und auch beschlossen, daß die gewerblichen Arbeiter, die der Land- und Forstwirtschaft überwiesen werden, nicht den Gesindeordnungen ausgeliefert werden. Aber das ist nur ein geringer Schutz, denn es bleiben alle übrigen Beschränkungen, vor allem die Beschränkung des Koalitionsrechts, für sie bestehen. Es sind Ausschüsse eingesetzt, die auch Vertreter der Arbeiterorganisationen erhalten. Aber nach allen Erfahrungen können wir es als die Regel ansehen, daß die Arbeitgebervertreter mit dem Vorsitzenden die Mehrheit haben, nicht weil der Vorsitzende parteiisch ist, sondern weil er voreingenommen ist und nach seiner ganzen Erziehung, Lebensweise und sozialen Stellung in den meisten Fällen gegen die Arbeiter entscheiden wird, um so mehr als ihm ja in erster Linie der Zweck des Gesetzes steht und erst in zweiter die Verbesserung der Lohnverhältnisse. (Sehr wahr! bei der Soz. Arbg.)

Auch aus unserer

grundsätzlichen Stellung zum imperialistischen Krieg

stehen wir dem Gesetz ablehnend gegenüber.

Noch bevor der Arbeitszwang bei uns eingeführt wird, ist er bereits auf die besetzten Gebiete angewendet worden. Tausende von belgischen Arbeitern sind diesem völkerrechtswidrigen Zwange unterworfen worden. Jahrzehntelang haben sie mit den deutschen Arbeitern um die gleichen Ziele gerungen. Wir fordern die Regierung dringend auf, diesem Zustand ein Ende zu machen und den Arbeitern Belgiens die Freiheit zu geben, auf die sie nach dem Völkerrecht Anspruch haben. Dazu sollte die Regierung auch aus Klugheitsrücksichten bestimmt werden, denn die Arbeiter, die diesem Zwange unterliegen, werden wahrlich nicht freudig ihre Arbeit verrichten. Auch haben wir wahrlich keinen Ueberfluß an Sympathie im neutralen Ausland und dieser Vorgang hat eine Entrüstung hervorgerufen, die immer stärkere Wellen im neutralen Ausland bildet. Der Papst hat bereits protestiert, die Regierungen von Holland, Spanien, der Schweiz, den Vereinigten Staaten protestieren ebenfalls. Die Haager Konvention bestimmt ausdrücklich, daß Angehörige des feindlichen Landes zur Teilnahme an Kriegsmaßnahmen nicht gezwungen werden dürfen. (Sehr wahr! bei den Soz. Arbg.)

Das Gesetz wird den Krieg nicht schneller beendigen, sondern es wird ihn verschärfen, die Kämpfe werden erbitterter werden, die Verluste immer unabsehbarer. Als ich im Frühjahr aussprach, daß es in diesem Kriege weder Sieger noch Besiegte geben werde, entfesselte das eine lebhafte Empörung. Aber seitdem ist diese Erkenntnis weitergedrungen. Auch Scheidemann hat am 15. November im „Vorwärts" den für einen Narren erklärt, der nach 28 Kriegsmonaten noch glauben kann, daß eine der beiden Mächte-

gruppen die andere völlig niederschlagen werde. Leider gibt es solcher Narren noch sehr viele jenseits und diesseits der Grenzen.

Die Niederlage des eigenen Volkes will niemand.

Aber es ist müßig, sich Wünsche vorzudeklamieren, sondern man muß erkennen, was ist und was wird. Wir sehen nach 28 Monaten wohl hier und dort Siege, aber keine Entscheidung. Durchhalten heißt nichts anderes für alle Beteiligten als Verbluten. (Lebhaftes Sehr wahr! bei der Soz. Arbg.) Auch diese Erkenntnis bestimmt unser Verhalten, abgesehen von unserer grundsätzlichen Stellung. Wenn das Schlimmste verhütet und abgewendet werden soll, so müssen alle nicht die Kriegsmittel steigern, sondern suchen, zu einer Verständigung zu kommen. (Sehr wahr! bei der Soz. Arbg.) Jede Friedensbereitschaft, die sich auf die Erwartung der vollständigen Niederlage des andern stützt, beruht auf total falscher Grundlage. Aber alle Staatsmänner, die bis jetzt von Frieden gesprochen haben, haben, wie auch der neue „Vorwärts" in einem lichten Augenblick ausführte, ihre Friedensbereitschaft an Wenn und Aber geknüpft. Wir aber verlangen einen Frieden ohne Vergewaltigung, ohne wirtschaftliche und finanzielle Oberhoheit über ein anderes Volk.

Wenn es nur darauf ankommt, die Produktion zu steigern, so braucht man nicht Zwangsgesetze zu machen; geben Sie reichlich Brot, sorgen Sie für ausreichende Ernährung, so haben Sie auch ein reichliches Angebot von Arbeitskräften.

Eine Reihe von Betrieben werden nach diesem Gesetz eingestellt, andere werden zusammengelegt. Die Konzentration des Kapitals wird dadurch noch steigen. Aber auch die Einsicht in die fürchterliche Verwüstung dieses Krieges auf materiellem, intellektuellem und sittlichem Gebiete wird auf die Menschen nach dem Kriege einen großen Einfluß ausüben, die Erkenntnis der wahren Gründe, die zum Kriege geführt haben und seine Fortsetzung bestimmen, wird wachsen, das Entsetzen vor dem Krieg wird zunehmen. Sie glauben, die Herrschaft des Kapitals gefestigt zu haben. In Wahrheit aber ist auch dieses Gesetz nichts anderes, als ein Wegweiser für uns, ein Wegweiser für den Sozialismus. (Lebh. Beifall b. d. Soz. Arbg.)

Abg. **Behrens** (Deutsche Frakt.):

Ich erhebe den entschiedensten Widerspruch, daß der Vorredner das Gesetz ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter genannt hat, er hat keine Befugnis zu dieser Beschimpfung. (Lebhafte Zustimmung.) Wer so wenig sozialpolitisches Verständnis zeigt wie Herr Haase, hat kein Recht, im Namen der Arbeiterschaft zu sprechen. Die deutsche Arbeiterschaft will ohne Unterschied ihrer Richtungen alles tun, was notwendig ist, um den Krieg zu Ende zu führen und den Brüdern an der Front Erleichterung zu schaffen. (Lebhafter Beifall.)

Staatssekretär Dr. **Helfferich**:

Herr Haase hat behauptet, die Heranziehung der belgischen Arbeitslosen zur Arbeit verstoße gegen das Völkerrecht. Ich stelle fest, daß diese Heranziehung sich durchaus innerhalb des Völkerrechtes bewegt, die belgischen Arbeiter werden zu keiner Arbeit herangezogen, zu der sie nach dem Völkerrecht nicht herangezogen werden dürfen. Wir stehen formal und materiell auf dem Boden des Völkerrechts. Wir machen von unserem guten Recht Gebrauch. Außerdem erfüllen wir mit dem Heranziehen der belgischen Arbeitslosen zur Arbeit eine Pflicht gegen unsere kämpfenden Truppen. Es gibt keinen größeren Feind der Ordnung als Müßiggang, und unsere Truppen können es nicht vertragen, daß hinter ihrer Front eine unruhige, müßiggehende Bevölkerung sitzt. (Lebhafte Zustimmung.) Dieses Heranziehen der Arbeitslosen zur Arbeit kommt aber auch der belgischen Bevölkerung zugute. Wer hat denn ein Interesse daran, daß dort jahrelang große Mengen von Arbeitern die Hände müßig in den Schoß legen. Daran haben wir kein Interesse, daran hat auch Belgien kein Interesse, daran hat ein Interesse nur England. Die Geschäfte Englands zu besorgen, sind wir nicht gewillt. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Bauer** (Soz.):

Die Ausführungen Haases haben jedes Verständnis für die schwierige Lage unseres Landes vermissen lassen. (Lebhafte Zustimmung.) — In bezug auf die belgischen Arbeiter schließen wir uns dem Protest an, wenn die Behauptungen, die Haase aufgestellt hat, zutreffend sind. Im übrigen sind wir schon bei den Kommissionsverhandlungen und in direkten Verhandlungen mit der Regierung bemüht gewesen, eine Besserung der Lage der belgischen Arbeiter herbeizuführen. In diesem Sinne haben Partei und Gewerkschaften gewirkt. Das möchte ich vor dem Lande feststellen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Dittmann** (Soz. Arbg.):

Als seinerzeit die belgischen Arbeiter, die nach Holland übergetreten waren, mit Erlaubnis des Generalgouverneurs v. Bissing nach Belgien zurückkehrten, ist vom Generalgouverneur Bissing die Erklärung abgegeben worden, daß sie unter keinen Umständen aus Belgien nach Deutschland entfernt werden würden. Wenn ein solches Wort gegeben ist, muß es auch gehalten werden. (Sehr wahr! bei der Soz. Arbg.) Ich verweise auch darauf, daß nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung" aus Washington die Frage der belgischen Deportationen in den Vereinigten Staaten große Beunruhigung hervorgerufen hat. (Große Unruhe.) Damit ist bewiesen, welche Schwierigkeiten eine solche Maßnahme auch der deutschen Regierung gegenwärtig bereitet und wie die Herbeiführung des Friedens dadurch beeinträchtigt wird. (Sehr wahr! v. d. Soz. Arbg.) Wenn Abg. Bauer dem Abg. Haase Doktrinarismus vorwarf und

Mangel an Verständnis für die Lage des Landes,

so wird man in späterer Zeit, wenn die Kriegsleidenschaft nicht mehr die Gemüter so erregt, anders darüber denken. (Sehr wahr! bei der Soz. Arbg.) Ich bin überzeugt, daß die ganze deutsche Arbeiterschaft später auf unserem Standpunkt und nicht auf dem Standpunkt des Abg. Bauer stehen wird. (Sehr wahr! bei der Soz. Arbg., Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Schon jetzt haben sich die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, die zu Wort gekommen sind, auf unseren Standpunkt gestellt. So hat die Berliner Vertrauensmännerversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes am letzten Sonntag eine Resolution angenommen, in der sie beide sozialdemokratischen Fraktionen auffordert, das Gesetz abzulehnen. Ebenso haben andere Gewerkschaftsversammlungen beschlossen. Wäre mehr Zeit gewesen, so würde sicher die ganze deutsche organisierte Arbeiterschaft in ihrer überwältigenden Mehrheit anerkannt haben, daß dies Gesetz ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterklasse ist und es daher Pflicht eines jeden Sozialdemokraten sei, das Gesetz abzulehnen. (Bravo! b. d. Soz. Arbg.)

Staatssekretär Dr. **Helfferich**:

Ich bedaure diese Diskussion auf das tiefste. (Sehr wahr!) Sie wird wieder dazu beitragen, ein Teil des Guten, was wir hier für unsere Soldaten draußen an der Front schaffen wollen, zu zerstören. Ich bedaure es auch auf das tiefste, daß einem Manne, wie dem Generalgouverneur v. Bissing hier Wortbruch vorgeworfen worden ist. Woher hat Herr Dittmann die Kenntnis von dieser angeblichen Zusage? Aus feindlichen Zeitungen, die ihm natürlich als Quelle am höchsten stehen. (Zuruf.) Oder aus neutralen Zeitungen, die zum Teil die Geschäfte der Feinde mitbesorgen. (Sehr richtig!) Wenn er das hier auf die Tribüne des Reichstags bringt, so besorgt er, ob es es will oder nicht, gleichfalls die Geschäfte unserer Feinde. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. **Legien** (Soz.):

Es ist zwecklos, jetzt darüber zu sprechen, wie sich später die Arbeiterschaft stellen wird, ob auf Seite der Arbeitsgemeinschaft oder der Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion. In der erwähnten Metallarbeiterversammlung sind übrigens zwei Resolutionen angenommen worden, von denen eine die andere aufhebt. (Heiterkeit.) Die vom Abg. Dittmann erwähnte Resolution fordert auch nicht die bedingungslose Ablehnung des Gesetzes, sondern nur ihre Ablehnung für den Fall, daß die von den Gewerkschaften aufgestellten Voraussetzungen nicht durchgeführt werden sollten. Ferner sind diese Beschlüsse gefaßt auf Grund des ersten Entwurfs (Hört! hört!), von dem ich schon in der Kommission gesagt habe, daß die Regierung durch seine Veröffentlichung soviel Schaden unter der Arbeiterschaft angerichtet hat, daß es sehr schwer sein wird, ihn wieder gut zu machen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Im übrigen ist die Entscheidung über die Stellung der gesamten Gewerkschaften Deutschlands nicht in die Hände der Generalversammlung eines Berliner Zweigvereins zu geben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Daraus ergibt sich schon, welcher Wert den Ausführungen Dittmanns beizulegen ist.

Abg. **Dittmann** (Soz. Arbg.):

Nach einer Erklärung des Vorsitzenden der Zahlstelle der Metallarbeiter in Berlin ergänzen sich die beiden angenommenen Resolutionen. Die eine enthält die Forderungen an die bürgerlichen, die andere an die beiden sozialdemokratischen Fraktionen. — Die Erklärung des Generalgouverneurs Bissing ist in der Tat abgegeben worden. Außerdem habe ich hier das Faksimile einer Bekanntmachung des Gouverneurs von Antwerpen vom 18. Oktober 1914, worin auch versichert wird, daß belgische junge Männer nicht nach Deutschland geführt oder zum Dienst in der deutschen Armee gezwungen werden sollen. (Hört! hört! bei der Soz. Arbg.)

Abg. **Legien** (Soz.): Ich werde Sie natürlich nicht mit der Verlesung der sehr umfangreichen Resolutionen der Berliner Metallarbeiterversammlung aufhalten, ich stelle sie Ihnen aber zur Kenntnisnahme zur Verfügung.

Damit schließt die Generaldebatte.

Es folgt die

Spezialdebatte.

Zu § 1 nimmt das Wort

Abg. Dr. **Riesser** (natl.): Dem Abg. Haase möchte ich erwidern, daß wir hier nicht ein Gesetz zur Förderung sozialistischer Gedanken machen, sondern lediglich dem Gedanken Ausdruck geben, daß jeder in dieser schweren Zeit auch gleiche Opfer zu bringen hat. Im übrigen verwirklicht das Gesetz, gerade um die Mitarbeiterschaft der Arbeiter zu sichern, staatssozialistische Gedanken in einem Umfang, der wohl die kühnsten Hoffnungen der Gewerkschaftsführer übertroffen hat. (Vizepräsident Dove ersucht den Redner, nicht auf die Generaldebatte zurückzukommen.) Redner gibt weiter dem Wunsche Ausdruck, daß bei der Anwendung des Gesetzes mit besonderer Schonung gegenüber dem Mittelstand vorgegangen werden muß.

§ 1 wird angenommen, ebenso ohne weitere Debatte die §§ 2—8.

§ 9 handelt von den Ausschüssen,

die über die Gewährung des Abkehrscheins zu entscheiden haben.

Abg. **Roesicke** (k.) beantragt, in diesen Paragraphen einzufügen, daß die Vertreter in diesem Ausschuß für gewerbliche Betriebe aus Vertretern gewerblicher Berufsgruppen, für landwirtschaftliche Betriebe **aus landwirtschaftlichen Berufsgruppen** zu entnehmen sind.

Abg. **Bauer** (Soz.): Der Antrag ist überflüssig, denn nach den Beschlüssen der zweiten Lesung ist einer von den drei Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer ohnehin aus der Berufsgruppe zu entnehmen, welcher der beteiligte Hilfsdienstpflichtige angehört. Die Interessen der Landwirtschaft sind also ausreichend gewahrt. Im übrigen handelt es sich nur um Fragen des Arbeitsverhältnisses, nicht um technische Fragen.

Staatssekretär **Helfferich bittet**, dem Antrag Roesicke im Interesse der Landwirtschaft zuzustimmen.

Abg. **Gothein** (Vp.): Ich bitte dringend, den Antrag abzulehnen, weil er absolut nicht in den Geist des ganzen Paragraphen hineinpaßt.

Abg. **Behrens** (Dt. Fr.) schlägt vor, in dem Antrag Roesicke einzufügen „in der Regel". Das hätte zur Folge, daß man nicht ständig zwei Ausschüsse nebeneinander zu machen brauche, einen mit landwirtschaftlichen Vertretern und einen mit gewerblichen. Betriebe selbst tätig zu sein brauchen, sondern daß sie nur berufs- Betriebe selbst tätig zu sein brauchen, sondern daß sie nur berufskundig sein müssen, wie es in der Reichsversicherungsordnung heißt.

Abg. **Roesicke** (k.) stimmt dieser Auslegung zu und akzeptiert auch die Einfügung der Worte „in der Regel". Wir wollen mit dem Antrag nicht nur der Landwirtschaft dienen, sondern der Sache. Unser Zweck ist, zu verhindern, daß Persönlichkeiten in den Ausschüssen urteilen müssen über Sachen, mit denen sie nicht vertraut sind. Auch zur Beurteilung des Arbeitsverhältnisses sind unter Umständen Detailkenntnisse nötig.

Abg. **Gothein** (Vp.) betont nochmals, daß der Antrag Roesicke nicht in den § 9 hineinpaßt, der die Bildung der Ausschüsse regional in der Regel für jeden Bezirk eine Ersatzkommission vorsieht. Es müßte sonst eingefügt werden, daß mehrere Ausschüsse nach Berufsgruppen zu bilden sind. Eventuell könnte man in den Ausführungsbestimmungen eine Regelung nach dieser Richtung treffen.

Abg. **Erzberger** (Z.): Damit können wir uns vielleicht einverstanden erklären, daß die Sache in den Ausführungsbestimmungen im Sinne des konservativen Antrags geregelt wird.

Staatssekretär Dr. Helfferich erklärt, daß sich dasselbe, was der Antrag wolle, allerdings auch im Wege der Ausführungsbestimmungen ermöglichen lasse.

Abg. **Roesicke** (k.): Nach dieser Erklärung und da ich annehme, daß die Mehrheit für unseren Antrag ist, (Widerspruch links), ziehe ich den Antrag zurück.

Abg. **Dittmann** (Soz. Arbg.): Ich protestiere dagegen, daß auf dem Umwege der Ausführungsbestimmungen etwas beschlossen wird, was das Gegenteil dessen ist, was der Reichstag in seiner Mehrheit gefordert hat.

Staatssekretär Dr. **Helfferich**: Angesichts dieser Tatsache müßten Sie dann doch, wenn Sie sicher gehen wollen, den Antrag aufrechterhalten.

Abg. **Roesicke** (Dt. Fr.) nimmt den Antrag wieder auf.

Abg. **Gothein** (Vp.): Ich muß mein Erstaunen darüber ausdrücken, daß der Staatssekretär einer Erklärung des Abg. Dittmann diese Bedeutung beilegt. Der Bundesrat hat dann mit dem Ausschuß über diese Frage zu entscheiden, und in dem wird wohl Herr Dittmann nicht allein die Mehrheit haben.

Abg. **Bauer** (Soz.) betont nochmals, daß für den Antrag Roesicke keine Notwendigkeit vorliege, weil die Interessen der Landwirtschaft auch bei der jetzigen Fassung des § 9 vollständig gewahrt seien. In den Bezirken, wo überwiegend Landwirtschaft betrieben wird, die Zusammensetzung des Ausschusses ohnehin den Wünschen der Landschaft entsprechen, und wenn gewerbliche Fragen zur Erledigung kommen, so kann der dritte Vertreter aus dem Gewerbe entnommen werden.

Staatssekretär Dr. **Helfferich**: Die Entrüstung des Herrn Abg. Gothein ist mir nicht ganz verständlich. (Zuruf links: Doch!) Ebensowenig wie Herr Gothein sagen kann, daß ich mich mit dem Herrn Abg. Dittmann solidarisch erklärte. Die Sache liegt doch so: der Bundesrat wird das, was der Reichstag beschlossen hat, durch Ausführungsbestimmungen nicht abändern können, und es ist mir doch fraglich, ob, wenn nach den Motiven gefragt wird, aus dem Widerspruch des Abg. Dittmann, namentlich nachdem sich Abg. Gothein auch in demselben Sinne ausgesprochen hat, nicht gefolgert werden könnte, daß der Wortlaut des Gesetzes eine solche Auslegung, wie sie dem Antrag Roesicke entsprechen würde, ausschließt.

Abg. **Dittmann** (Soz. Arbg.): Ich habe lediglich deshalb vorhin widersprochen, damit im Reichstag formell Widerspruch eingelegt worden ist dagegen, daß etwa durch Ausführungsbestimmungen etwas geschieht, was dem klaren Wortlaut des Gesetzes und dem Willen der Mehrheit des Hauses widerspricht, wie es in der zweiten Lesung zum Ausdruck gekommen ist.

Abg. **Gothein** (Vp.): Der Staatssekretär hätte in erster Linie dafür zu sorgen gehabt, daß die Bestimmungen des Gesetzes klar sind. Er hat aber gar nicht versucht, nachzuweisen, wie der Antrag Roesicke in den § 9 hineinredigiert werden könnte. Wenn er sich aber auch nicht hineinarbeiten läßt, so wäre es doch möglich, in den Ausführungsbestimmungen eine Bestimmung zu treffen, dahin, daß man zwei Ausschüsse ernennt. Darüber war bereits Einigung vorhanden, und diese hat der Staatssekretär dadurch gestört, daß er seinerseits den Widerspruch des Vertreters einer kleinen Fraktion unterstützt hat.

Abg. **Erzberger** (Z.): Ich kann mich dem nur anschließen. Auch nach der bisherigen Fassung können im Bezirk einer Ersatzkommission zwei oder auch mehr Ausschüsse gebildet werden; das wird sogar notwendig sein, weil die Ersatzkommissionen zum Teil in ihrer Größe den Reichstagswahlbezirken entsprechen. Nach weiterer kurzer Debatte wird der Antrag Roesicke gegen die Stimmen der Konservativen und des schlecht besetzten Zentrums abgelehnt, § 9 wird unverändert angenommen.

§ 11 handelt von der Errichtung der Arbeiterausschüsse.

Abg. **Stadthagen** (Soz. Arbg.) beantragt eine Abänderung des Paragraphen, wonach die Arbeiterausschüsse auch für ländliche Arbeiter eingeführt werden sollen. Den Landarbeitern ist heute das Koalitionsrecht genommen. Die wenigen Rechtsgarantien dieses Gesetzes sollten daher der Kategorie von Arbeitern, die bisher die rechtloseste ist, vorenthalten werden. (Bravo! bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.)

Dieser Antrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft abgelehnt.

Abg. Dr. **Roesicke** (kons.) begründet einen Antrag, die

Einigungsämter für die landwirtschaftlichen Betriebe

wieder aus dem Gesetz zu streichen.

Abg. **Brey** (Soz.) bekämpft diesen Antrag. Gerade bei den Landarbeitern muß man sich fragen, ob die Bestimmungen des Gesetzes genügen und nicht vielmehr darüber hinausgegangen werden muß. In anderen Ländern, z. B. in der Schweiz, haben die landwirtschaftlichen Arbeiter dasselbe Koalitionsrecht wie die Arbeitnehmer. Der Antrag ist um so unannehmbarer, als nach dem Gesetz auch viele landwirtschaftliche Betriebe hineinkommen werden, die man unmöglich alle Beschränkungen auferlegen darf, unter denen bisher die Landarbeiter klagen. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Behrens** (Deutsche Fraktion) bekämpft ebenfalls die Ausführungen des Abg. Roesicke.

Abg. Dr. **Roesicke** (kons.): Unser Antrag ist um so notwendiger, als mit den gewerblichen Arbeitern jetzt Elemente in die Landwirtschaft kommen werden, die versuchen werden, die landwirtschaftlichen Arbeiter aufzuregen und das gute Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf dem Lande zu stören. Ueberhaupt existiert dieser krasse Unterschied auf dem Lande nicht, dort ist auch jeder Arbeitgeber zugleich Arbeiter. (Lachen und Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Brey** (Soz.): Welche Funktionen eines landwirtschaftlichen Arbeiters erledigt denn Herr Roesicke selbst bei dieser Personalunion von Arbeitgeber und Arbeitnehmer? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Auch auf dem Lande sind die Interessen der Arbeitgeber und Arbeiter widersprechend, und wir Sozialdemokraten werden auf dem Lande stets aufgefordert, die Interessen der Arbeiter und der kleinen ländlichen Besitzer gegen die der großen Besitzer wahrzunehmen, und das tun wir. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Stolle** (Soz. Arbg.): Den Landwirten, die ihre Arbeiter human behandeln, hat es noch nie an Arbeitskräften gefehlt. Auch jetzt bekommen solche Landwirte in genügender Zahl weibliche Arbeitskräfte. Der konservative Antrag beweist nur, daß die Herren ihren Herrenstandpunkt nicht aufgeben wollen. (Bravo! bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.)

Der konservative Antrag wird abgelehnt, § 13 wird angenommen. Es folgt

§ 13a.

Hierzu liegt ein Antrag Bartling vor, der eine Abschwächung bedeutet. Statt „den im Vaterländischen Hilfsdienst Beschäftigten" zu setzen: „den Hilfsdienstpflichtigen bleibt das ihnen gesetzlich zustehende

Vereins- und Versammlungsrecht

gewahrt".

Abg. **Bauer** (Soz.): In der bisherigen Fassung hieß es: „Das Vereins- und Versammlungsrecht darf nicht beschränkt werden." Die abgeschwächte Fassung ist unter der Mitwirkung des Unterstaatssekretärs Richter zustande gekommen, zu dessen Tätigkeit im Reichsamt des Innern die Gewerkschaften gar kein Vertrauen haben. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. **Helfferich**: Selbstverständlich trage ich die Verantwortung für die Vorgänge in meinem Ressort. Die neue Fassung bringt nur zum Ausdruck, worüber wir uns alle bei der zweiten Lesung einig waren, nämlich daß neues Recht durch diese Bestimmung nicht geschaffen werden soll.

Abg. **Henke** (Soz. Arbg.): Wir beantragen das Koalitionsrecht ausdrücklich in diesen Paragraphen mit aufzunehmen. Die Unterlassung wäre eine Versündigung an den Arbeitern. Das Streikrecht muß ausdrücklich gesichert werden. Angesichts des Verhaltens des preußischen Eisenbahnministers gegenüber den Eisenbahnerverbänden ist das doppelt notwendig. Der Staatssekretär Dr. Helfferich will nicht als reaktionär gelten, der er doch ist. Uebrigens können die Herren von der Regierung gegenüber den Kapitalsinteressen nichts ausrichten, selbst wenn sie wollten. Unser Antrag entspricht dem Fühlen und Denken der Massen der Arbeiter. (Beifall bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.)

Abg. Dr. **Spahn** (Z.): Bei der Fassung des Antrages Bartling hat der Unterstaatssekretär Richter nicht mitgewirkt. Die Aenderung ist nur redaktionell.

Abg. **Heine** (Soz.): Die Aenderung ist keineswegs nur redaktionell, sondern öffnet der Auslegung Tür und Tor. Der Kreis der im Hilfsdienst beschäftigten Personen umfaßt z. B. auch die Frauen, die nicht hilfsdienstpflichtig sind. Ferner soll die Selbstverständlichkeit „das Recht bleibt gewahrt" gesagt werden, statt der vorgestern beschlossenen Fassung: „die Ausübung des Rechtes darf nicht beschränkt werden". Daraus kann deduziert werden: der Reichstag hat die Ausübung des Rechtes selbst preisgegeben. (Widerspruch und Lachen.) Das klingt für einen Nichtjuristen lächerlich, ich sehe aber auf eine 35jährige Praxis zurück.

Abg. Dr. **Müller**-Meiningen (Vp.): Die neue Fassung sollte nur redaktionell sein. Nachdem daran Bedenken geäußert sind, ziehe ich die Unterschriften meiner Freunde zurück.

Unterstaatssekretär Dr. **Helfferich** bittet die Fassung des Antrages Bartling aufrechtzuerhalten.

Abg. Dr. **Junck** (natl.): Aus denselben Gründen wie Dr. Müller-Meiningen werde ich gegen den von mir unterzeichneten Antrag Bartling stimmen.

Die Debatte schließt.

Abg. **Bauer** (Soz., persönlich): Ich stelle fest, daß Unterstaatssekretär Richter mit aller Energie für die Aenderung eingetreten ist.

Der Antrag Bernstein (Soz. Arbg.) auf Einfügung des Koalitionsrechts und der Antrag Bartling werden abgelehnt, die Fassung der zweiten Lesung wird angenommen.

Es folgt

§ 14.

„Für die industriellen Betriebe der Heeres- und Marineverwaltung sind durch die zuständigen Dienstbehörden Vorschriften im Sinne der §§ 11 bis 13 zu erlassen."

Abg. **Legien** (Soz.): Wir beantragen hinter Marineverwaltung einzuschieben „sowie die

Staatseisenbahnbetriebe".

Es ist nicht einzusehen, warum den Staatsarbeitern das Recht der Arbeiterausschüsse und der Schiedsstellen nicht eingeräumt werden soll.

Staatssekretär Dr. **Helfferich**: Gegen diesen Antrag bestehen die schwersten Bedenken. Vier Fünftel aller Staatseisenbahnbetriebe haben bereits Arbeiterausschüsse und der preußische Eisenbahnminister hat mir versichert, daß er diese Arbeiterausschüsse

im Sinne der heute auch hier zur Verhandlung kommenden Resolution Bassermann ausbauen will. Die Schirdsstellen aber können wir mit dem Betriebe der Eisenbahnen nicht vereinbaren. **Wird dieser Antrag angenommen, so ist das Gesetz gefährdet.** (Lebh. Hört! Hört! links.)

Abg. **Ickler** (natl.): Ich bedaure diese Erklärung unendlich — habe ich im Ausschuß doch selbst einen entsprechenden Antrag gestellt. Ich bitte aber, sich nun mit der Resolution zu begnügen und hoffe, daß die Eisenbahnverwaltung weitgehend entgegenkommen wird.

Staatssekretär **Dr. Helfferich**: Durch die Erklärung des preußischen Eisenbahnministers werden die Wünsche des Abg. Ickler erfüllt.

Abg. **Giesberts** (Z.): Auch wir werden nunmehr gegen den Antrag Legien stimmen, ohne uns jedoch im Prinzip damit etwas zu vergeben.

Abg. **Pönke** (Soz. Arbg.): Gerade nach den Erklärungen, die der Eisenbahnminister abgegeben haben soll, muß der Antrag angenommen werden. Es darf nicht in seinem Belieben stehen so oder so zu handeln. Wenn übrigens das Gesetz durch den Antrag gefährdet sein soll, dann scheint es doch nicht so ganz notwendig zu sein. Für uns ist das ein Grund mehr für den Antrag zu stimmen.

Abg. **Legien** (Soz.):

Wir wollen das Wohlwollen nicht auf dem Papier behalten und deshalb wünschen wir die Annahme des Antrages. Die Erklärung mag ja gut gemeint sein, aber die Erfahrung, die wir auf diesem Gebiete in Preußen gemacht haben, zwingen uns, die erste Gelegenheit zu ergreifen, um Wandel zu schaffen. Besteht die Absicht, die Ausschüsse im Sinne unseres Antrages auszubauen, so ist es doch das einfachste, diesen Antrag anzunehmen.

Daß gerade bei dieser Frage die Erklärung abgegeben werden konnte, das Gesetz würde daran scheitern, hätte ich nicht erwartet. Wenn das Gesetz an Rechtsgarantien für die Arbeiter scheitern soll, so scheint ihm doch eine ganz andere Absicht zugrunde zu liegen als hier immer gesagt wird. (Lebh. Zustimmung links.) Man sagt immer, alle Leistungsfähigen sollen ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen, und dann sagt man, gebt Ihr den Eisenbahnarbeitern Arbeiterausschüsse und das Recht, ihre Streitigkeiten auf gesetzlichem Wege zu schlichten, so ist das Gesetz in Gefahr. Herr Staatssekretär, mit diesem Worte haben Sie dem Zustandekommen des Gesetzes einen schlechten Dienst erwiesen. (Lebh. Beifall links.)

Bei der Abstimmung erhebt sich die gesamte Linke einschließlich einiger Nationalliberaler für den Antrag Legien. Die Abstimmung bleibt zweifelhaft und bei der durch Hammelsprung erfolgenden Abstimmung wird die Aufnahme des Antrages Legien **mit 139 gegen 138 Stimmen abgelehnt**, § 14 wird angenommen.

Hierauf begründet

Abg. **Mumm** (Deutsche Fraktion) einen auch von den Sozialdemokraten unterstützten Antrag:

„Der Bundesrat kann Betriebe, welche dem Zweck des Gesetzes nicht nachkommen, in den Betrieb des Reiches übernehmen."

Die Notwendigkeit, von diesem Antrag Gebrauch zu machen, wird hoffentlich sehr selten vorliegen, aber die Möglichkeit muß vorhanden sein, auch den Unternehmern gegenüber muß das Reich die Handhabe zu scharfem Vorgehen haben. Es müssen Arbeiter und Unternehmer gleichmäßig behandelt werden, auch beim Arbeitgeber muß der Zwang möglich sein.

Abg. **Giesberts** (Z.) stimmt dem Antrag zu, er bedeutet eine Stärkung der Autorität des Kriegsamts.

Abg. **Gothein** (Vpt.) hält die Fassung des Antrages für zu unklar. Man sollte freiwillige Mitarbeit der Industrie nicht durch solche Bestimmungen stören. Es ist auch gar nicht möglich, plötzlich mitten im Kriege einen Betrieb zwangsweise in einen Staatsbetrieb zu überführen.

Abg. **Dittmann** (Soz. Arbg.): Das von uns vertretene Prinzip der Verstaatlichung der Rüstungsindustrie kommt hier in außerordentlich verwässerter Form zum Ausdruck. Man scheint doch eingesehen zu haben, daß es nicht richtig war, unseren prinzipiellen Antrag abzulehnen.

Abg. **Gröber** (Z.): Ich habe große Bedenken dagegen, eine so wichtige Materie jetzt in dritter Lesung in dieser Weise zu regeln. Es ist gar keine Bestimmung vorgesehen, die die Unternehmer gegen unberechtigte Eingriffe in dieser Richtung schützt. (Sehr richtig!) Es ist auch nichts bestimmt, über irgendwelche Schadloshaltung des Unternehmers, dem sein Betrieb weggenommen wird. Wir haben bisher immer daran festgehalten und wem sein Eigentum genommen wird, wer expropriiert wird, der wird dafür entschädigt. Ich warne Sie, diesen Weg zu beschreiten, es ist der Weg des Verderbens. (Bravo!)

Abg. **Hoch** (Soz.): Der Antrag kommt gar nicht so plötzlich, sondern die Frage ist im Ausschuß und auch in zweiter Lesung erörtert worden. Wenn es Ihnen also ernst um die Sache war, hätten Sie die nötigen Sicherungen vorschlagen können. Die Arbeiter müssen sich mit Haut und Haaren dem Zwang verschreiben, den Unternehmern gegenüber steht das Vaterland ganz wehrlos gegenüber. Es handelt sich hier also um eine absolut notwendige Ergänzung des Gesetzes. Der Arbeiter, der sich weigert, kommt ins Gefängnis; hier, wo man den Unternehmer zwingen will, kommt Herr Gröber mit der Entschädigungsfrage.

Abg. **Mumm** (Dt. Fr.): Der Zwang gegenüber dem Arbeiter wirkt immer noch härter als der gegenüber dem Unternehmer, dem nur sein Geld genommen wird. Die nötigen Sicherungen liegen in den Handels-, Handwerkskammern usw., während wir Arbeiterkammern noch nicht haben. Im übrigen können wir wohl das Vertrauen zum Bundesrat haben, daß er diese Bestimmung nicht rigoros handhaben wird.

Abg. **Stresemann** (natl.): Die Entschädigungsfrage für stillgelegte Betriebe haben wir niemals lediglich mit Rücksicht auf die Unternehmer behandelt, sondern mit Rücksicht auf alle dabei Beteiligten. Im übrigen kann man wirklich nicht sagen, daß die Arbeiter in diesem Gesetz schutzlos gelassen sind. Lesen Sie, was die „Chemnitzer Volksstimme" (Lachen bei der Soz. Arbg.) heute früh darüber schreibt. Sie haben hier in wenig Tagen sozialpolitische Fortschritte gemacht, um die hier Jahrzehnte gekämpft worden ist. Herrn Mumm erwidere ich: Dem deutschen Unternehmer ist seine Fabrik nicht nur sein Geld. Sonst hätten wir auch einen Rentnerstaat. Die Liebe des Unternehmers zu seinem Betriebe, den er bestrebt ist, immer zu erweitern, das ist es, was Deutschland großgemacht hat. (Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen.)

Staatssekretär **Dr. Helfferich**: Ich bin erstaunt über das außerordentliche Maß von Vertrauen, das die Herren hier dem Bundesrat entgegenbringen. (Heiterkeit.) Aber ich halte das für ein Danaergeschenk. Ich erkenne an, daß ein gewisser berechtigter Gedanke dem Antrage zugrunde liegt, aber der Bundesrat hat heute bereits genug Mittel, um seinen Willen gegenüber den Unternehmern durchzusetzen, wenn es solche überhaupt geben sollte, die sich dem Zweck des Gesetzes widersetzen.

Abg. Graf **Westarp** (kons.) schließt sich den Ausführungen des Abg. Stresemann an; was dieser für die Industrie gesagt habe, gelte auch für die Landwirtschaft.

Abg. **Hoch** (Soz.): Ich habe natürlich nicht gesagt, daß im Gesetz jeder Schutz für die Arbeiter fehlt. Gegen die Unternehmer, die sich weigern, die Bestimmungen des Gesetzes zu erfüllen, hat die Regierung nur Zwangsmittel, sofern es sich um kleine Unternehmer handelt, aber nicht gegenüber Monopolfirmen wie Krupp. Ein besonderes Vertrauen zum Bundesrat liegt in dem Antrag nicht, denn der Bundesrat ist ja an die Zustimmung des eingesetzten Reichstagsausschusses gebunden.

Abg. **Dittmann** (Soz. Arbg.): Wenn es sich um Sicherungen für die Arbeiter handelt, ist Ihnen auch das Wenige, was vorgeschlagen wird, zu viel; wenn es sich aber um Unternehmerschutz handelt, kann Ihnen gar nicht genug geschehen. Das bestätigt wieder den Ausnahmecharakter des Gesetzes.

Der Antrag wird hierauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft und des Abgeordneten Mumm (Dt. Fr.) abgelehnt.

Es folgt

§ 17,

der allgemeine Verordnungen des Bundesrats an die Zustimmung eines

Fünfzehner-Ausschusses des Reichstages

bindet.

Abg. **Ledebour** (Soz. Arbg.): Wir müssen auf der Mitwirkung des Reichstages selbst, nicht eines Ausschusses, bestehen. Ein Ausschuß ist kein Parlament; die Kontrolle des Parlaments ist eine öffentliche, und das ist das Wesen des Parlaments, das einem Ausschuß nicht innewohnt. Das Gesetz ist für den zu erreichenden Zweck nicht notwendig, das hat vorhin der Staatssekretär selbst zugegeben, indem er sagte, das Gesetz würde scheitern, wenn dem preußischen Eisenbahnminister auch nur ein Titelchen seiner Machtvollkommenheit genommen würde. Die stärksten Register des Patriotismus sind in den letzten Tagen hier gezogen worden, und dann gibt der Staatssekretär eine solche Erklärung ab. Das beweist doch, wie wenig notwendig das Gesetz ist. (Sehr richtig! bei der Soz. Arbg.)

Jedenfalls darf der Reichstag seine Befugnisse nicht auf einen Ausschuß übertragen, auf einen Beirat, der sich zu einer Parlamentsbureaukratie auswachsen würde. (Beifall bei der Soz. Arbg.)

Staatssekretär **Dr. Helfferich**:

Die Ausführungsbestimmungen an die Zustimmung des gesamten Reichstags zu binden wäre mit dem Zweck des Gesetzes nicht vereinbar, der Zeitverlust würde da zu groß werden. Zu dem in der zweiten Lesung beschlossenen Ausschuß habe ich nicht das Wort unannehmbar gebraucht, aber ich habe es für meine Pflicht gehalten, darauf aufmerksam zu machen, daß damit eine neue staatliche Situation herbeigeführt wird. Ich mußte die Bedenken der Verbündeten Regierungen zum Ausdruck bringen. Ich habe während der ganzen Verhandlungen meine Pflicht und Schuldigkeit getan, wenn ich bei den Punkten, von denen ich eine Gefährdung des Zweckes des Gesetzes erwartete, darauf aufmerksam machte. Das Wort unannehmbar habe ich auch bei der Frage der Eisenbahnen nicht ausgesprochen, ich habe lediglich meine Anschauung, wie ich mir die Situation vorstelle, dargestellt.

Staatssekretär **Dr. Helfferich**

gibt unter lebhaftem Beifall die im Hauptblatt gemeldete Erklärung über die Erhöhung der Familienunterstützung ab.

Abg. **Ebert** (Soz.):

Wenn dieser Geist des Entgegenkommens auch bei den Verhandlungen etwas lebhafter zum Ausdruck gekommen wäre, so wären die Verhandlungen wesentlich gefördert worden. Mir ist es unverständlich, daß bei der Eisenbahnerfrage der Staatssekretär überhaupt auf den Gedanken kommen konnte, das Schicksal des Gesetzes könnte mit dieser Frage in Zusammenhang gebracht werden. (Lebhafte Zustimmung links.) Das Gesetz stellt

ungeheure Anforderungen an die Arbeiter.

Wenn wir nicht überzeugt wären, daß es zur Verteidigung des Landes unbedingt notwendig ist, könnten wir seinem Grundgedanken gar nicht näher treten. Das hat der Staatssekretär ganz außer acht gelassen.

Bei dieser Bestimmung handelt es sich um eine solche, die für unsere Stellung zum ganzen Gesetz entscheidend ist. Ohne diese Bestimmung ist das Gesetz für uns unannehmbar. Der Ausschuß soll nicht ein Beirat des Kriegsamts sein, wie der Abg. Ledebour meint, sondern die Ausführungsbestimmungen des Bundesrats bedürfen seiner Zustimmung. Diese Mitwirkung müssen wir verlangen, und deshalb muß er auch bei der Verwaltungsarbeit des Kriegsamts mitarbeiten. Darüber scheinen mir die Ausführungen des Staatssekretärs noch nicht hinreichend zu sein, und ich bitte ihn deshalb, sich auch dazu zu erklären.

Staatssekretär **Dr. Helfferich**:

Ich habe bei der zweiten Lesung auch noch die zweite Erklärung abgegeben, daß, wenn der Bundesrat sich entschließt, diese Bestimmung anzunehmen, er sie selbstverständlich loyal ausführen wird. Ich nehme an, daß Ihnen diese Erklärung genügt.

Abg. **Ledebour** (Soz. Arbg.):

Der Abg. Ebert hat bemängelt, daß ich für den Ausschuß den Ausdruck Beirat gebrauchte. Ich habe seine Befugnisse als gesetzgeberische Funktion ausdrücklich betont, habe das aber bekämpft, weil ich diese Befugnisse dem Reichstag selbst vorbehalten will. — Der Staatssekretär hat durch seine jetzige Definition seiner vorherigen Verklausulierungen seine Sache nur verschlechtert. Ich hatte seine Ausführungen so aufgefaßt, das Gesetz würde unannehmbar werden, wenn dem preußischen Eisenbahnminister auch nur ein Titelchen seiner Befugnis genommen würde, und auch andere haben das so aufgefaßt. (Lebhafte Zustimmung.) Jetzt sagt er, er habe nicht gesagt, es würde unannehmbar werden, sondern das Zustandekommen des Gesetzes würde gefährdet werden. Wenn der leitende Minister in der dritten Lesung eine solche Erklärung abgibt, so ist das ganz dasselbe, wie wenn er das Unannehmbar ausspricht. (Lebhafte Zustimmung bei der Soz. Arbg.) Und wenn Herr Helfferich die Tragweite seiner Worte nicht erkennt, so beweist er nur, daß er für sein Amt nicht paßt. (Präsident Dr. **Kaempf** rügt diesen Ausdruck.) Aber ich darf doch die Qualität eines Ministers beurteilen. (Heiterkeit. — Präsident Dr. **Kaempf**: Ich habe den Ausdruck gerügt und bitte Sie, fortzufahren!) Es war also eine Drohung mit dem Nichtzustandekommen des Gesetzes. Jetzt dagegen legt der Staatssekretär es so aus, daß die Zustimmung doch gegeben würde. Dann sind also seine vorherigen Ausführungen das gewesen, wofür wir noch immer kein deutsches Wort haben, das was man einen Bluff nennt. (Heiterkeit bei der Soz. Arbg.) Und leider haben sich noch einige bluffen lassen. Wenn nur einer oder zwei Abgeordnete mehr sich nicht hätten bluffen lassen, so wäre der Antrag angenommen worden, und dann hätte die Reichsregierung gesagt: Na, angenehm ist es nicht, aber . . . (Präsident Dr. **Kaempf**: Sie scheinen nicht mehr zu § 17 zu sprechen!) Der Kausalnexus ist doch der, daß ein Gesetz von einer solchen Tragweite in seiner Ausführung nicht einem Ausschuß übertragen werden darf. Wollte man Bosheitspolitik treiben, so könnte man zum Staatssekretär sagen: Arbeiten Sie nur so weiter. (Heiterkeit und Sehr gut! bei der Soz. Arbg.)

Staatssekretär **Dr. Helfferich**:

Ich habe den Reichstag keineswegs geblufft. Die Verbündeten Regierungen haben noch gar nicht Stellung nehmen können, deshalb konnte ich das Wort unannehmbar auch nicht aussprechen. Ich habe lediglich zum Ausdruck gebracht, wie ich die Situation ansehe.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Bernstein auf Ersetzung des Fünfzehnerausschusses durch den ganzen Reichstag wird abgelehnt, § 17 wird nach den Beschlüssen zweiter Lesung angenommen.

Es folgt

§ 18, wonach das Gesetz binnen eines Monats nach Friedensschluß außer Kraft tritt.

Abg. **Keil** (Soz.):

Hierzu haben wir einen Antrag eingebracht, daß das Gesetz bereits am 1. Juli erlischt. Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft hat einen entsprechenden Antrag mit unwesentlichen Abänderungen eingebracht, den auch wir unterschrieben haben, um seine Verhandlung zu ermöglichen. Der Antrag selbst ist uns überaus wichtig. Das Gesetz ist ein Notgesetz, das nur gelten soll, solange die Not vorhanden ist. Daraus ergibt sich die Beschränkung auf eine Frist von selbst. Die im § 18 vorgesehene Frist ist zu unbestimmt, denn die Kriegsdauer läßt sich noch nicht absehen. Die Befristung auf den 1. Juli 1917 ist deshalb notwendig. Sollte geraume Zeit vorher Frieden eintreten, so wird der Reichstag das Gesetz schon früher aufheben. Auf unabsehbare Zeit darf es nicht beschlossen werden, weil auch bei Fortdauer des Krieges nachgeprüft werden muß, ob es noch notwendig ist und wie es sich bewährt hat. Wir wissen auch nicht, wie es gehandhabt wird. Die Befristung wird einer willkürlichen Handhabung vorbeugen. Erweist sich am 1. Juli die Verlängerung des Gesetzes als notwendig, so wird der Reichstag die Verlängerung auch gewähren. Es können dann aber auch Aenderungen hineingebracht werden, entsprechend den Erfahrungen, die bis dahin gemacht sind. Durch dieses Gesetz wird das ganze bürgerliche Rechtssystem außer Kraft gesetzt, und da ist der Reichstag es sich schuldig, eine solche Befristung in das Gesetz aufzunehmen. Die hinter uns liegenden Erfahrungen machen das zur unbedingten Pflicht im Interesse des ganzen Volkes. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Ledebour** (Soz. Arbg.):

Ich kann mich dem Vorredner im wesentlichen anschließen. Der Unterschied unseres Antrages liegt nur darin, daß wir wollen, daß mit Friedensschluß das Gesetz automatisch außer Kraft tritt. Das halten wir zugleich für eine wirksame Friedensdemonstration.

§ 18 wird unter Ablehnung der Anträge der Sozialdemokraten und der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft angenommen.

Die Gesamtabstimmung über das Gesetz ist nach einem inzwischen eingegangenen Antrag eine namentliche. Das Gesetz wird angenommen mit

235 gegen 19 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen.

Das Haus nimmt dieses Ergebnis mit lebhaften Bravorufen auf.

Präsident **Dr. Kaempf**:

Ihr Beifall ist im vollsten Maße gerechtfertigt. Kaum jemals seit Bestehen des Reichstages ist ein Gesetzentwurf von so tiefeinschneidender Bedeutung im Hohen Hause vorgelegt worden. Mit der Erhabenheit der Pflichten, die das ganze Volk freudig zu übernehmen sich anschickt, hält gleichen Schritt der durch das Gesetz bekundete weithin auch für unsere Feinde vernehmbare

Ausdruck der Entschlossenheit,

in diesem uns aufgezwungenen Kampfe unseren Feinden die Spitze zu bieten, bis das Ziel erreicht ist, nämlich die ungehinderte Entwicklung der geistigen und wirtschaftlichen Kräfte unseres Volkes und unserer Verbündeten. (Lebhafter Beifall.) Gott schütze Kaiser und Reich, Gott schütze unser ruhmreiches Volksheer, Gott schütze Volk und Vaterland. (Erneuter lebhafter Beifall.)

Staatssekretär **Dr. Helfferich**:

Wir haben mit Ihrer Abstimmung, soweit dies hohe Haus in Betracht kommt, das große Werk bewältigt. Der Gesetzentwurf, der aus ihren Beratungen hervorgegangen ist, wird dem Bundesrat alsbald vorgelegt werden, aber schon jetzt glaube ich mich ermächtigt halten zu dürfen, Ihnen namens der Verbündeten Regierungen

wärmsten Dank

auszusprechen für die treue, hingebungsvolle und angestrengte Mitarbeit an der Gestaltung dieses Gesetzentwurfs. Was bei dieser Beratung geleistet worden ist in dauernder Arbeit, in Tag- und Nachtsitzungen, in der Kommission und hier im Plenum — ich würde sagen, es ging über menschliche Kraft fast hinaus, wenn nicht der Gedanke an unsere Truppen draußen uns zu tiefster Bescheidenheit veranlaßte. (Bravo!) Der Dank steht im Herzen dieser Truppen geschrieben. Die Verbündeten Regierungen werden dies Gesetz durchführen im Geiste der Gemeinschaftsarbeit. Sie wissen, daß die Paragraphen dieses Gesetzes nur durch die freudige bereitwillige Mitarbeit des ganzen Volkes in allen seinen Schichten und Klassen zur lebendigen Wirksamkeit geführt werden können. Möchten alle Erwartungen, die wir an das Gesetz richten, sich im vollen Maße erfüllen für unsere Feldarmee und unsere Heimatarmee, für das gesamte deutsche Volk und für unser geliebtes Vaterland. (Lebhafter Beifall.)

Generalleutnant **Gröner**:

Als Chef des Kriegsamts spreche ich Ihnen meinen allerwärmsten Dank aus. Das Kriegsamt wird bemüht sein, seine Tätigkeit in einer Weise aufzufassen, die, wie ich hoffe, die Zustimmung des ganzen Volkes finden wird. In der ganz außergewöhnlichen Lage, in der das Kriegsamt sich befindet, ist es nötig, unabhängig von staatsrechtlichen, politischen und sonstigen Bedenken vor allem den gesunden Menschenverstand zu benutzen. (Bravo!) Ich bin Ihrer Zustimmung gewiß, wenn ich unverrückt das eine Ziel im Auge behalte, dem Heere zu dienen. (Bravo!) Das hohe Haus wird nun auseinandergehen, jeder der Herren an seine Stätte, und jeder von Ihnen wird mit sich nehmen und im Volke verbreiten den Geist, der in diesen arbeitsreichen Tagen uns alle durchglüht hat. Wenn hier und da eine Stimme aus fernen Sphären zu uns drang, so nehme ich an, daß diese Stimmen dorther stammen, wo eben die Geister wohnen, die verneinen. (Heiterkeit.) Ich darf daran erinnern, wie vor 40 Jahren auch am 2. Dezember auf den Schlachtfeldern Frankreichs die deutschen Stämme mit Blut und Eisen zusammengeschweißt wurden. Die Saat, die damals in das Herz des deutschen Volkes gelegt wurde, wird heute geerntet. Der Geist unserer Väter ist es, der das hohe Haus bei seinen Beratungen geleitet hat und der durch dies Gesetz aufs neue gestärkt hinausgetragen werden soll in Stadt und Land. Mit Ihrem Beschluß in dieser heiligen Stunde werden Sie einen neuen Samen gelegt haben in die Herzen unseres Volkes, der mit seinen Früchten nicht nur im gegenwärtigen Kriege unser Dasein reifen wird, sondern auch fortwirken muß über die Dauer dieses Gesetzes hinaus bis in eine ferne Zukunft. Darin erblicke ich von meinem Standpunkt aus als Patriot die bedeutsamste Mitwirkung des Reichstags bei diesem Gesetzentwurf.

Die Wirkung dieses Gesetzes tritt schon jetzt zutage draußen bei unserem Heere. „Der Rücken ist uns sicher gedeckt, nun stehen wir fest auf einem Boden, der nie ins Wanken kommen kann," so wird mir aus der Front geschrieben. (Lebhaftes Bravo!) Dankbar werden

die treuen Mitkämpfer in der Heimat

vom Heere draußen am Feinde begrüßt. (Erneutes Bravo!) Auch die Wirkung des Gesetzes auf unsere Feinde ist bereits deutlich zu erkennen in ihrer Presse. So wird die entschlossene Tat des Reichstags die englischen Phantasien über Deutschland Lügen strafen. Wieviel mehr noch, wenn aus dieser Tat alle Volkskreise die felsenfeste Ueberzeugung in sich aufnehmen, daß das deutsche Volk unüberwindlich ist, wenn es nur einig ist. (Bravo!) Einigkeit ist nur möglich, wo Vertrauen ist. Für den Politiker mag mancher Paragraph, der hier Gesetz geworden ist, ein Ergebnis des gesunden Mißtrauens sein, wie ich in der Zeitung gelesen habe, für die gesetzgeberische Arbeit mag dies ein notwendiges Uebel sein. Für mich als Soldat, dem die Ausführung des Gesetzes anvertraut wird, bedeutet es aber die Aufforderung zu fester Entschlossenheit. Ich hoffe dabei, daß der Reichstagsausschuß mit dem Bundesrat einträchtig Hand in Hand gehen wird. Dieser neue Dreibund: Bundesrat, Reichstagsausschuß und Kriegsamt wird und muß in Einigkeit dem ganzen Volke mit gutem Beispiel vorangehen. (Bravo!) Die Meinungsverschiedenheiten, die bei unseren Beratungen zum Teil recht ausgiebig zutage getreten sind, müssen jetzt aufhören. Die Arbeitsgemeinschaft des deutschen Volkes wird in diesem Gesetz proklamiert, und daß der einheitliche

Wille des ganzen Volkes

in dieser vaterländischen Arbeit fest bestehen bleibt, muß die erste und dauernde Sorge des Kriegsamts sein in Verbindung mit Bundesrat und Reichstagsausschuß. Daran, daß wir diese Aufgabe erfüllen werden, zweifle ich nicht. Ich glaube an das deutsche Volk. Ich glaube, daß mitten in allen Meinungsverschiedenheiten feststeht als ehernes Fels der absolute Wille zum Sieg. (Lebhaftes Bravo!)

Der englische Löwe mag seinen Rachen aufsperren, soweit er will, erbeißt auf Granit. (Stürmischer Beifall.)

Einige Resolutionen werden dem Reichskanzler als Material überwiesen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Präsident Dr. Kaempf:

Angesichts der Entwicklung der allgemeinen Lage in den letzten Wochen ist es nicht ausgeschlossen, daß eine Tagung des Reichstags erwünscht sein wird auch schon vor dem Termin, der für eine etwaige kaiserliche Vertagungsorder in Aussicht zu nehmen wäre. Zum zweitenmal eine kaiserliche Vertagungsorder zurückzunehmen, erscheint nicht angängig und muß auch nach Ansicht des Herrn Reichskanzlers vermieden werden. Ich bitte daher um die Ermächtigung, meinerseits Tag und Tagesordnung der nächsten Reichstagssitzung festzustellen. — Ich stelle fest, daß mir die Ermächtigung erteilt ist.

Schluß der Sitzung gegen 4 Uhr.

Berufsberatung.

Ein sozialistisches Prinzip.

In Heft 8 der „Monatsblätter für Invaliden- und Krüppelhilfe" behandelt Herr Dr. Christian einen für uns Sozialisten interessanten Gegenstand aus der Kriegsbeschädigtenfürsorge, die Berufsberatung.

Der Verfasser weist mit Recht darauf hin, daß die Berufsberatung seitens der Berater nicht in erster Linie wirtschaftliche Branchenkenntnisse voraussetzt (Lage des Arbeitsmarkts, Lohnverhältnisse usw.), sondern vor allem ein individuelles Erforschen der Berufseignung des einzelnen Beschädigten; dieses sei um so notwendiger, als der heutige Arbeitsprozeß eine ständige Verfeinerung und Spezialisierung erfahre. Der Berufsberater hat nicht nur darauf zu achten, ob der Kriegsbeschädigte im allgemeinen körperlich kräftig und geistig begabt sei, sondern er muß durch sorgfältiges Erforschen festzustellen suchen, welche einzelnen körperlichen und geistigen Eigenschaften sein Schützling besitzt und welcher Beruf sich demzufolge für ihn eignet. Als Beispiel erwähnt Dr. Christian das Heben von Lasten, das eine einfache, kurzandauernde Kraftentfaltung der gesamten Muskulatur erfordert, das Schnitzen, das die angespannte Tätigkeit kleiner Muskelgruppen verlangt, das Heizen eines Kessels, das die langandauernde Anstrengung des größten Teiles der Muskulatur erfordert. Er erinnert an die besonderen Sinneseigenschaften, die für einzelne Berufe notwendig sind, wie z. B. für den Signaldienst fehlerfreie Farbenempfindung, für die Beschäftigung im Fahr- und Wachdienst die Abwesenheit von Nachtblindheit, für das Prüfen von Gewehrläufen Feinfühligkeit der Hand. Auf dem Gebiet der vorwiegend geistigen Anforderungen ist Berufsvoraussetzung bald die Konzentrierung der Aufmerksamkeit auf einen einzigen kleinen Gegenstand (beim Uhrmacher), bald das Gedächtnis für gehörte Rede (Stenograph), bald die Fähigkeit, Entfernungen, Zeit und Abstand zu schätzen.

Zwecks Ausbau der Berufsberatung tritt Dr. Christian für die systematische, zweckentsprechende Ausbildung der Berufsberater in den betreffenden Wissensgebieten ein, besonders in Volkswirtschafts- und Gesundheitslehre, Rassenhygiene und Sozialpolitik unter Benutzung experimenteller Methoden. Als Lehrer denkt er sich Aerzte, Volkswirtschaftler, Verwaltungs- und Gewerbeaufsichtsbeamte, Psychologen, Fachschullehrer und Berufssachverständige und entwickelt zugleich die Grundzüge dieser durch ein „Berufsberatungsamt" zu freierenden Organisation. In ihr erblickt er, abgesehen von dem augenblicklichen Zweck der Kriegsbeschädigtenfürsorge, zugleich den Schrittmacher auf dem Wege der allgemeinen Berufsberatung, der zweckmäßigen Auslese für die einzelnen Berufe und der Organisation der nationalen Arbeit überhaupt. Unbewußt hat der Verfasser damit einen Schritt getan, der zu Ende gedacht nur in dem Sozialismus enden kann, wie ihn die deutsche Sozialdemokratie in den Gegenwarts- und Zukunftsforderungen ihres Programms von jeher propagiert hat.

Die Einheitsschule, wie wir sie immer verlangt haben und wie sie Heinrich Schulz in seinem Buch: „Die Schulpolitik der Sozialdemokratie" in vielfacher Uebereinstimmung mit bürgerlichen Sozialpädagogen, wie Natorp, ausführlich begründet hat, bedingt in ihrer idealen Ausgestaltung, wenn wir von dem allen gemeinsamen Grundstock des Wissens absehen, die vorzüglichste Auslese der Kinder nach ihren verschiedenen Anlagen. Diese Auslese kann nur auf Grund genauester Kenntnis der Berufseignung und Berufsvoraussetzungen erfolgen und muß mit den fortschreitenden Jahren des Schulbesuchs immer spezialisiert werden.

Die Arbeitsvermittlung und die Gewerbeaufsicht würden, wenn sie auf der Grundlage der Berufseignung erfolgten, innerhalb des gesamten Arbeiterschutzes, besonders aber des Schutzes der Frauen und Jugendlichen, zu Anforderungen an die sozialpolitische Gesetzgebung kommen, deren Durchführung manchem auf bürgerlichem Boden stehenden Freunde solcher Berufsberatung „unmöglich" erscheinen möchte.

Soll die Organisation der nationalen Arbeit ihr Ziel erreichen, überall den rechten Mann an die rechte Stelle zu setzen, auf Grund seines persönlichen gesellschaftlichen Wertes und nicht der Zugehörigkeit zu der oder jener Gesellschaftsklasse, in die er hineingeboren ist, so ist sie nur denkbar in einem demokratischen und sozialistischen Staatswesen. Eine Gesellschaft, die die gesellschaftlich notwendige Arbeit unter ihre Mitglieder nach ihrer Eignung verteilt, muß der Idee nach sozialistisch-demokratisch sein und darf vor dem dank dem Privateigentum an Produktionsmitteln erworbenen Besitz nicht Halt machen. Der kapitalistische Staat kann auch dort, wo er scheinbar in ähnlicher Weise vorgeht, wie jetzt bei der Einführung der Zivildienstpflicht, jenes Ziel weder erstreben noch erreichen; wohl wagt er es vielleicht, das Prinzip der „zweckmäßigen Auslese für die einzelnen Berufe" auf das Proletariat anzuwenden, aber er stutzt schon vor den mittleren und oberen Leitern des Produktionsprozesses und erst recht macht er Halt vor den Besitzern der Unternehmungen, d. h. heute in den wichtigsten Teilen der Finanzwelt und der Industrie den Aktionären, deren Stellung nicht auf ihrer natürlichen Eignung, sondern auf der gesellschaftlichen Einrichtung des kapitalistischen Eigentums beruht. Nur die Ersetzung des Kapitalverhältnisses als des gesellschaftsbeherrschenden Faktors durch das genossenschaftliche Verhältnis, nur der Sozialismus kann die Berufsberatung in dem Sinne, wie es der Verfasser des Artikels fordert, zum Prinzip der Organisation der gesellschaftlichen Arbeit machen, kann wenigstens in der Idee den rechten Mann an den rechten Platz bringen. Und deshalb wollen wir, eben weil wir Sozialisten sind und sein wollen, gern an der Berufsberatung mitarbeiten, wollen sie, wie so viele andere soziale Institutionen, freudig als Mittel begrüßen, dem lebenden Geschlecht in praktischer Kleinarbeit zu helfen und zugleich als rechte Sozialisten in ihr einen Wegweiser zum Sozialismus erblicken, der trotz aller Not der Zeiten unser ewig erstrebtes Ziel bleiben soll.

Wo immer wir die Keime der Zukunft erblicken, wollen wir sie hegen und pflegen, auf daß sie sich entwickeln und der Höherentwicklung der Gesellschaft dienen, und da wollen wir auch denen, die unbewußt die Saat ausstreuen, zeigen, welche Frucht ihr Samen treibt.

Aus der Partei.

Zu den Stadtverordnetenwahlen in Nordhausen teilt uns der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins Nordhausen mit, daß Verhandlungen der Parteien über die Stadtverordnetenwahlen nicht stattgefunden haben. Jede Gelegenheit dagegen hat der freisinnige Führer benutzt, immer wieder zu erklären, daß seine Partei am Orte die Majorität habe und deshalb allein über die Besetzung der Mandate der Stadtverordnetenversammlung bestimme. Wenn den Arbeitern die liberalen Vertreter nicht paßten, so sollten sie sich andere wählen. Sie (die Liberalen) böten nicht die Hand dazu, Sozialdemokraten in das Stadtparlament zu bringen. Das könnten sie der Bürgerschaft gegenüber nicht verantworten.

Wir erkennen an, daß hierdurch das Vorgehen der Nordhausener Genossen in anderem Lichte erscheint, als wir auf Grund irreführender Mitteilungen in mehreren Blättern gewertet hatten.

Gemeindewahlsieg. In Iserlohn wurde Genosse Bräucker mit 364 gegen 259 gegnerische Stimmen zum Stadtverordneten gewählt.

Die tschecho-slawische Sozialdemokratie ist bekanntlich dem einheitlichen Verband aller tschechischen Parteien beigetreten, der sich nicht nur auf die Parlamentsfraktionen erstreckt, sondern gewissermaßen die ganze Nation umfaßt. Die Wiener „Arbeiter-Zeitung" sieht in diesem Vorgehen einen weiteren sehr entschiedenen Schritt auf dem nationalistischen Wege, der mit der Losreißung der tschechischen Arbeiter von den gewerkschaftlichen Zentralverbänden und dem Verlassen des einheitlichen sozialdemokratischen Abgeordnetenverbandes und der Reichsparteileitung betreten werde. Die tschechische Partei habe durch die Zustimmung zur Parole des neuen tschechischen Verbandes, die alten Kronländer unteilbar weiterzuerhalten, das 1899 von der gesamten österreichischen Partei beschlossene Programm der Ersetzung der Kronländer durch national abgegrenzte Selbstverwaltungskörper verlassen; sie werde immer mehr in den Bann des Nationalismus geraten und das Sozialistische mehr und mehr zurücktreten lassen. Dieser Weg sei zum Schaden der tschechischen Arbeiterschaft.

Briefkasten der Redaktion.

A. D. 50. Ihr Mann kann, da er zur Firma beordert ist, die Arbeit dort nicht einstellen. — **Zahle nur 6—001.** Sie sind zwar von der Steuerzahlung bis zum 31. Dezember nicht befreit, werden aber auch nicht verpflichtet, für die Zeit des Militärdienstes Steuern zu zahlen. — **L. R. 110.** Wenden Sie sich mit einer Beschwerde an das Militärbureau des Magistrats Berlin, Klosterstr. 68. — **G. K. N. B. 16. Z.** 1. Bei der Angabe der Adresse des Ehemannes der verstorbenen Frau wird es sich nur um die Erbauseinandersetzung mit den Kindern handeln. Sie müssen die Adresse dem Gericht mitteilen. 2. Das Ihnen gehörige Eigentum behalten Sie. 3. Wenn Sie die Vormundschaft annehmen wollen, müssen Sie einen solchen Antrag beim Vormundschaftsgericht (Amtsgericht) stellen. 4. Das kommt auf die Entscheidung des Vormundschaftsgerichts an. 5. Das Geld gehört der Tochter und wird für diese sichergestellt. 6. Ein Verkauf Ihres Eigentums ist somit nicht notwendig. 7. Sie müssen, soweit Sie Kenntnis davon haben, dem Nachlaßgericht die verlangten Mitteilungen machen. 8. Nein. — **E. S. 10.** Ja, 150 Mark. — **Else 152, Mathesdorf.** 1. Um sich in der Sache nicht noch mehr Schaden zuzufügen, möchten wir Ihnen raten, sich an einen Arzt zu wenden. 2. Die Erlaubnis dazu werden Sie erhalten, Sie müssen sich aber einen Paß von der Polizeibehörde besorgen. — **P. Q. 87.** Drei Monate Frist. — **F. M. 50.** Wenn sich nach der Trennung in Ihren Verhältnissen keine Aenderung vollzogen hat, wird die Unterstützung nicht gezahlt. Ein Antrag wäre in Ihrem Falle an die zuständige Steuerkasse Ihres Wohnbezirks zu stellen. — **A. H. X. 10. 1.** 1. Die Frau ist zur Steuerzahlung entsprechend Ihrem Einkommen verpflichtet. 2. Bei dem von Ihnen angegebenen Verdienst könnte eine gänzliche Entziehung der Unterstützung nicht eintreten. — **G. H. 33.** 1. Das Oeffnen der Flurfenster während der Nacht kann der Hauswirt verbieten, da doch die Gefahr besteht, daß die Wasserleitung einfriert. Gegen das Halten der Hühner im Keller werden Sie nichts unternehmen können. 2. Sie könnten deswegen die Hilfe der Polizei anrufen. 3. Wenn die Wohnung dadurch gesundheitsschädlich ist, kann durch die Polizei dem Hauswirt das Vermieten verboten werden

---

Denkt an uns! Sendet

Salem Aleikum
(Hochmundstück)

Salem Gold
(Goldmundstück)

Zigaretten.

Willkommenste Weihnachts-Liebesgabe!

20 Stück feldpostmäßig verpackt portofrei!
50 Stück feldpostmäßig verpackt 10 Pf. Porto!

Orient. Tabak- u. Cigarettenfabr. Yenidze Dresden
Inh. Hugo Zietz, Hoflieferant S. M. d. Königs v. Sachsen

Preis: Nr 3½ 4 5 6 8 10
4 5 6 8 10 12 Pf. d. Stück
einschließlich Kriegsaufschlag

Trustfrei!

Wie unserer verehrlichen Kundschaft nicht unbekannt geblieben sein wird, haben die Brauereien zufolge behördlicher Anordnung bereits seit einiger Zeit mit einer weiteren sehr beträchtlichen Beschränkung in der Zuteilung von Gerste bezw. Malz zu rechnen, die wiederum ihre Biererzeugung in ganz empfindlichem Maße beeinträchtigt.

Wir sehen uns deshalb leider gezwungen, den Ausstoß sowohl in Faßbier als besonders auch in Flaschenbier von jetzt an in einem der Braubeschränkung entsprechendem Umfange herabzusetzen und bitten, hiervon gefälligst Kenntnis zu nehmen.

Berlin, den 1. Dezember 1916.

Verein der Brauereien Berlins und der Umgegend.

**Aktien-Brauerei Friedrichshain. Aktien-Brauerei-Gesellschaft Friedrichshöhe vorm. Patzenhofer.
Aktien-Gesellschaft Schlossbrauerei Schöneberg. Bergschloss-Brauerei Aktien-Gesellschaft.
Berliner Bierbrauerei Aktien-Gesellschaft vorm. F. W. Hilsebein
Berliner Bockbrauerei Aktien-Gesellschaft. Berliner Kindl-Brauerei Aktien-Gesellschaft.
Böhmisches Brauhaus Aktien-Gesellschaft. Brauerei Oswald Berliner Aktien-Gesellschaft.
Brauerei Julius Bötzow. Brauerei F. Happoldt. Brauerei Königstadt Aktien-Gesellschaft.
Brauerei Pfefferberg vorm. Schneider & Hillig Aktien-Gesellschaft.
Bürgerliches Brauhaus, Otto Müller, Nachf. Gebr. Wanninger. Deutsche Bierbrauerei Akt.-Gesellsch.
C. Habel's Brauerei G. m. b. H. Münchener Brauhaus Aktien-Gesellschaft.
Schultheiß' Brauerei Aktien-Gesellsch. Spandauerberg-Brauerei vorm. C. Bechmann, Akt.-Gesellsch.
Versuchs- und Lehrbrauerei Viktoria-Brauerei Aktien-Gesellschaft.**

Allgemeine Orts-Krankenkasse
für den Stadtbezirk
Köpenick.

Hiermit laden wir die Vertreter des Ausschusses zu der am **Dienstag, den 12. Dezember 1916,** abends 8½ Uhr, im **Ratskeller,** Schloßstraße, tagenden

ordentlichen Ausschuß-Sitzung

ein.

Tagesordnung:

1. Bereitstellung von Mitteln für 1917 zur Entsendung von Vertretern.
2. Festsetzung des Voranschlages für 1917.
3. Antrag des Vorstandes auf Gewährung von Teuerungszulagen an die Angestellten.
4. Wahl des Rechnungsausschusses für die Prüfung der Rechnung des laufenden Jahres.
5. Geschäftliches.

Anfragen und Beschwerden, zu deren Erledigung in der Sitzung die Einsichtnahme in die Geschäftsbücher notwendig ist, bitten wir, bis zwei Tage vor der Sitzung mitzuteilen.

Die Ausschußmitglieder erhalten noch besondere Einladungen.

Köpenick, den 29. November 1916.

Der Vorstand.
Otto Nickel,
Vorsitzender.

272/16

Arbeiter-Notiz-Kalender 1917

Mit dem Porträt des verstorbenen Genossen Tölcke geschmückt, reiht sich der diesjähr. Kalender seinen Vorgängern würdig an. Der vielseitige Inhalt ist selbstverständlich den Bedürfnissen der Arbeiter und der Kriegszeit angepaßt. Außer einem reichhaltigen statistischen und Adressen-Material und sonst wissenswerten Notizen verdienen besonders hervorgehoben zu werden: Kapitalabfindung an Stelle von Kriegs-Versorgung. — Bücher zur Kriegsfürsorge. — Sozialdemokratie und Volksernährung in der Kriegszeit. — Was tat die deutsche Sozialdemokratie f. den Frieden? — Die Gewerkschaften im 2. Kriegsjahr. — Der alte Tölcke.

Preis gebunden 60 Pf.
Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 3.

Fahrradankauf Linienstraße 19.*

Schlosserlehrlinge

werden per sofort oder später eingestellt. Lehrlingen, welche bereits anderweitig gelernt haben, wird die Lehrzeit angerechnet. **Otto Lublitz,** Neue Königstr. 72 (am Alexanderplatz.)

Knabenanzüge,
Paletots und Pyjacks.
Der Einzelverkauf zu Fabrikpreisen befindet sich **jetzt**
Königstr. 55 I., gegenüber Rathaus.
Bezugsscheine vorrätig!

Gebr. Sektkorke,
frei von Kunstkorken, Stck. 19 Pf.
gebr. **Weinkorke** „ 2 „
kauft jeden Posten
Nachemstein, Charlottenburg, Windscheidstr. 30.

Entfettungstee
„**Graziana**", reines Pflanzenprodukt, dessen unschädl. natürl. Wirkung wissenschaftlich anerkannt ist. Kein Abführmitt. Große Gewichtsabnahme auch ohne Einhalten ein. bestimmt. Diät, 23jähr. glänz. Erfolge. 2,50 M., 3 Pakete 7 M.
Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Trotz Warenknappheit
sind meine Läger für
Artikel ohne Bezugsschein
wie Teppiche, Möbelstoffe, Gardinen, Läuferstoffe, Tisch- u. Diwandecken etc.
noch reich sortiert!!
Viele dieser Artikel zu alten Preisen!!
Teppich-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin-Süd. Seit 1882
nur **Oranienstr. 158.**
Mein allbekanntes Haus hat keinerlei Beziehung zu ähnlich lautender Firma!!
„Vorwärts"-Lesern 3% Rabatt.

Universal-Briefsteller 3 Mark Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 3 (Laden).

Verantwortl. Redakteur: Dr. Franz Diederich, Friedenau. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68.

Antwort an Eduard Bernstein.

Von Philipp Scheidemann.

Genosse Bernstein hat in seinem Artikel „Die Politik des Als ob" mit Ausdrücken der Entrüstung nicht gespart. Ihm ist die Politik der Mehrheit und ganz besonders die meine eine Quelle bittersten Verdrusses. Ich kann ihm versichern, daß es mir und meinen Freunden mit der seinen genau so geht; sie weckt in uns Gefühle sicher nicht des Respekts — eher des Gegenteils.

Aber ich will nicht in den Fehler des aufgeregten Bernstein verfallen und über Schlechtigkeit der andern jammern. Bleiben wir lieber sachlich und nüchtern.

Ich stelle folgendes fest: Solange die Fraktion und der Parteivorstand in Berlin keine Stimme hatten, wurden sie den Berlinern als Hurrapatrioten, Kriegsverlängerer, Annexionisten usw. verdächtigt. Dieser — sagen wir einmal: beabsichtigte! Irrtum hat jetzt, da man uns nicht mehr mundtot machen kann, ein Ende. Der „Vorwärts" hat als Zentralorgan der Partei in vier Wochen weit mehr Friedensarbeit geleistet als in den zwei vorausgegangenen Jahren. Die A. G. kann sich also uns gegenüber nicht mehr als die patentierte Friedensretterin aufspielen. Was tut sie nun? Sie tut, wie die meisten Leute, die sich in größter Verlegenheit befinden, sie tut das Ungeschickteste, sie reißt unsere Friedensarbeit schonungslos herunter!

Das ist die traurige Folge des Umstandes, daß über den persönlichen Kampf der sachliche so gut wie ganz vergessen ist. Die A. G. hat anfangs — wie ich annehme — wirklich nur der Sache des Friedens dienen wollen, wobei sie sich freilich in der Wahl der Mittel arg vergriff. Jetzt kommt es ihr nur noch auf den Kampf gegen die Mehrheit an, und sie macht sich gar kein Gewissen mehr daraus, die Sache der Friedensbewegung aufs schwerste zu schädigen, wenn sie nur ein paar Redensarten gegen die Mehrheit in die Massen schleudern kann, mit denen sie Beifall zu finden hofft.

Darauf laufen die Anklagen Bernsteins über meine angebliche „Würdelosigkeit" doch im Grunde hinaus. Ich danke Bernstein dafür, daß er um meine Würde so besorgt ist, aber ich sage ihm: wenn ich dadurch den Krieg nur um einen einzigen Tag abkürzen und dadurch tausenden das Leben retten könnte, wäre ich mit Freuden bereit, meine ganze „Würde" dafür herzugeben.

Mein Verbrechen — in Bernsteins Augen — besteht darin, daß ich eine Wahrheit offen ausspreche, vor der die A. G. krampfhaft die Augen schließt: die Wahrheit nämlich, daß die deutsche Regierung jeden Tag bereit ist, Friedensverhandlungen zu beginnen, und daß die anderen Regierungen nicht dazu bereit sind. Ich halte es für notwendig, immer wieder zu unterstreichen, was der Reichskanzler darüber gesagt hat; erstens einmal, um die Wirkung dieser Worte in der Richtung zu den Friedensfaktoren anderer Länder zu verstärken; zweitens aber, um den Reichskanzler selbst auf seine eigenen Erklärungen festzulegen. Ich halte es für die Pflicht der sozialistischen Parteien in allen Ländern, soweit ihr Einfluß reicht, die Regierungen zu einer Haltung zu drängen, die den Abschluß eines für beide Teile ehrenvollen und erträglichen Friedens möglich macht.

Diese Politik, die ja nicht bloß die meine ist, kann zwar auch nicht den Frieden herbeiheren, aber man kann auch nicht sagen, daß sie bisher ohne Erfolg geblieben ist. Wenn Bernstein jenen Teil der inländischen und ausländischen Presse verfolgt, der einen „vorzeitigen Frieden" für eine Gefahr hält, so wird er finden, daß sich alle Angriffe dieser Presse gegen mich und meine Freunde richten. Die Anhänger des Kriegs „bis zum Ende" bekämpfen uns täglich in spaltenlangen Artikeln als ihre gefährlichsten Gegner, während sie der Arbeitsgemeinschaft nicht die geringste Beachtung widmen.

Die A. G. kann nichts für den Frieden tun, denn sie ist mit ihrer ganzen Politik auf ein totes Gleise geraten. Sie erschöpft sich in Anklagen über die Schlechtigkeit der Welt, deren schlechtester Bestandteil natürlich die Mehrheit der eigenen Partei ist, und erreicht damit gar nichts.

Wenn Bernstein meine Methode, für den Frieden zu wirken, verwirft, so bitte ich ihn, einmal zu sagen, welche Methode er für die richtige hält. Bis jetzt kann ich nicht einsehen, was durch bloßes Räsonieren und durch Ablehnung aller zur Landesverteidigung notwendigen Maßnahmen praktisch erreicht werden kann. Frieden werden wir erst haben, wenn die Regierungen ihn schließen, das ist doch klar; und wenn wir die Kraft nicht haben, die im Amt befindlichen Regierungen zu stürzen, dann bleibt uns nichts anderes übrig, als auf die bestehenden Regierungen einen Druck auszuüben: sie zu drängen; sie auf bereits gemachte Zugeständnisse festzulegen; sie zum Frieden zu ermutigen. Das ist das, was Bernstein „Würdelosigkeit", „Tänzeln", „Bedientenlogik" usw. nennt. Was tut's?

Es ist freilich schmerzlich, daß gerade Bernstein an die konservativsten Instinkte der Massen appelliert, um mich persönlich herunterzureißen, und die einzig mögliche Friedenspolitik mit „radikal"-tuender Nörgelei zu durchkreuzen. Zu diesem Zweck hat er aus der Presse der Rechten die alberne Unterstellung übernommen, ich versuchte mich als Vertrauensmann des Reichskanzlers aufzuspielen. Die konservative Presse hat damit den Reichskanzler zu kompromittieren versucht; Bernstein und seine Freunde versuchen, mich damit zu kompromittieren. Auf verärgerte Spießbürger hat ja die Verdächtigung, einer habe sich mit der Regierung eingelassen, noch immer gewirkt.

Solche Verdächtigungen werden mich nicht hindern, den Weg weiter zu gehen, den ich für den richtigen halte, und der — wie uns das Geschrei der Gegner von rechts und links beweist — gewiß auch der richtige ist. Die Schädigungen, die das Treiben der A. G. jeder ernsten Friedensarbeit zufügt, schätze ich ebensowenig gering ein wie die Hindernisse von rechts. Sie müssen überwunden werden!

Das eigene Land vor den Gefahren einer Niederlage zu schützen und der Welt den Frieden wiederzugeben, das ist die große Aufgabe, deren beide Teile sich nicht von einander trennen lassen. Die Arbeiterklasse kann diese Aufgabe nicht allein lösen; aber bei ihrer Lösung an erster Stelle zu stehen, das ist ihr geschichtlicher Beruf, den sie nicht verleugnen und nicht vernachlässigen darf, ohne Selbstmord zu begehen. Die Arbeitsgemeinschaft hat das nicht verstanden, darum ist ihre Politik Selbstmordpolitik.

Nicht durch ohnmächtiges Keifen und Nörgeln, sondern nur durch Kampf und Arbeit kann der Welt Rettung kommen. Ignaz Auer sagte in solchen Fällen: L. S., was bei ihm hieß: Laß schwätzen! Und er tat, was er für richtig hielt. Das muß heute noch mehr als damals gelten, denn heute handelt es sich um mehr — nämlich um Alles!

Politische Uebersicht.

Wer führt einen Angriffskrieg?

Einen Beitrag zur Beantwortung dieser Frage liefert ein Artikel des englischen sozialistischen Arbeiterabgeordneten Philipp Snowden im „Labour Leader" über die jüngste Kanzlerrede, aus dem wir nach der J. K. folgendes zitieren:

„Die Rede des deutschen Reichskanzlers zeichnet sich, wie alle seine Reden seit Kriegsausbruch, durch Offenheit und Genauigkeit aus. Seine Ausführungen über Rußland, dessen Vorgehen eine der Hauptursachen des Krieges war, stimmen mit den Beweisen überein, die aus den diplomatischen Veröffentlichungen der verschiedenen Regierungen hervorgehen. Bringt man noch die Ausführungen des Reichskanzlers in Verbindung mit der unbestreitbaren Tatsache, **daß die Verbandsmächte den Krieg nicht für Verteidigungszwecke, sondern für Angriffszwecke fortsetzen,** und zwar im Interesse Rußlands, Frankreichs und Italiens, — so kann kein Zweifel darüber herrschen, daß das Urteil der Geschichte einen erheblichen Teil der Verantwortlichkeit für den Krieg den russischen Staatsmännern zuschreiben wird."

Diese Ausführungen sind nur noch dahin zu ergänzen, daß der Krieg nicht zuletzt im Interesse Englands, das Snowden nicht nennt, und zwar als Angriffskrieg fortgesetzt wird, wenn auch Englands Kriegsziele erst in zweiter Linie territorialen Zuwachs erstreben.

Ein Vorstoß Heydebrands.

Auf der Delegiertenversammlung der Deutschkonservativen Partei Schlesiens am 29. November hielt der Abg. v. Heydebrand einen Vortrag über die politische Lage, in dem er — unter sorgfältiger Vermeidung des Wortes — von neuem auf den U-Boot-Streit einging. Nach dem Bericht der „Deutschen Tagesztg." sagte er:

„Nach der militärischen Lösung der Balkanfrage wird die Entscheidung an uns herantreten, ob wir den Krieg gewinnen wollen oder unsere Feinde. Dann wird auch das Mittel gebraucht werden müssen, das allein zur Niederwerfung Englands führen kann. (Lebhafter Beifall.) Es geht für uns um unsere Existenz, da dürfen wir auf mißgünstige Neutrale keine Rücksicht nehmen. (Erneuter Beifall.) Wir greifen ja Amerika nicht an, sondern müssen von ihm in unserem Daseinskampfe verlangen, daß der Raum um England frei von feindlichen Schiffen mit amerikanischen Passagieren bleiben muß. Wer sich von den Neutralen in das von uns bezeichnete Kriegsgebiet begibt, tut es auf eigene Gefahr."

Die Anerkennung dieses Standpunktes haben die Vereinigten Staaten bekanntlich mit einer Entschiedenheit abgelehnt, die nicht zweifeln läßt, daß ein Beharren unsererseits auf demselben für Amerika ein Kriegsfall sein würde. Wir nehmen an, daß Herr v. Heydebrand sich der Konsequenz seiner Auffassung bewußt ist.

Kölner Kriegsziele.

Ein Artikel der nationalliberalen „Kölnischen Zeitung", der sich mit den Kriegszielen befaßt, enthält folgende beachtenswerte Erklärung:

„Wir werden auf den Ausbau und die Abrundung unseres Kolonialbesitzes Bedacht zu nehmen haben. Politische Ziele durch Angliederung von Land und Menschen in Europa werden wir nicht verfolgen. Große in sich zusammenhängende Kolonialgebiete lassen sich verhältnismäßig leicht halten, so daß wir als politischen Machtzuwachs solch kompakten Kolonialbesitz zu erstreben und für seine militärische Festigung und Erstarkung zu sorgen haben."

Die „Kölnische Volkszeitung", ein Hauptorgan des Zentrums, bespricht die künftige Gestaltung im Westen und lehnt bei dieser Gelegenheit Eroberungsziele in Frankreich mehrfach ab, um aber doch am Schluß des Artikels die Einverleibung des Erzgebiets von Briey zu befürworten, was nur einer „Grenzberichtigung" gleichkäme. Bezüglich Belgiens stellt sich das Blatt auf den Boden der vom Reichskanzler in seiner Rede vom 5. April 1916 geforderten „realen Garantien" bei Aufrechterhaltung der belgischen Selbständigkeit, wobei es allerdings die realen Garantien ziemlich weitherzig auslegt.

Weit entfernt, mit diesen Kriegszielen übereinzustimmen, glauben wir doch sagen zu können, daß es schon ein Fortschritt wäre, wenn die gesamte Anhängerschaft der Nationalliberalen und des Zentrums wenigstens niemals weitergegangen wäre, als diese ihre führenden Blätter.

Wahlpolitik.

In der „Sozialistischen Auslandspolitik" beschäftigt sich Genosse Hans Block nochmals mit dem Wahlausfall von Oschatz-Grimma. Er weist auf die starke ländliche Bevölkerung des Kreises hin, gibt aber zu, daß ein Mehrheitskandidat noch manche Stimme aus dem „gewerblichen und geschäftlichen Mittelstand" hätte holen können. Er fährt dann fort:

Vom Standpunkt der reinen Wahlpolitik aus hätte also sicher die Politik der Fraktionsmehrheit den Vorzug. Aber für Sozialdemokraten gibt es doch wohl noch andere Gesichtspunkte, nach denen sie ihre Politik zu orientieren haben, und die sollten unseres Erachtens schwerer wiegen. Selbst wenn unsere Grundsätze uns für einige Zeit Wahlerfolge sehr schwer machen sollten, so dürften wir sie doch nicht aufgeben, solange wir sie für richtig erkennen. Das müßten wir selbst vom Standpunkt einer richtig verstandenen weitsichtigen Realpolitik tun; denn wir würden die Zukunft der Arbeiterbewegung ruinieren, wenn wir um leichter Augenblickserfolge willen ihre sichere Grundlage zerstören wollten. Keine Wahlpolitik hat die Sozialdemokratie nie getrieben und darf sie nie treiben, wenn sie ihr Bestes nicht verlieren will.

Genosse Block vergißt, daß die Grundsätze der Arbeitsgemeinschaft, die jeden Wahlerfolg so sehr erschweren, nicht die Grundsätze der Fraktion sind. Ueberzeugungen verstecken, um Mandate zu bekommen, wäre eine Gesinnungslumperei, die niemandem zugemutet werden soll. Die Mehrheit der Partei hat das aber auch nicht notwendig, denn ihre Ueberzeugung in der Frage der Kreditbewilligung wird eben — trotzalledem! — von den Massen geteilt. Sie braucht sich darum auch nicht, wie es die Genossen Ed. Bernstein und Block tun, an dem Beispiel von 1871 aufrichten und auf die Formel zurückziehen: Ganz klein von vorne wieder anfangen! Nein, so lange Zeit haben wir nicht mehr! Wenn wir uns nicht zutrauten, nach dem Kriege im Sturmschritt vorwärts zu marschieren, täten wir besser einzupacken und nach Hause zu gehen. Einem raschen Fortschritt des Sozialismus und der Demokratie kann aber die Politik der Minderheit nicht den Weg bahnen. Oschatz-Grimma lehrt es!

Sozialpolitische Wasserschen.

Die sozialpolitischen Kautelen, die in das Gesetz über den „Vaterländischen Hilfsdienst" — zumeist auf Betreiben der Gewerkschaften — eingefügt wurden, erregen bei der nationalliberalen „Kölnischen Zeitung" lebhafte Besorgnisse. Das schwerindustriellen Kreisen nahestehende Blatt befürchtet, daß der Zweck des Gesetzes, die Arbeitsleistung und die Produktion zu erhöhen, infolge der „Belastung" des Gesetzes mit sozialpolitischen Maßnahmen leiden werde. — U. E. lehren die bisherigen Erfahrungen, daß gerade durch einen möglichst weitgehenden sozialpolitischen Schutz die Arbeitsfreudigkeit und damit die Leistung gesteigert werden!

Besondere Bedenken hegt auch die „Köln. Ztg." gegen die Arbeiterausschüsse, die für alle Kriegsbetriebe über 50 Arbeiter vorgeschrieben sind. Sie würden „einen ewigen Kampf um bessere Arbeitsbedingungen" beginnen, der „der Arbeitsleistung kaum förderlich sein kann". Wiefern die Arbeit darunter leiden soll, weil ein paar Vertreter der Arbeiter mit dem Unternehmer verhandeln, ist uns unerfindlich. Noch mehr schmerzt es das genannte Blatt, daß der Reichstag unter die „wichtigen Gründe", die zur Arbeitsabkehr berechtigen, die Erlangung höheren Lohnes aufgenommen hat. Hierdurch wird nach seiner Ansicht die Konkurrenzfähigkeit der kleineren und mittleren Betriebe gegenüber den großen Kriegsbetrieben getroffen, „die jetzt schon die hohen und höchsten Löhne zahlen". Das letztere bestreiten wir, fragen aber gleichzeitig, ob wirklich nur die Sorge um die kleineren Betriebe die „Köln. Ztg." in diesem Punkte bedenklich stimmt.

Ihr Gesamturteil faßt die „Köln. Ztg." in folgende Zeilen zusammen:

Das Gesetz ist gewissermaßen zu einem sozialpolitischen Versuchskarnickel gemacht worden. **Alles, was die Arbeiterverbände im freien Arbeitsvertrag erstrebt, aber nicht voll erreicht haben, das haben sie hier, wo sie es mit dem Staat als Arbeitsvermittler zu tun haben, zugebilligt bekommen** und das, was zur Vermeidung des Stellenwechsels und damit allerdings auch als Beschränkung der Freizügigkeit in das Gesetz hineingeschrieben worden war, ist zum Teil wieder daraus entfernt worden. Daß das Gesetz in erster Linie die Erfüllung einer vaterländischen Pflicht verlangt, das ist in der Einzelberatung zurückgetreten hinter dem Bestreben, die Interessen der Arbeiter zu wahren und eine Bedrohung ihrer Rechte zu verhüten. Wir gönnen den Arbeiterorganisationen ihren Triumph von Herzen; aber wir glauben nicht, daß die Beratung dieses Gesetzes die richtige Gelegenheit war, solche Triumphe zu begehren und zu erringen.

Für die Beurteilung dessen, was die Gewerkschaften erreicht haben, ist dieser Stoßseufzer nicht ganz belanglos.

Ein Geheimrat als unbewußter Marxist.

Im roten „Tag" polemisiert Geheimrat Halbe gegen den konservativen Herrn v. Dewitz, der es auch nach den gemeinsamen Blutopfern im Weltkrieg immer noch für recht und billig hält, daß das preußische Wahlrecht nach der Steuerleistung abgestuft ist. Geheimrat Halbe beruft sich zwar nicht auf das naheliegende Argument des allgemein und gleich vergossenen Blutes, aber er findet für die Bedeutung selbst des nichtsteuerzahlenden Arbeiters eine durchaus passende Würdigung, wenn er schreibt:

Aber auch die Bedeutung der Arbeiter, selbst solcher, die keine Steuern zahlen, ist gegen früher (?) eine größere für den Staat geworden. Gesetzt den Fall, unsere Arbeiter würden infolge der großen Kriegssteuern, die unsere Zukunft belasten werden, und der Lockungen, welche ihnen die Vereinigten Staaten infolge des durch den Krieg angesammelten Reichtums bieten können, wieder, wie früher, auswandern, was würde dann aus Landwirtschaft, Industrie und Handel? Preußen braucht den Arbeiter zu seinem Bestehen ebenso wie den Millionär, auch wenn die Steuerkraft der Arbeiter nichts sein sollte. Ohne ihn würden Millionäre im Lande bald nicht mehr zu finden sein, ohne ihn gibt es kein Heer. Nicht, was der Arbeiter an Steuern zahlt, sondern was er für das Gemeinwohl in Werten leistet, die in Geld nicht abschätzbar sind, gibt ihm seine Bedeutung.

Im Grunde läuft das auf die sozialistische Erkenntnis heraus, daß die Arbeit, körperliche und geistige, allein alle Werte erzeugt. Wenn diese Erkenntnis auch bei Geheimräten sich Eingang verschafft, ist das nur erfreulich.

„Gegen den kapitalistischen Geist!"

Auf der Generalversammlung des Rheinischen Bauernvereins in Köln entwickelte der bayerische Landtagsabg. Schlittenbauer, der bekannte Mitarbeiter Dr. Heims, programmatische Forderungen. Er wandte sich gegen den kapitalistischen Geist in unserer Lebensmittelversorgung. Gesetzliche Zwangsmaßregeln seien unvermeidlich. Sie seien jedoch nur wirksam, wenn die Behörden mit den Organisationen der Erzeuger, der Weiterlieferer, Verarbeiter und Verbraucher zielbewußt zusammenarbeiten. Unsere ganze Kriegswirtschaft leide am Papiergeiste, am Bureaukratismus.

Notwendig sei 1. eine planmäßige Sicherung und Förderung der Produktion; 2. durchgreifende, jede wilde Versorgung hemmende Organisation des Aufkaufs, der Weiterlieferung und des Verkaufs. Eine Preisbindung sei vom Erzeuger bis zum Verbraucher erforderlich. In jedem größeren Bundesstaate müsse ein Wirtschaftsamt gebildet werden; jedem Landratsamte solle ein dreiköpfiges Wirtschaftskomitee beigegeben werden. Zu den Erntearbeiten seien insbesondere die Städter heranzuziehen. Der Aufkauf der Lebensmittel auf dem Lande müsse systematisch organisiert werden. In den Städten sei allgemeine Rationierung durchzuführen.

Verwaltungsstelle für „Hindenburg-Speck". Zur Organisation der freiwilligen Abgabe von Speck, Schmalz usw. an die Schwerarbeiter der Rüstungsindustrie durch die Landwirtschaft, wie sie Hindenburgs bekannter Aufruf anregte, hat sich eine „Verwaltungsstelle der Hindenburgspende der deutschen Landwirte" gebildet, die einer Zersplitterung und ungeeigneten Verwendung vorbeugen will.

Sozialdemokratischer Zentralwahlverein
für
Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg
Ortsverein **Neukölln.**

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, den 5. Dezember, abends 8½ Uhr,
in den „Passage-Festsälen", Bergstr. 151/152.

Tagesordnung:

1. **Vortrag** des Reichstagsabgeordneten Genossen **Otto Landsberg:**
„Die Sozialdemokratie nach dem Kriege".
2. Freie Aussprache. 198/10*

Der Vorstand. J. A.: **Aug. Neumann.**

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Montag, den 4. Dezember 1916, abends 7 Uhr,
im Saal 1 des Gewerkschaftshauses, Engelufer 15:

Versammlung

aller in Buchdruckereien und Geschäftsbuchfabriken beschäftigten Mitglieder.

Tagesordnung:
1. **Unsere Teuerungszulagen.**
2. Verschiedenes.

Die wichtige Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Mitglieder.

24/19 **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Sattler u. Portefeuiller

Ortsverwaltung Berlin.

Achtung! Militärsattler! Achtung!

Mittwoch, den 6. Dezember 1916, abends 7 Uhr:

Branchen-Versammlung

in den **„Arminhallen"**, Kommandantenstraße Nr. 58—59.

Tagesordnung:

1. Geschäftliches. 2. Vortrag über: **„Das neue Dienstpflichtgesetz".** 3. Antrag der Kollegen der Firma Hartmann. 4. Branchenangelegenheiten.

Die Versammlung wird pünktlich um 7 Uhr eröffnet. In Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung erwartet zahlreichen Besuch

159/2 **Die Branchenleitung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin.

Tel.-Amt Moritzplatz 10623, 8378. Bureau: Rungestraße 30

Vertrauensmännerversammlungen

der Bezirke und Branchen

Mittwoch, den 6. Dezember 1916:

Modell- und Fabriktischler
sowie **Modelldrechsler.**
abends 8½ Uhr, bei Waldt, Pflugstr. 5.

Tischler: Bezirk Neukölln
abends 8½ Uhr, im Lokal von Schmidt, Reuterstr. 22.

Tischler: Bez. Südwesten u. Westen
mit Delegierten
abends 8 Uhr, im Lokal von Klein, Hasenheide 89.

Bezirke Südost I. und II.
abends 8½ Uhr, bei Lier, Naunynstraße 9.

Stellmacher
abends 8½ Uhr, bei Hummel, Sophienstraße 5.

Jalousiearbeiter
abends 8 Uhr, bei Greive, Rungestraße 30.
Die gesamte Branche um 9 Uhr.

Korbmacher
abends 8 Uhr, bei Krause, Mariannenplatz 8.

Oberschöneweide, Johannisthal
Vertrauensmänner und Delegierte
aller in den Flugzeugbetrieben beschäftigten Holzarbeiter und Arbeiterinnen
nachmittags 5½ Uhr, bei Hauk, Niederschöneweide, Hasselwerder Str. 12.

Perlmutt-, Horn- und Steinnuß-Arbeiter
abends 7 Uhr, bei Thomas, Melchiorstraße 6.

Freitag, den 8. Dezember 1916, abends 8 Uhr,
im **Gewerkschaftshause**, Engelufer 15:

Fortsetzung der Generalversammlung
vom Freitag, 24. November.

96/16 **Die Ortsverwaltung.**

Kranken-Unterstützungsbund der Schneider.

Filiale Berlin.

Mittwoch, den 6. Dezember 1916, abends 8½ Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 5:

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 2. und 3. Quartal 1916. 2. Wahl der Ortsverwaltung. 3. Verschiedene Kassenangelegenheiten.

Um zahlreichen Besuch dieser Versammlung ersucht

164/5 **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen.

Ortsverwaltung Berlin.

Weihnachtsunterstützung.

Alle Familien derjenigen Mitglieder unseres Verbandes, deren Ernährer bis zum 1. Dezember 1916 zum Heeresdienst eingezogen sind und mindestens 26 Wochenbeiträge an unsere Organisation geleistet haben, erhalten eine Weihnachtsunterstützung von 10 Mark.

Die Auszahlung erfolgt für die Namen mit den Anfangsbuchstaben:

A bis G am Dienstag, den 12. Dezember
H „ L „ Mittwoch, den 13. Dezember
M „ R „ Donnerstag, den 14. Dezember
S „ Z „ Freitag, den 15. Dezember

vormittags von 10 bis 1 Uhr an der Ortskasse, **Alte Jakobstraße 5.**

Die Auszahlung erfolgt nur bei Vorlegen eines Ausweises über den Bezug von Kriegsunterstützung (Quittungsbogen usw.).

Wir ersuchen unsere Vertrauensleute und in Arbeit stehenden Mitglieder, die Familien unserer eingezogenen Kollegen hierauf aufmerksam zu machen. Spätere Reklamationen können nicht berücksichtigt werden.

27/20* **Der Ortsvorstand.**

Germania-Prachtsäle, Chausseestr. 110.
Jeden Sonntag:
Paul Mantheys Lustige Sänger
Anfang 7 Uhr.
Eintritt 50 Pf., 10 Pf. Steuer, Militär 30 Pf.

Westmann's Trauermagazin
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
I. Mohrenstraße 37a
(Kolonnaden)
II. Gr. Frankfurter Str. 115
(nahe Andreasstr.)
Auswahlsendungen sofort.
Amt Zentrum 7890.
Sonntag 12—2 Uhr geöffnet.

J. Baer,
Badstr. 26 Ecke Prinz.-Allee
Herren- und Knaben-Moden, Berufskleidung, Eleg. Paletots, Ulster, Joppen. Gr. Stofflager z. eleg. Maßanfertigung
Billigste, feste Preise

In Freien Stunden.
Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Pro Heft 15 Pf. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Für Feldsoldaten!
Deutsch-Polnisch 15 Pfg.
Deutsch-Französisch 15 Pfg.
Buchhandlung Vorwärts.

---

8. Preußisch-Süddeutsche (234. Königl. Preuß.) Klassenlotterie

5. Klasse 22. Ziehungstag 2. Dezember 1916 Vormittag

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr A. St.-A. f. S.) (Nachdruck verboten)

132 234 73 321 479 **1**231 (1000) 85 409 33 **2**088 (1000) 258 316 (500) 566 636 715 880 996 **3**090 176 240 309 80 88 494 569 832 81 **4**014 143 47 91 373 417 74 565 715 **5**170 95 626 719 36 954 **6**393 557 701 35 **7**233 (1000) 67 302 436 600 62 707 838 **8**001 79 111 80 (500) 209 13 58 (500) 309 14 618 616 85 99 **9**013 (500) 33 (3000) 79 226 404 16 572 717 864 98

10142 296 499 618 65 722 96 **11**407 507 606 757 843 946 **12**087 172 244 314 421 558 (500) 710 93 808 (500) 919 (3000) 46 **13**361 92 491 (500) 646 (1000) 88 810 57 972 **14**063 66 239 (1000) 73 361 402 87 636 736 837 968 29 92 **15**199 228 56 97 529 748 833 **16**214 (500) 41 403 628 48 (500) 77 **17**020 141 298 355 77 440 93 665 778 **18**161 73 309 621 602 4 (1000) 761 67 842 89 **19**019 198 247 48 442 566 777 987

20166 269 324 409 555 97 675 80 (500) 856 928 (1000) **21**012 147 366 686 722 847 53 **22**602 742 885 929 (500) 97 **23**433 712 813 **24**019 87 287 (3000) 312 506 704 58 **25**116 407 78 572 680 797 911 **26**057 97 160 375 434 63 68 669 847 732 890 924 78 **27**061 109 256 383 625 639 914 69 **28**072 265 96 (500) 605 (500) 738 93 805 **29**025 (500) 101 329 42 (1000) 64 437 840 946 83

30222 38 40 367 769 895 97 **31**074 158 (500) 219 486 643 606 66 (1000) 827 930 (500) **32**039 (500) 42 208 65 304 22 (500) 488 653 812 913 **33**024 66 420 549 636 866 **34**384 426 606 70 97 797 940 **35**169 470 (500) 865 972 **36**020 177 606 730 891 946 **37**106 (1000) 258 349 56 460 644 712 **38**096 186 387 607 **39**055 111 13 (500) 94 244 66 309 641 738 808

40001 **(15 000)** 67 (500) 106 69 80 200 874 89 919 82 **41**196 201 37 70 412 612 844 64 92 968 **42**014 17 103 99 270 320 611 620 723 96 **43**006 (500) 269 319 24 570 867 999 **44**263 86 93 413 88 536 (500) 660 90 821 976 **45**082 95 114 (3000) 29 92 206 37 308 18 33 606 16 (1000) 160 869 **46**017 144 83 264 (500) 79 682 728 62 65 816 37 83 **47**033 233 79 341 491 656 69 93 **48**032 112 210 619 61 69 (1000) 863 (1000) 903 **49**006 189 203 337 467 547 764 906 85

50028 147 204 325 463 505 32 618 830 51 **51**000 6 232 (1000) 460 654 688 946 62 91 **52**053 118 45 51 205 67 301 495 **53**266 70 318 87 431 (500) 88 97 601 717 61 860 95 913 70 87 **54**042 69 298 348 72 448 60 658 649 95 **55**490 736 (500) 863 97 927 70 83 **56**115 36 (500) 267 482 86 (1000) 676 858 (500) **57**096 486 690 712 920 **58**017 373 625 644 752 (500) 61 901 **59**062 639 712 812 (500) 68 63

60171 92 227 357 99 448 (1000) 515 654 **61**016 158 231 845 457 63 (3000) 687 91 700 49 978 **62**041 111 27 84 202 803 48 97 610 34 748 863 992 **63**049 51 288 366 461 630 36 962 89 98 **64**012 39 (3000) 46 462 620 71 746 **65**055 168 240 64 394 (500) 611 939 **66**095 (500) 366 530 (3000) 887 934 **67**162 83 300 55 (1000) 434 (500) 677 713 913 (500) 89 **68**171 236 341 72 458 665 669 720 885 924 **69**076 92 231 698 921

70219 404 25 640 75 93 760 813 57 **71**093 162 (1000) 75 80 221 89 480 (3000) 532 (1000) 792 939 73 83 (500) 87 **72**078 97 158 309 473 651 (1000) 76 703 32 64 820 32 62 (500) 905 **73**198 233 42 382 469 662 749 916 **74**399 (1000) 694 857 58 901 77 **75**166 91 (500) 498 633 70 71 93 700 95 936 (500) **76**120 67 293 (500) 301 504 48 690 814 93 (1000) **77**097 97 (1000) 283 391 (3000) 73 532 48 722 878 (500) 943 82 60 **78**103 8 253 336 (3000) 80 419 638 757 880 943 69 **79**009 80 144

80043 622 **81**129 402 65 80 551 692 (1000) 715 72 92 839 982 **82**298 372 82 677 680 96 **83**079 118 (1000) 312 464 518 620 800 974 **84**153 238 (500) 92 383 433 656 866 (3000) 710 19 22 91 922 **85**268 (500) 85 853 624 33 716 (500) 19 917 **86**033 54 (500) 158 303 421 660 762 (6000) **87**061 238 379 481 89 96 622 (3000) 58 713 38 98 823 915 **88**127 69 466 664 **89**053 103 218 34 419 503 702 12 850 914 63 (1000)

90170 318 34 (500) 63 411 32 639 991 **91**041 140 268 814 18 59 446 662 65 701 821 36 50 **92**016 34 177 637 71 634 868 73 **93**075 301 67 (5000) 444 567 746 63 818 **94**007 213 (500) 550 64 692 780 **95**327 79 437 41 600 756 (1000) 925 **96**020 (500) 105 268 71 92 453 636 639 707 46 63 977 89 **97**448 565 601 31 727 41 48 69 (500) 806 **98**008 (500) 99 101 314 89 427 62 (3000) 648 (500) 79 883 953 **99**057 233 51 446 650 731 82 (3000) 847 978 99

100022 230 26 303 84 479 520 75 93 **101**050 300 425 (1000) 77 696 **102**048 113 27 393 429 673 703 50 869 (500) 947 (1000) 51 **103**081 122 82 (1000) 307 418 86 643 649 (500) 706 39 73 844 86 **104**088 95 120 75 216 60 81 98 389 817 (500) 909 37 **105**056 83 91 192 264 93 428 76 712 76 78 830 928 48 96 (500) **106**059 189 436 881 987 (1000) **107**066 180 208 13 34 71 347 605 (500) 729 803 935 **108**017 37 64 131 72 271 (500) 77 452 870 (500) 923 **109**157 361 74 455

110089 242 50 311 73 441 573 792 900 43 **111**049 60 428 884 782 (3000) 94 806 44 **112**029 (3000) 187 209 (1000) 40 (1000) 64 86 604 766 825 923 **113**037 77 161 229 407 676 606 31 48 69 (5000) 62 799 841 918 **114**183 420 659 737 64 (3000) 958 **115**409 90 862 **116**042 133 518 28 631 86 88 726 833 86 (500) 97 942 51 **117**106 97 412 (500) 776 874 **118**398 546 708 35 (500) 823 **119**094 (500) 451 784

120060 220 309 48 727 956 91 **121**419 (500) 526 668 739 803 22 37 **122**009 308 22 50 460 661 87 881 97 982 **123**116 47 290 678 817 918 **124**121 75 372 485 527 33 862 903 6 84 **125**308 (500) 84 (1000) 510 75 678 **126**091 434 40 564 602 66 879 **127**220 678 85 688 (1000) 746 **128**103 322 59 923 32 **129**236 (500) 303 428 94 506 28 43 600 812 (1000)

130043 61 80 82 150 64 275 544 650 888 903 **131**220 331 38 77 426 (3000) 543 665 766 81 93 821 62 **132**081 94 113 33 (3000) 95 222 44 540 673 749 971 **133**083 146 491 510 45 79 876 947 **134**018 61 115 291 311 537 66 600 **135**089 122 66 (1000) 227 (3000) 63 324 553 59 (500) 733 42 824 63 **136**379 431 643 746 (500) 835 **137**066 81 140 279 338 44 63 497 874 93 **138**086 102 76 201 32 59 319 445 566 94 (3000) 772 **139**165 290 306 630 71 650 (5000) 907 (3000)

140206 30 52 88 (500) 797 874 87 (3000) **141**024 196 (1000) 483 611 611 16 73 (1000) 904 **142**251 372 (500) 466 (1000) 981 **143**002 245 59 (500) 96 314 71 435 72 74 89 94 649 63 730 804 55 78 998 **144**038 (1000) 262 (500) 435 518 59 731 89 833 **145**041 169 348 482 617 24 718 846 61 963 **146**015 (1000) 177 216 363 411 89 547 (3000) 704 38 929 75 **147**078 319 88 404 745 82 846 **148**079 (500) 106 278 380 665 743 (1000) 68 75 873 **149**042 54 340 45 55 62 413 (1000) 29 55 (500) 606 73 785 823 957 66 97

150082 218 23 320 658 830 92 96 916 **151**140 431 43 606 731 918 **152**008 21 138 390 470 81 581 615 769 808 66 911 **153**069 164 430 601 693 765 877 (1000) **154**067 257 560 790 837 **155**109 398 412 665 776 858 996 **156**102 255 75 (1000) 315 (500) 49 77 478 511 907 (3000) 42 **157**022 108 12 31 276 712 60 815 46 **158**053 477 630 731 36 61 71 80 **159**507 635 720 894 912

160182 279 323 425 34 85 597 738 67 810 963 (1000) **161**224 64 421 665 77 86 766 819 **162**018 592 608 729 898 909 34 **163**101 233 69 626 65 712 29 **164**307 14 48 727 989 **165**033 110 70 322 507 62 700 8 33 843 975 **166**018 19 111 333 42 (1000) 663 745 (500) 66 898 (500) 924 **167**131 (500) 97 235 346 763 897 944 **168**068 76 139 65 90 226 48 395 615 73 (500) 766 83 (500) 978 **169**002 179 90 247 339 65 471 925

170129 206 457 665 989 **171**041 205 77 497 (500) 640 66 634 (1000) 755 58 829 33 **172**136 (500) 200 314 20 61 454 67 642 (3000) 48 (1000) 60 (500) 87 802 908 77 **173**055 206 (1000) 94 324 81 423 621 639 707 856 (3000) 982 **174**135 (1000) 44 421 510 685 722 96 806 65 977 (500) **175**203 13 313 46 601 62 892 **176**006 153 86 217 42 456 (3000) 92 621 35 (1000) 818 (500) 928 55 **177**105 44 72 (500) 206 7 57 424 503 34 68 604 932 **178**104 69 425 85 503 658 701 870 907 (500) **179**024 212 378 453 98 543 68 879 956 956

180033 137 238 478 85 531 65 (3000) 953 (1000) 93 **181**034 109 (1000) 371 622 42 772 805 **182**415 821 **183**540 70 616 777 79 (3000) 928 **184**099 127 (500) 87 349 652 793 827 (3000) 912 **185**096 129 34 273 95 462 90 641 64 (1000) 717 67 938 60 **186**118 27 67 222 52 425 (1000) 507 608 813 39 89 (3000) 993 **187**200 75 83 (500) 368 91 562 725 **188**008 193 55 394 433 509 31 (500) 48 53 607 14 (3000) 734 897 959 91 **189**065 112 (500) 209 497 507 60 797 924

190579 656 669 84 (500) **191**076 352 538 61 730 65 863 (500) **192**145 48 89 650 700 887 **193**037 156 259 361 429 511 87 669 742 916 **194**054 163 356 84 (500) 655 97 764 **195**061 205 (3000) 30 65 311 34 513 78 656 **196**058 123 78 79 241 356 437 41 533 661 70 (1000) 78 839 (1000) 920 **197**073 90 228 340 95 488 548 768 (3000) 947 64 **198**178 (500) 314 416 **199**066 72 110 482 83 89 523 (500) 633 933

200146 82 (3000) 251 63 479 634 709 807 935 29 84 (1000) **201**002 18 24 239 81 343 404 97 699 **202**217 475 91 93 760 77 **203**008 19 492 586 680 879 900 **204**102 61 98 201 4 386 463 545 95 865 937 **205**004 75 196 324 630 889 965 **206**002 3 72 184 673 865 **207**105 35 (500) 61 396 543 75 765 **208**077 80 133 41 (1000) 382 451 67 67 550 (500) 90 678 96 97 728 (500) 890 (1000) **209**290 97 321 92 408 31 (1000) 78 528 640 781 873 77 945 56 (500) 73 **(10 000)**

210156 92 217 301 604 (500) 762 **211**025 86 189 206 535 710 42 803 27 44 948 **212**022 65 199 223 (1000) 26 (1000) 368 484 (500) 523 35 801 (500) 906 60 **213**268 665 (500) **214**075 185 223 480 575 636 788 907 56 **215**020 69 117 80 (500) 335 431 683 741 835 **216**007 471 530 45 (3000) 612 946 56 88 **217**010 17 76 180 (500) 594 **218**078 123 301 91 414 934 (1000) 65 **219**040 76 257 399 618 23 (3000) 936 76

220074 77 200 367 608 (1000) 55 718 89 95 950 **221**353 435 629 38 84 777 840 972 94 **222**201 52 389 583 678 97 **223**293 324 53 532 683 729 912 **224**036 (500) 358 614 (1000) 915 66 81 (500) **225**004 344 63 71 85 432 679 678 94 862 904 **226**088 91 294 301 428 76 656 65 82 606 20 81 725 817 **227**165 92 309 332 482 796 807 20 905 (500) **228**115 83 339 (500) 460 842 72 74 85 **229**079 566 639 77

230053 136 57 614 (3000) 89 859 902 79 **231**078 103 81 423 55 (1000) 88 691 933 **232**001 401 (500) 638 43 64 (1000) 844 93 **233**139 304 493 647 645 734 847 944 53

Ziehung am 1. Dezember vormittags: Gewinn 157 299 (500) 157 292 (500).

„Vorwärts"
Lese- und Diskutier-Klub für Groß-Berlin.

Freitag, den 8. Dezember 1916, abends 8 Uhr:

Versammlung

im Saale der „Neuen Philharmonie", Köpenicker Straße 96/97.

Tagesordnung: 193/5

Das „Hilfsdienstgesetz".

Referenten: Reichstagsabgeordnete **G. Noske** und **Gustav Bauer.**

Alle Freunde des Vereins ladet ein **Der Vorstand.**

Eintrittskarten werden von den Vorstandsmitglieder des Vereins verausgabt.

---

8. Preußisch-Süddeutsche (234. Königl. Preuß.) Klassenlotterie

5. Klasse 22. Ziehungstag 2. Dezember 1916 Nachmittag

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr A. St.-A. f. S.) (Nachdruck verboten)

471 942 98 1020 697 **2**267 312 684 882 **3**885 973 **4**006 (500) 696 **5**663 741 **6**058 93 432 816 99 **7**033 612 **8**341 **9**712 932

10276 890 803 (1000) 49 **11**638 633 728 76 932 **12**062 507 718 27 63 801 67 946 **13**264 (6000) 339 666 (3000) 852 **14**283 68 306 306 487 561 711 (1000) 70 (500) 843 93 931 **15**363 766 **16**013 695 925 35 **17**368 (500) 75 405 585 **18**030 (500) 604 **19**608 69 892 968

20283 562 (500) 772 **21**691 869 **22**169 229 91 **23**610 35 **24**194 262 772 938 **25**087 383 692 611 63 717 (1000) 38 960 **26**697 612 44 (1000) **27**387 561 802 66 832 994 **28**037 377 (3000) 441 670 648 49 **29**286 307 965

30041 68 181 576 (500) 665 732 (500) 906 **31**287 372 719 27 863 947 97 **32**022 144 78 203 858 90 993 **33**372 591 728 **34**204 602 866 **35**106 230 592 **36**405 77 **37**136 81 448 724 **38**013 302 4 445 616 **39**518 557

40161 603 885 **41**221 435 57 (3000) 74 620 995 **42**011 865 **43**168 (500) 215 353 509 180 **44**136 36 261 467 690 772 827 **45**165 200 496 800 43 **46**043 231 809 18 **47**097 134 283 844 **48**079 111 343 66 75 445 914 (1000) 72 (500) **49**217 613 825 83 (1000)

50316 50 443 **51**249 60 451 (1000) 57 718 908 **52**690 740 65 90 971 74 (500) **53**582 669 **54**003 169 339 **55**296 (1000) 462 811 34 912 (500) **56**030 463 69 **57**089 (3000) 228 63 306 639 682 898 **58**330 48 740 **59**626 673 873

60198 401 (500) 31 800 78 **61**157 293 540 (3000) 66 624 873 **62**313 578 657 763 984 (3000) **63**558 722 **64**670 **65**556 766 838 **66**060 346 75 (500) 401 40 (500) 655 769 805 8 60 903 **67**364 616 99 992 **68**343 490 747 810 (500) **69**240 99 (1000) 444 (1000) 99 871 813

70968 **71**074 371 50 433 98 (500) 646 71 769 **72**155 638 **73**368 (500) 946 **74**507 61 **75**228 364 992 **76**190 273 340 745 **77**096 176 (500) 487 987 **78**608 **79**116 304 61 437 944

80145 615 89 842 **81**146 219 386 622 **82**132 50 213 366 486 610 **83**234 (1000) 403 (500) 536 83 734 84 916 **84**982 **85**296 581 806 **86**412 656 645 822 **87**297 638 788 **88**942 **89**024 616 696

90210 **91**143 849 **92**191 (1000) **93**047 (1000) 696 (500) 776 **94**049 106 (500) 336 506 958 **95**205 320 591 790 885 913 **96**004 92 116 254 88 330 417 559 **97**398 507 669 824 (1000) **98**618 **99**023 226 624 642

100168 438 55 814 666 70 708 (3000) 865 **101**219 481 517 645 74 964 **102**531 639 **103**310 947 **104**233 401 655 (3000) 786 846 90 941 **105**018 63 82 653 (1000) 646 807 **106**132 81 205 601 **107**212 50 496 662 671 **108**179 473 612 93 **109**096 111 270 97 381

110068 (500) 806 18 (500) 917 25 (500) **111**091 259 660 862 969 **112**049 181 398 840 995 **113**499 811 977 **114**053 67 **115**081 89 (1000) 207 79 91 397 603 **116**202 67 **117**171 307 723 **118**112 (1000) 250 **119**037 147 523 650 960 (1000) 84

120375 650 946 **121**675 **122**049 68 100 317 895 959 **123**019 69 812 630 **124**472 645 872 **125**301 493 634 739 **126**188 98 211 69 459 767 **127**018 94 760 **128**872 827 **129**148 72 (1000) **(300 000)** 83 206 640 843 86 84

130031 401 47 694 725 90 854 **131**077 694 **132**075 248 300 655 877 911 **133**073 90 181 276 (1000) 433 630 914 56 **134**091 946 **135**021 596 689 (500) 819 **136**064 145 277 377 (3000) 501 15 81 762 81 918 88 **137**272 303 536 71 876 **138**081 190 589 871 **139**157 (1000) 237 66 327 417 670 734 836

140266 547 687 776 834 **141**266 429 703 819 935 **142**148 359 449 617 786 (3000) **143**167 410 942 **144**162 44 691 885 **145**032 128 361 (500) 703 87 960 (500) **146**119 657 **147**144 68 (1000) 84 294 811 **148**013 112 654 889 **149**672

150245 427 (1000) 636 62 706 55 929 **151**088 589 **152**101 36 (500) 806 **153**129 380 98 538 690 961 **154**086 297 947 48 **155**117 40 761 867 68 **156**170 340 833 **157**079 350 452 770 78 868 928 **158**116 387 813 986 **159**055 350 53

160607 59 773 807 67 **161**011 357 527 45 847 **162**006 144 73 363 81 642 (500) 82 **163**618 (500) 37 625 892 960 **164**210 354 439 **165**318 34 612 **166**105 244 61 (1000) 63 697 702 **167**269 74 399 596 611 88 **168**231 60 421 837 74 **169**004 139 243 65 (500) 581 (500) 823 (1000) 81

170192 946 **171**046 422 698 (500) 881 **172**007 382 436 689 706 822 **173**013 45 98 466 (1000) 601 16 849 **174**101 268 98 468 (500) 638 649 822 74 914 **175**182 226 470 **176**174 98 457 534 **177**480 678 742 **178**022 95 157 443 641 **179**690

180066 126 318 585 892 940 **181**079 186 603 868 **182**138 206 474 (1000) 569 770 881 987 **183**346 538 (500) 725 (1000) **184**017 305 502 780 808 (1000) 80 (500) **185**157 523 94 768 810 999 **186**354 482 **187**155 285 488 604 92 913 37 (1000) **188**019 345 467 85 873 994 **189**062 178 660 686 95 (1000)

190304 402 663 833 **191**684 742 862 70 **192**213 **193**101 672 76 **194**030 (1000) 213 60 685 862 **195**173 918 **196**065 (500) 583 862 **197**178 639 762 **198**165 298 760 **199**050 412 90 658 808 32 943

200276 548 860 **201**704 **202**529 730 **203**038 91 287 612 971 **204**003 660 86 **205**181 89 (1000) 818 **206**224 201 67 (500) 495 503 706 (3000) 862 **207**637 988 **208**362 583 663 **(10 000)** 718 **209**065 (5000) 535 829

210419 565 **211**276 600 624 743 904 **212**078 (5000) 313 48 (3000) 509 (500) 662 **213**588 947 **214**067 366 451 754 909 87 **215**224 408 **216**076 606 19 659 700 929 **217**141 531 86 749 826 941 **218**101 440 62 628 777 **219**023 604 792 888 921

220046 98 263 341 (1000) 628 723 846 **221**274 86 315 410 (1000) 522 765 **222**027 146 601 738 846 75 95 99 **223**100 310 60 485 533 39 690 701 858 949 73 **224**230 509 975 **225**301 660 (500) 869 **226**018 52 819 **227**002 669 694 99 706 **228**206 489 776 **229**300 55 792 866

230240 46 525 54 94 662 (500) 869 991 **231**244 394 (3000) 605 830 **232**228 670 76 713 857 69 **233**224 451 (500) 622 946 78

Die Ziehung der 1. Klasse der 9./235. Kgl. Preuß.-Südd. Klassenlotterie findet am 9. und 10. Januar 1917 statt. Die Erneuerung der Lose zur 1. Klasse hat bis zum 18. Dezember 1916 zu erfolgen.

An die Leser des „Vorwärts"!

Die Stärkung der Parteipresse gegenüber den für sie doppelt schweren Lasten des Krieges ist eine Aufgabe, zu der es der Zusammenfassung aller bedarf. So wichtig auch das unablässige Arbeiten des einzelnen in dieser Richtung ist, und so sehr jeder Parteigenosse und jede Parteigenossin stets an diese Aufgabe denken sollte, so kann bei dem Umfang Groß-Berlins auf eine eigene Organisation nicht verzichtet werden, in deren Tätigkeitsplan die

Werbearbeit für den „Vorwärts"

einen besonderen Platz einnimmt. Diese Organisation ist der Lese- und Diskutierklub „Vorwärts". Sein Name sagt aber auch, daß die Agitation für das Blatt der arbeitenden Bevölkerung der Reichshauptstadt nicht allein sein ganzes Tun darstellt, sondern daß er seinen Mitgliedern Gelegenheit gibt, sich gemeinsam mit den großen Fragen zu befassen, vor die der Weltkrieg und seine Begleiterscheinungen im Binnenlande die Sozialdemokratie stellen. Die nächste der hierzu bestimmten Versammlungen wird am kommenden Freitag tagen und sich mit dem Hilfsdienstgesetz beschäftigen.

Beitrittserklärungen (Eintrittsgeld 10 Pf., Monatsbeitrag 20 Pf.) sowie Bestellungen auf den „Vorwärts" — wöchentlich mit Zustellung 30 Pf., monatlich 1,30 M. — nehmen entgegen:

Westen:

H. Fritze, Ziethenstr. 65.
H. Behlke, Lützowstr. 105.

Südwesten:

Gustav Glaue, Kommandantenstr. 88 (Dönhoffplatz).
Fr. Lucht, Lindenstr. 2.
H. Sauerweier, Markgrafenstr. 13.
H. Schröder, Hagelberger Str. 53/54.
H. Baumgart, Willibald-Alexis-Str. 19.
F. Marth, Prinzenstr. 109.
Julius Jänicke, Solmsstr. 30.
St. Fritz, Prinzenstr. 31 (Spedition)
Eugen Gebron, Simeonstr. 18.

Südosten:

G. Felsmann, Oranienstr. 180.
Abeling, Dresdener Str 17.
Aug. Pohl, Naunynstr. 30.
Paul Böhm, Lausitzer Platz 14 (Spedition).

Osten:

Richard Gerhardt, Stralauer Allee 23.
Karl Klingler, Kochhannstr. 15, 3. Aufg. 4 Tr.

Nordosten:

Leo Zucht, Immanuelkirchstr. 13 (Spedition).
Wilhelm Vogel, Hufelandstr. 11.
M. Wardin, Hosemannstr. 11.

Norden:

A. Hahnisch, Ackerstr. 174 (Spedition).
Wilh. Goldschmidt, Stolpische Str. 30.
Paul Schmidt, Schönhauser Allee 57, 1 Tr.
R. Klose, Gleimstr. 19.
W. Jänichen, Drontheimer Str. 25.
Aug. Pattloch, Müllerstr. 160, 4 Tr.
F. Schmiedecke, Prinz-Eugen-Str. 15.
Gottfr. Fuchs, Weddingstr. 5 (Restaurant).

Nordwesten:

Otto Lück, Föhrer Str. 9.
H. Nietz, Buchstr. 5, 4 Tr.
H. Umlauf, Puttlitzstr. 17, 2. Hof 2 Tr.
Karl Weiner, Wicleffstr. 23, Quergebäude 1 Tr.
Siemensstadt: Aug. Marsand, Nonnendammallee 87.

Teltow-Beeskow:

Kreisbureau: Berlin SW 68, Lindenstr. 3, 2. Hof. Eingang III/IV, Alex Pagels.
(In den nachstehenden Orten Teltow-Beeskows werden auch Aufnahmen für die Wahlvereine entgegengenommen.)
Alt-Glienicke, Bohnsdorf, Grünau: Emil Hamann, Bohnsdorf, Privatstr. 14.
Britz: Wilhelm Butenschön, Rungiusstr. 37b.
Franz Kitzing, Rudower St. 85.
Charlottenburg: Max Kleh, Rosinenstr. 4.
Rich. Preczang, Sickingenst.. 51 (Eingang Neues Ufer).
Max Prill, Knesebeckstr. 2.
Joh. Schneider, Rosinenstr. 4.
Cöpenick: Rudolf Krüger, Müggelheimer Str. 32c.
Friedenau: Xaver Kamrowski, Rönnebergstr. 4.
Lichterfelde: Herm. Köppe, Hindenburgdamm 75a, 1 Tr.
Mariendorf: R. Stern, Strelitzstr. 8.
Neukölln: Otto Jacobs, Weichselstr. 8, Aufgang 10.
Paul Schulz, Reuterstr. 47, Ecke Lenaustraße (Laden).
Gustav Zepmeisel, Hermannstr. 176 (Buchdruckerei).
Niederschöneweide-Johannisthal: Paul Töllner, Niederschöneweide, Berliner Str. 38, 1 Tr.
Nowawes: Adolf Richter, Wilhelmstr. 41—43.
Schöneberg: Reinhold Küter, Ebersstr. 70.
Steglitz, Gustav Aßmann, Düppelstr. 7.
Tempelhof: Gustav Naumann, Friedrich-Wilhelm-Str. 94, 1 Tr.
Martin Müller, Ringbahnstr. 41/42.
Treptow: Wilhelm Lemm, Graetzstr. 51.
Baumschulenweg: Frl. Frieda Gerisch, Behringstr. 48.
Robert Gramenz, Kiefholzstr. 412 (Laden).
Wilhelm Erbe, Baumschulenstr. 14 (Laden).
Alfriede Rynck, Kiefholzstr. 180, 9 Tr.
Pilmersdorf: Paul Goldberg, Uhlandstr. 79.

Niederbarnim:

Berlin-Buchholz: A. Domnick, Pasewalker Str. 109.
Fredersdorf-Petershagen: H. Kreuer, Fresdersdorf, Platanenstraße.
Friedrichshagen: Rich. Köckritz, Klutstr. 3.
Karlshorst: Otto Misbach, Hentigstr. 36.
Alb. Baumeister, Fürstenbergallee 2.
Kaulsdorf-Mahlsdorf: Karl Pollak, Kaulsdorf, Leopoldstr. 3.
Lichtenberg: Aug. Kleemann, Gryphiusstr. 13.
Niederschönhausen: Albert Müller, Schloßallee 36.
Anna Matschke, Blücherstr. 13.
Oberschöneweide: Otto Freidank, Bismarckstr. 25.
Pankow: Karl Giebel, Kavalierstr. 4.
Reinickendorf: P. Blanscheski, Reinickendorf-Ost, Rütlistr. 10.
Weißensee: F. Schwemminger, Pistoriusstr. 24.

Lese- und Diskutierklub „Vorwärts".
Eugen Ernst, Vorsitzender.

Aus Groß-Berlin.

„Ersatz."

Fremdwörter sind manchmal doch deutlicher als ihre Uebersetzung. Wenn früher eine Ware als „Surrogat" bezeichnet wurde, dann wußte man genug. Der Krieg hat uns statt der Surrogate allerlei „Ersatz" gebracht, der durch die Wahl seines Namens den Schein des Echten erregt. Mit Recht fordert der Berliner Gerichtschemiker Prof. Juckenack, streng zwischen „Ersatz" und „Surrogat" zu unterscheiden. „Surrogat" ist ihm, was den Schein des zu Ersetzenden vortäuscht. Nur für das, was dem zu Ersetzenden als ganz oder beinahe gleich an die Seite gestellt werden kann, will er die Bezeichnung „Ersatz" zulassen.

Man weiß, wie oft die in der Kriegszeit als „Ersatz" auf den Markt gebrachte Ware nicht im entferntesten dieser Bedingung entspricht. Sehr lehrreich sind die Erfahrungen, die das Medizinalamt der Stadt Berlin bei der Untersuchung und Begutachtung von Ersatzmitteln und Surrogaten gemacht hat. Dr. Fendler, Leiter der chemischen Abteilung des Medizinalamts, hat über die Untersuchungsergebnisse ausführlich berichtet in der Monatsschrift „Oeffentliche Gesundheitspflege", dem Organ des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege. Sein jetzt auch als Sonderabdruck erschienener Bericht zählt eine lange Reihe von Ersatzmitteln auf, keineswegs nur unreelle Erzeugnisse, aber doch viele, für die ein solches Urteil nur zu sehr zutrifft. Ein paar besonders arge Proben, die das Treiben der „Ersatz"-Fabrikanten kennzeichnen, seien hier wiedergegeben.

Ein Gulaschersatz, dessen „hoher Nährwert" angepriesen wurde, erwies sich als zusammengesetzt aus 55 Proz. Kartoffelstärke, 44 Proz. Kochsalz und einer Zutat von winzigen Mengen Fleischextrakt, von Paprika und Suppenwürze. Ein Ersatz für Ei, von dem das Kilogramm 4,50 M. kostete, war ein gelb gefärbtes Gemengsel hauptsächlich aus Kartoffelstärke und Magermilchpulver. Als Butteraufstrich wurde ein Gemisch bezeichnet, das zur Hälfte aus Schmalz, im übrigen aus gesalzenem Stärkekleister bestand. Ein Kunstspeisefett enthielt nur 18 Proz. Fett; was fehlte, war durch Milch und Kartoffelmehl ersetzt. Schon nahezu fettlos war ein Ersatz für Backbutter, in dem nur 4 Proz. Fett gefunden wurden. Ganz ohne Fett behalf sich der Fabrikant eines Salatöl-Ersatzes, dem er neben 99½ Proz. Wasser nur noch Zutaten aus Pflanzenschleim gab. „Mit diesen Erzeugnissen ist wohl", sagt Fendler, „der Höhepunkt auf dem Gebiet der Surrogate erreicht; künstlich verdicktes und gefärbtes Wasser für etwa 1 Mark das Kilogramm im Großhandel!"

Auch für Getreidemehl suchte man Ersatz, schon deshalb, weil nach brotkartenfreiem Mehl und Gebäck verlangt wurde. Kartoffeln, Buchweizen, Mais, Reis lieferten die Zutaten, aber das daraus zusammengesetzte Mehl wurde den kuchenbackenden Hausfrauen unter verlockenden Phantasienamen — und selbstverständlich auch zu Phantasiepreisen — verkauft. Käufer von kondensierter Milch erhielten oft Magermilchpräparate zu Vollmilchpreisen. Aus einem Milchpulver konnte man eigenhändig Magermilch bereiten, deren Preis sich dabei auf 60 Pfennig für ein Liter stellte. Das Gemisch wurde „an Stelle der teueren Kuhmilch" empfohlen als — Kindernahrung! Für Kaffeetrinker gesellte sich zu den alten Ersatzmitteln ein neues, das aus gerösteten Kartoffeln bestand. Guten Appetit!

Fendler faßt das Ergebnis der Untersuchungen zusammen in das Urteil: „Viel Spreu und wenig Weizen." In der Einleitung seines Berichtes führt er eine Warnung des bayerischen Ministeriums des Innern an, die auf den Unterschied zwischen Ersatz für technische Gegenstände und Ersatz für Nahrungsmittel hinweist. Bei Nahrungsmitteln müsse der Ersatz dem zu Ersetzenden stofflich wesensgleich oder mindestens wesensähnlich sein. Man vergleiche hiermit die oben gegebene Auswahl von Ersatzmitteln, die mit ihrem Vorbild nicht viel mehr als den Namen gemeinsam hatten! iEs tut not, daß dieser Sorte „Ersatz"-Fabrikanten ihr Handwerk gelegt wird.

Fettwucher.

In den Lebensmittelgeschäften des Westens, vielleicht auch in anderen Stadtgegenden, tauchen jetzt Blechbüchsen mit „Butterbrühe" und „Schmalzbrühe" auf, die samt Verpackung etwa ein Pfund wiegen und für 5 M. 40 Pf. verkauft werden. Die große Fettknappheit treibt die Leute dazu, diese Büchsen zu kaufen, ja sie werden den Händlern geradezu aus den Händen gerissen. Der Inhalt ist zum größten Teil Wasser, so daß sich die etwa 100 Gramm Butter, die in der Büchse noch vorhanden sind, auf fast fünfeinhalb Mark stellen. Die Kleinhändler selbst trifft wohl keine Schuld, aber so begreiflich unter den jetzigen Verhältnissen die Jagd nach Fett ist, so sollte zum Schutz des Publikums doch wenigstens der tatsächliche Inhalt auf den Büchsen angegeben sein. Sonst streift die Sache hart an Betrug.

Der „Höchstpreis" des Brotes.

Die in Berlin vom Statistischen Amt der Stadt regelmäßig vorgenommenen Ermittelungen der Brotpreise mußten nach Festsetzung eines Höchstpreises für Brot viel von ihrer früheren Bedeutung verlieren. Statt der im Laufe der Monate und Jahre wechselnden Aufwärts- oder Abwärtsbewegung, die man an den Ergebnissen der Preisermittelungen hatte beobachten können, zeigte sich jetzt naturgemäß eine ziemliche Gleichmäßigkeit. Auf einer fortan Monat für Monat fast unveränderten Höhe hielt sich der Durchschnittspreis, der nach den in 60 Bäckereien gemachten Ankäufen von Brot unter Berücksichtigung des Gewichtes errechnet wurde.

Daneben dauerte aber die früher beobachtete Erscheinung fort, daß zwischen den gefundenen überhaupt höchsten und überhaupt niedrigsten Preisen ein auffällig großer Unterschied bestand. Die Spannung wurde zwar geringer, als sie es in Friedenszeiten gewesen war, doch groß genug ist sie auch jetzt noch. Noch immer kann man Brot bei manchem Bäcker zu beträchtlich wohlfeilerem Preise kaufen als bei anderen. Freuen wir uns, daß noch minder teures und hoffentlich deshalb nicht schlechteres Brot zu haben ist. Aber fragen muß man, warum andere Bäcker ihre Ware um so viel teurer abgeben. Bei Roggenbrot war nach den Ermittelungen des Berliner Statistischen Amts der Durchschnittspreis für 1 Kilogramm im September dieses Jahres etwa 41¼ Pf., nachdem er in den vorhergehenden Monaten sich zwischen 41⅓ Pf. und 41⅔ Pf. mit nur geringen Schwankungen bewegt hatte. Im einzelnen wurde jedoch z. B. zu Anfang September ein niedrigster Preis von etwa 34¾ Pf. und ein höchster Preis von etwa 47½ Pf. ermittelt; das bedeutet eine Spannung von etwa 12¾ Pf., ungefähr vier Zehnteln des niedrigsten Preises. Im Oktober kam es infolge der um die Monatsmitte eingetretenen Herabsetzung des Höchstpreises für Roggenbrot auch zu einer Ermäßigung des monatlichen Durchschnittes, der jetzt auf 35⅔ Pf. fiel. Aber nach wie vor sehen wir eine befremdlich weite Spannung zwischen den überhaupt niedrigsten und den überhaupt höchsten Preisen: nach Anfang Oktober noch zwischen 37¾ Pf. und 45½ Pf., nach Mitte Oktober zwischen 31⅓ Pf. und 38 Pf., zu Anfang November zwischen 28⅓ Pf. und 37½ Pf.

Wer diese Ergebnisse betrachtet, wird sich noch über etwas anderes wundern müssen. Die tatsächlich höchsten Preise sind so hoch, daß sie über die zugelassenen „Höchstpreise" weit hinausgehen. In der ganzen Zeit, seit es Höchstpreise für Brot gibt, hat man das beobachten können — zwar nicht nur bei Roggenbrot, sondern auch bei Weizengebäck. Wie ist es möglich, daß bei Roggenbrot zu Anfang September dieses Jahres der oben erwähnte höchste Preis von 47½ Pf. für 1000 Gramm ermittelt wurde, obwohl damals ein Höchstpreis von 78 Pf. für 1900 Gramm und von 42 Pf. für 1000 Gramm festgesetzt war? Und wie müssen wir es uns erklären, daß zu Anfang November, obwohl jetzt ein Höchstpreis von 64 Pf. für 1900 Gramm und von 34 Pf. für 1000 Gramm gilt, ein tatsächlich höchster Preis von 37⅓ Pf. für 1000 Gramm ermittelt werden konnte? Was für ein Roggenbrot mag das sein, das da den Aufkäufern des Statistischen Amtes in die Hände fiel? Handelt es sich um das übliche und vorgeschriebene Berliner Roggenbrot, so bleibt wohl nur übrig, sich die vom Statistischen Amt mitgeteilten sonderbaren Ergebnisse zu erklären aus ganz unverschämten Betrügereien mit zu leichtem Brot. Schwerlich wird eine so bedeutende Gewichtsminderung, die weit über den behördlich zugelassenen Spielraum hinausgeht, mit einem harmlosen Versehen oder mit ungewöhnlicher Austrocknung des Brotes entschuldigt werden können. Wir dürfen annehmen, daß man Betrüger, die bei Gelegenheit dieser Brotpreisermittelungen erwischt werden, ohne Gnade dem Strafrichter überliefert.

Die Arbeitslosenfürsorge.

Geschäftsstatistik der Arbeitslosenfürsorge der Stadt Berlin für die Woche vom 13. bis 19. November: Bei den 23 städtischen Geschäftsstellen sind 113 Gesuche eingegangen; es wurden abgelehnt 20, an die Landesversicherungsanstalt Berlin verwiesen 3, bewilligt 94. Ausgeschieden aus der Unterstützung (überwiegend wegen Wiedereintritts in Arbeit oder Erwerb) sind 76 Personen, 115 männliche und 1799 weibliche Personen bezogen Unterstützung im Gesamtbetrage von 7735 M., davon je 4 M. 1785 Personen, je 5 M. 129 Personen. Von der Stadt wurden an 174 Mitglieder von 15 Arbeiter- und Angestelltenorganisationen, die selbst satzungsgemäß Unterstützung gewähren, Zuschläge im Gesamtbetrage von 581,75 M. gezahlt. Hiervon trafen auf die freien Gewerkschaften 155 Mitglieder mit 512,35 M. (und zwar Metallarbeiter 52,80 M., Holzarbeiter 61,45 M. usw.). Die Landesversicherungsanstalt Berlin hat von 22 454 bei ihr überhaupt bis 18. November 1916 eingegangenen, teils von den städtischen Unterstützungskommissionen ihr überwiesenen, teils von den Organisierten ihr eingereichten Gesuchen 15 494 genehmigt.

Der Mißbrauch der Feldpost.

Gebührenfreiheiten und -Vergünstigungen im Feldpostverkehr genießen nur Sendungen in Privatangelegenheiten der Angehörigen des Heeres. Den Angehörigen des Heeres gleich steht das Personal der deutschen Landesvereine vom Roten Kreuz und der ihnen gleichzuachtenden Orden und Gesellschaften, soweit es in der freiwilligen Krankenpflege auf dem Kriegsschauplatz wirklich tätig ist, also nicht auch bei ständigem oder vorübergehendem Aufenthalt in der Heimat. Die Portovergünstigungen gelten nicht im Ortsverkehr und nicht für Zivilbeamte der Militärverwaltung.

Sendungen, welche rein gewerbliche Angelegenheiten der Absender oder der Empfänger betreffen, haben auf Gebührenvergünstigung überhaupt keinen Anspruch.

Den Mißbrauchern droht ein Strafverfahren wegen Portohinterziehung.

Bayerische Kraftworte gegen das Nachtbackverbot.

Manchmal können auch Reichstagsdrucksachen erheiternden Lesestoff bieten. So finden wir in dem Bericht des Petitionsausschusses über die Eingabe der Gewerkschaften der Bäckereiarbeiter, den wir am Sonnabend wiedergegeben haben, auch eine Gegeneingabe des Königlich Bayerischen Hoflieferanten Jul. Klein in der guten pfälzischen Stadt Kaiserslautern. Der Herr Hoflieferant setzte sich hin — wir nehmen an, hinter einen guten Schoppen Pfälzer — und schrieb an den hohen Reichstag in kerniger Sprache, „daß bei Verordnungen usw. viel über einen Kamm geschoren werde; zu deutsch nenne man das „generalisieren". Sein Betrieb ist in Kaiserslautern einer der größten. Alle Betriebe seien gemischt, stellen Weiß- und Schwarzbrot her; der eine mehr „Schwarz", der andere mehr „Weiß", bei vielen würde ein einfarbiger Betrieb unrentabel und das Verwenden eines Gesellen unmöglich. In der Friedenszeit hätten alle Meister ihr auskömmliches Brot gefunden.

Das alles habe der Krieg mit seinem Verbot der Nachtarbeit geändert. Der Verbrauch von Weiß- und Kaffeebrot, sofern es der Vorschrift entsprechend trocken genossen werde, habe sich bedeutend verringert, weil eben — nun wird der k. b. Hoflieferant zum Dichter — der mit frischem Weißgebäck verbundene „deliziöse Hauch" — man möge diese etwas poetische Wendung verzeihen — fehle und der Deutsche auch etwas oppositionell angelegt sei. Der verminderte Absatz, dazu noch Schwierigkeiten im Mehlbezuge, schlossen manchem kleinen Meister die Klappe. Die Kundschaft danke für das trockene Kaffeebrot aus oft nicht einwandfreiem Gebäck."

Der Kaiserslauterner Hofbäcker scheint von den Nöten der Mehl-, Zucker- und Fettrationierung noch wenig gespürt zu haben („dös war' aa no' schöner!"), wenn er nun der Befürchtung Ausdruck gibt, „daß die Bereitung des Kaffeegebäcks, Frühstücksbrots nach amerikanischem Muster, im Privathaushalte Ausdehnung erfahren werde." Dagegen steht des Meisters Sozialpolitik entschieden nicht auf der achtungswerten Höhe seiner Bäckerei, wenn er weiter fragt, ob denn die Nachtarbeit in der Bäckerei so schlimm sei, und wenn er darauf antwortet: Es scheine da mehr das Motiv der Bequemlichkeit vorzuherrschen.

Daß nur bequeme Menschen am Tage arbeiten und bei Nacht lieber schlafen wollen, ist ja wohl nicht so ernst gemeint; sonst müßte man ja schon zu bayerischen Kraftworten greifen, um ein solches

Argument gegen das Nachtbackverbot gebührend zu würdigen. Aber es mag dem Hoflieferanten, wenn das Nachtbackverbot, wie wir zuversichtlich erwarten, den Krieg überdauert, zum Trost dienen, daß er einem Reichstagsausschuß und hoffentlich auch den Lesern dieser Zeilen ein paar fröhliche Minuten bereitet hat.

Der neue Fahrplan für die Stadt- und Ringbahn.

Wie schon gemeldet, tritt morgen (Montag) der neue Fahrplan für die Stadt- und Ringbahn in Kraft, der die Einschränkungen enthält, die durch die längere Dauer des Krieges notwendig geworden sind. Exemplare des neuen Fahrplans finden sich heute auf jedem Bahnhof der Stadt- und Ringbahn angeheftet. Auf einzelnen Bahnhöfen, so z. B. auf dem Ringbahnhof Wilmersdorf-Friedenau, waren sie gestern schon zu sehen. Der neue Fahrplan enthält eine starke Vermehrung der Vollringzüge. Die ersten Vollringzüge ab Bahnhof Westend in der Richtung Gesundbrunnen, Rummelsburg, Schöneberg, Westend fahren 4.44, 5.14, 5.25, 5.39, 5.46, 6.14 usw. Der letzte Vollringzug dieser Richtung geht von Westend um 7.14 abends ab und endigt dort um 8.40. In der Richtung Westend, Südring, Rummelsburg, Gesundbrunnen verkehren die ersten Vollringzüge um 4.48 und 5.18. Der letzte Vollringzug dieser Fahrtrichtung tritt seine Fahrt in Westend um 7.18 an und endigt dort um 8.43. Für die arbeitende Bevölkerung von besonderem Wert sind die neuen Abfahrtszeiten der Nordringzüge. Die ersten fahren in der Richtung Westend, Stralau-Rummelsburg, Stadtbahn zu folgenden Zeiten ab: 4.31, 4.44, 4.53, 4.59, 5.08, 5.10, 5.14, 5.19, 5.23 usw. Der letzte Zug verläßt Westend um 12.8. In der umgekehrten Reihenfolge beginnt der erste Nordringzug seine Fahrt von Weißensee um 4.25 und ist in Westend 4.55. Der letzte: ab Stralau-Rummelsburg 12.39 abends, an Westend 1.22. — Südring: Richtung Potsdamer Bahnhof, Friedenau, Stadtbahn: erster Zug: ab Schlesischer Bahnhof 4.12, an Potsdamer Bahnhof 4.51 morgens. Der letzte durchgehende Südringzug dieser Richtung verläßt den Potsdamer Bahnhof um 10.34 und trifft um 12.21 dort wieder ein. Die ihm folgenden Züge nehmen schon auf den Zwischenstationen ihr Ende. In der Richtung Potsdamer Bahnhof, Friedenau, Charlottenburg geht der letzte Zug um 12.34 vom Potsdamer Ringbahnhof ab und ist um 1.1 in Charlottenburg. — In der Richtung Potsdamer Ringbahnhof, Stralau-Rummelsburg, Stadtbahn, Wilmersdorf-Friedenau liegen die Abfahrtszeiten der ersten und letzten Züge folgendermaßen: erster Zug: ab Charlottenburg 4.14 morgens an Potsdamer Bahnhof 4.51. — Letzter Zug ab Potsdamer Bahnhof 12.31 nachts, an Schelsischer Bahnhof 1.16.

Meldepflicht der Ausländer.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Alle Ausländer, auch die Angehörigen der verbündeten und neutralen Staaten, werden darauf hingewiesen, daß durch die Bekanntmachung des Oberkommandos in den Marken vom 21. November dieses Jahres, die am 1. Dezember in Kraft getreten ist, die Meldepflichten erweitert sind, so daß nicht nur beim Wechsel des Aufenthaltsortes, sondern auch bei Umzügen innerhalb des Ortes die persönliche Ab- und Anmeldung im Polizeirevier erforderlich ist. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis, bei mildernden Umständen mit Haft- oder Geldstrafe bis 1500 M. bestraft. Die Verurteilungen werden als Vorstrafen in den gerichtlichen und polizeilichen Listen vermerkt.

Besonders wird darauf aufmerksam gemacht, daß auch bei zeitlich kurzen Entfernungen vom Aufenthaltsorte die persönlichen Meldungen bei der Polizei erfolgen müssen. Nur bei Reisen im Bereich des Berliner Vorortverkehrs, die nicht mit Uebernachten verbunden sind, kann die Meldung unterbleiben.

Die Bestimmung, daß Angehörige feindlicher Staaten ihren Aufenthaltsort nur mit schriftlicher polizeilicher Genehmigung verlassen dürfen, wird durch die neue Bekanntmachung nicht berührt.

Die vorgeschriebenen Ab- und Anmeldungen werden von den Revieren des Landespolizeibezirks Berlin zu jeder Tages- und Nachtzeit entgegengenommen und bescheinigt.

Das Abonnieren auswärtiger Blätter hat jetzt nur einen Zweck für Leute, denen es auf regelmäßige Zustellung nicht ankommt. Die Einschränkungen im Eisenbahnverkehr werden naturgemäß die Kriegsmängel im Postbetrieb noch verschärfen. Allerdings werden ja auch nur solche Leute ein auswärtiges Blatt halten, die neben ihrer Berliner Zeitung noch ein besonderes Interesse an seinem Inhalt haben; denn das, was der Berliner rasch wissen will und muß, kann er natürlich nicht aus einem Provinzblatt rechtzeitig erfahren.

6 Pfund Kartoffeln. Wegen der sehr schwachen Zufuhr von Kartoffeln dürfen in der Woche vom 4. bis 10. Dezember auf die 7 Abschnitte der Kartoffelkarte zusammen nicht mehr als 6 Pfund Kartoffeln abgegeben und entnommen werden.

Gegen die Verkürzung der Polizeistunde sprach sich eine Vorstandssitzung des Interessenverbandes des Gastwirtsgewerbes aus. Es wurde weiter beschlossen, an den Bundesrat eine Eingabe zu richten, daß, falls eine weitere Einschränkung der Polizeistunde nicht mehr zu vermeiden sein sollte, keinesfalls ein früherer Schluß der Gastwirtschaften für Groß-Berlin als 12 Uhr in Betracht gezogen werden dürfe. Gleichzeitig wird um eine entsprechende Festsetzung des Theaterschlusses ersucht, der spätestens 1½ Stunden vor Schluß der Gastwirtschaften eintreten müsse.

Städtische Volksspeisung. Als Teilnehmer an der städtischen Volksspeisung in Berlin sollen künftig auch alle solchen Vorortbewohner zugelassen werden, die in Berlin ihre Arbeitsstelle haben. Die Bedingungen sind die gleichen wie für die Berliner Einwohner. Zur Lösung der Teilnehmerkarten in der Speiseausgabestelle ist die Vorlegung der Fleisch- und Kartoffelkarten und die Angabe des Teilnehmers erforderlich, in welchem Vororte er wohnt. Die Karten können vom Montag, den 4. Dezember d. J. ab an den Tagen von Montag bis Donnerstag jeder Woche in den 62 Ausgabestellen nach Wahl entnommen werden.

Aus Furcht vor Strafe hat sich der 13 Jahre alte Schüler Ladewig aus der Ziethenstr. 13 heimlich von Hause entfernt. Der Knabe hatte die Schule geschwänzt und fürchtete, dafür gezüchtigt zu werden. Er ist schon seit mehreren Tagen vermißt, ohne daß man eine Spur von ihm gefunden hätte. Ladewig ist 1,30—1,40 Meter groß, hat blondes Haar und blaue Augen und trägt einen dunkelbraunen Sweater, graue Beinkleider und schwarze Schnürschuhe. Man vermutet, daß er in Groß-Berlin herumirrt, weil er sich nicht wieder nach Hause traut.

Den Tod auf den Eisenbahnschienen fand der 62 Jahre alte Kaufmann Max Koch aus der Kloptockstraße 32. Nach den Ermittelungen muß er nach 1½ Uhr nachts einen Stadtbahnzug zwischen den Haltestellen Bellevue und Tiergarten verlassen haben und dann unter einen Zug geraten sein, der aus der entgegengesetzten Richtung kam. Möglich ist auch, daß er den Tod selbst gesucht.

Im Zoologischen Garten ist an diesem Sonntag wieder der billige Eintritt von 25 Pf. während des ganzen Tages für Erwachsene und Kinder; ebenso für das Aquarium, das von 9 Uhr morgens bis 8 Uhr abends geöffnet ist. Von 4 Uhr nachmittags bis 10 Uhr abends Militärkonzert.

Aus den Gemeinden.

Neukölln. Die Zahlung des erstmalig fällig werdenden Betrages der Kriegswochenhilfe erleidet vielfach dadurch Verspätung, daß die Anträge erst geraume Zeit nach erfolgter Entbindung von den Wöchnerinnen gestellt werden. Um die rechtzeitige Zahlung der Wochenhilfe sicherzustellen, sollten sich die Wöchnerinnen möglichst frühzeitig Gewißheit verschaffen, ob ein Anspruch auf Kriegswochenhilfe besteht und wo dieser geltend zu machen ist. Zu diesem Zwecke sind die Krankenkassenbücher sowie Arbeitsbescheinigungen des Mannes der letzten 12 Monate vor der Einberufung zum Heeresdienst und, falls vorhanden, auch die der Frau im Zimmer 541 des alten Neukölliner Rathauses, 2 Treppen, etwa zwei Monate vor der zu erwartenden Entbindung vorzulegen. Diese Dienststelle gibt auch über alle sonstigen Fragen der Kriegswochenhilfe jederzeit Auskunft.

Aus Industrie und Handel.

Die Devisen steigen weiter.

Die Preise der ausländischen Zahlungsmittel sind weiter im Preise stark gestiegen. Es wurden in Mark geboten für

	2. Dez.	1. Dez.
1 Doll.	5,62	5,57
100 holl. Fl. . . .	284¾	283¼
100 dän. Kr. . . .	160	159
100 schwed. Kr. . .	167¾	165¾
100 norw. Kr. . .	158¼	162
100 schweiz. Fr. . .	112⅞	111⅛
100 österr. Kr. . .	66,95	67,45

Der Hibernia-Kauf.

Dem Abgeordnetenhause soll eine Vorlage über den Kauf der Hibernia-Aktien durch den Fiskus zugehen. Der Kaufpreis der Aktien einschließlich der auf 12 Proz. geschätzten Coupons von 1916 stellt sich auf ungefähr 70 Proz. und wird in 4½prozentigen, Ende 1934 rückzahlbaren preußischen Schatzanweisungen gezahlt.

Die Jagd nach dem Dollar.

Die englische und französische Regierung lassen erklären, daß sie die Warnung des Bundesreserveamtes beachten und weiterhin keine Schuldverschreibungen in den Vereinigten Staaten ausgeben werden. Daher wird auch das Bankhaus Morgan auf seine Absicht verzichten, für die übernommenen ausländischen Schuldverschreibungen eigene auszugeben, wodurch die Anordnung des Bundesreserveamtes in der Form befolgt, in der Sache umgangen werden sollte. Das Bundesreserveamt hat mit seiner Warnung keinesfalls einen unfreundlichen Akt gegen den Verband beabsichtigt. Der an seiner Spitze stehende Frankfurter Bankiersohn Warburg ist durch Wahl Amerikaner und handelt loyal gegen sein neues Vaterland: er tut sein Bestes, um zugunsten der Yankees die deutsche Stellung in Südamerika zu erschüttern. Von einer Parteinahme zugunsten Deutschlands kann keine Rede sein. Im übrigen zeigen die New Yorker Börsendepeschen, daß, soviel die Amerikaner verdienen, sie doch nicht genug verdienen, um den kolossal gestiegenen Geldbedarf befriedigen zu können. Die Durchschnittsrate für tägliches Geld betrug am 29. November 4,5 Proz., am 1. Dezember 5,5 Proz. Am Schluß der Freitagbörse war aber die Nachfrage nach Geld noch drängender als am Anfang. Bei den letzten am Mittwoch — Donnerstag war Nationalfeiertag — getätigten Abschlüssen wurden 4,75 Proz. für tägliches Geld gezahlt, bei den letzten am Freitag getätigten Abschlüssen 6,5 Prozent! Die Gesamthaltung der Börse litt unter dieser enormen Geldverteuerung. Die Vereinigten Staaten sind heute das Land des teuersten Geldes. Gewiß ist es nur eine vorübergehende Erscheinung und nach dem Kriege und seinen kolossalen Anspannungen werden sie das Land des relativ billigsten Kredits sein. Trotzdem zeigt diese Börsenlage, daß die Warnung des Bundesreserveamts vor der Gewährung überreichlichen Kredits ans Ausland eher zu spät als zu früh gekommen ist.

Eine Reuterdepesche meldet aus Tokio die Ausgabe von 10 Mill. Pfund englischer Schatzscheine. Das englische Schatzamt soll, wird hinzugefügt, beabsichtigen, die aus diesem Verkauf entstehenden Guthaben zum Kauf von Dollars bedienen. Das Geschäft kann zwei Motiven entspringen: Entweder den relativ niedrigen Stand des Yen in London und des Dollars in Japan auszunützen, um sich billiger als es durch direkten Kauf möglich wäre, amerikanische Zahlungsmittel zu verschaffen, was eines der sehr häufigen Devisenarbitrage-Geschäfte wäre. Da der Londoner Kurs des Yen und der Tokioter Kurs des Dollars hier unbekannt ist, läßt sich nicht sagen, inwieweit dieses Motiv wirklich bestimmend ist. Oder einfach in Japan eine Anleihe aufzunehmen. Wahrscheinlich will die englische Regierung beide Fliegen mit einem Schlage treffen.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Die Kreditbank für Groß-Berlin A.-G. will ihre Satzungen dahin ändern, daß künftig alle Kaufleute, also auch „Wiederkaufleute" Kredit erhalten sollen. Die Bank will für diesen Zweck bis 10 Millionen Mark bereit stellen.

Die Einnahmen der Großen Berliner Straßenbahn und der von ihr mitverwalteten Bahnen betrugen im November 1916 vorläufig 5 225 686 M., im November 1915 endgültig 4 407 976 M., also im November 1916 mehr 817 709 Mark. Vom 1. Januar bis 30. November 1916 wurden eingenommen 58 756 477 M. Vom 1. Januar bis 30. November 1915 endgültig 47 406 965 M., mithin für 1916 mehr 6 289 512 M. Der Tagesdurchschnitt stellte sich in 1916 auf 190 467 M., 1915 auf 142 116 M.

Die Verwaltung erklärt aber, daß der Mehrgewinn gegen 1915 durch die wachsenden Unkosten und die Notwendigkeit hoher Abschreibungen auf das abgenützte Material und den Bahnkörper aufgezehrt werde.

Soziales.

Zur Kriegshinterbliebenenfürsorge.

Die Helfer der Hinterbliebenenfürsorge kommen nur allzu oft bei ihrer pflegerischen Tätigkeit in Familien, deren gefallener Ernährer neben dem bitteren Schmerz um seinen Heimgang noch Schulden hinterlassen hat. Manch kleiner Geschäftsmann und mancher Arbeiter, der erst im Laufe des Krieges Soldat wurde, in mitten in seiner Periode wirtschaftlichen Niederganges oder der Arbeitslosigkeit eingezogen worden, als er gezwungen war, Schulden aufzunehmen, die die Angehörigen mit Hilfe der nur zu bescheidenen Kriegsunterstützung nicht nur nicht tilgen konnten, sondern oft genug noch vermehren mußten. Da heißt es, bei allem Schmerz den Kopf nicht zu verlieren, die Lage klar zu überschauen. Die Helfer der Hinterbliebenenfürsorge müssen in solchem Falle stets daran denken, daß die Witwe und die Kinder zunächst mit dem Todesfall ohne weiteres Erben werden und damit nicht nur die wenigen Habseligkeiten, sondern auch die Schulden des Gefallenen erben und dann nur auf dem umständlichen Weg des Nachlaßkonkurses sich der dauernden Belastung mit den alten Schulden entziehen können. Demgemäß gilt es die Hinterbliebenen zu beraten. Wer nicht Erbe bleiben will, der darf einmal sich nicht wie ein Erbe benehmen, z. B. nicht die Sachen des Mannes verkaufen oder verschenken, ein Darlehn, das der Verstorbene einem guten Freunde gegeben hat, nicht einkassieren, aber er darf außerdem nicht versäumen, die Erbschaft ausdrücklich auszuschlagen. Diese Ausschlagung muß — ohne Bedingung und Zeitbestimmung — in bestimmter Form und in bestimmter Frist erfolgen, nämlich durch Erklärung gegenüber dem Nachlaßgericht in öffentlich (das heißt gerichtlich oder notariell) beglaubigter Form binnen 6 Wochen nach Erlangung der Kenntnis des Todes. Nur im Falle eines letzten Auslandswohnsitzes des Verstorbenen verlängert sich die Frist. Jeder Formmangel macht die Erklärung unwirksam und läßt die Erbeneigenschaft der betreffenden Personen bestehen. In der gleichen Form hat die Ausschlagung natürlich auch seitens derjenigen Personen zu erfolgen, denen die Erbschaft durch die Ausschlagung der in erster Linie erbberechtigten Angehörigen zufällt. Wenn z. B. nach der Ausschlagung durch Frau und Kinder die Eltern und Geschwister des Verstorbenen erben würden und ihnen seitens des Gerichts eine entsprechende Mitteilung zugeht, so haben auch sie in gleicher Form mit gleicher Frist, vom Empfang der gerichtlichen Mitteilung an gerechnet, die Erbschaft auszuschlagen, wenn sie nicht Erben der Schulden des Verstorbenen werden wollen. Die Kosten der öffentlich beglaubigten Erklärung haben die Erklärenden zu tragen, ein nach geltendem Recht unvermeidlicher, von dem Betroffenen gewöhnlich recht unangenehm empfundener Zustand. Besonders zu beachten ist, daß die Ausschlagung jeder einem minderjährigen Kinde angefallenen Erbschaft durch den gesetzlichen Vertreter (Vater, Mutter, Vormund) zu erfolgen hat und dieser, von gewissen Ausnahmen abgesehen, dazu stets der vorgängigen Genehmigung des Vormundschaftsgerichtes bedarf. Auch wenn der Anfall an das Kind erst infolge der Ausschlagung des Vaters erfolgt, ist eine besondere Erbausschlagung für das Kind erforderlich.

Ist die Ausschlagung erfolgt, so haben natürlich die Ausschlagenden mit den Nachlaßsachen nichts mehr zu tun; sie dürfen sie also nicht etwa verkaufen oder verpfänden, solange die Möglichkeit besteht, daß andere Verwandte erben werden.

Diese wenigen Zeilen dürften genügen, um zur Vorsicht in Erbfällen zu mahnen, zumal hier durch den Ablauf von Fristen nur allzuoft ein schwer gutzumachender Schade entsteht. Wo die geringsten Bedenken bestehen, versäume man daher nie, sachverständigen Rat einzuholen.

Gerichtszeitung.

Kriegswucher mit Rinderfett.

Zu einer wesentlich strengeren Auffassung über sein Verfahren bei der Preisfestsetzung kam die 1. Strafkammer des Landgerichts III bei der Erörterung der Anklage gegen den Agenten Julius Kochmann, der der übermäßigen Preissteigerung beschuldigt wurde und vom Charlottenburger Schöffengericht zu 150 M. Geldstrafe verurteilt worden war. Der Angeklagte hatte von einer Geschäftsfreundin Rinderfett, das sie bei der Herstellung von Konserven gewonnen hatte, zum Preise von 2,75 M. pro Pfund gekauft. Als er den größten Teil davon an einen Fuhrmann verkaufte, hatte der Preis inzwischen einen sehr hübschen „Hochsprung" ausgeführt, denn er betrug jetzt nicht weniger als 5,10 M. für das Pfund und wanderte dann beim Kleinverkauf weiter bis zur Höhe von 5,40 M. Das Schöffengericht sah dieses unbegründete Emporschnellen als Wucher an und fällte obiges Urteil, gegen das der Amtsanwalt als zu niedrig Berufung einlegte. Der Angeklagte suchte seine Preisforderung mit der Angabe zu entschuldigen, der Einkaufspreis für das Fett sei noch nicht vereinbart gewesen und er habe geglaubt, der Marktpreis belaufe sich auf 5,25 M. Die Strafkammer hielt diesen Einwand für so wenig stichhaltig, daß sie das Urteil auf 1000 Mark Geldstrafe erhöhte.

Das Unglück von Herczeg-Halom.

Budapest, 1. Dezember. (W. T. B.) An der Rettungsarbeit auf dem Schauplatz des Eisenbahnunglücks von Herczeg Halom wirkte auch ein deutscher Lazarettzug mit, der gerade auf dem Bahnhof Budapest—Ferencvaros abgangsbereit stand. Er dampfte unverzüglich zur Unglücksstätte nach Herczeg Halom ab. Die Mannschaft des Lazarettzuges leistete vorzügliche Dienste.

Bis Sonnabend nachmittag waren fünfundvierzig Tote festgestellt.

Der Zugführer des Wiener Eilzuges ist in Verwahrungshaft genommen worden.

Die Untersuchung wird sich natürlich nicht nur auf untere Organe erstrecken können. Der Führer des Wiener Eilzuges Johann Bida, ein 53jähriger Mann, der schon seit 28 Jahren im Dienste der Staatsbahnen steht und als einer der erprobtesten Lokomotivführer gilt, behauptet, daß er von Raab mit etwa 70 Kilometer Geschwindigkeit gefahren sei und vor Herczeg Halom nicht bemerkt habe, daß der Semaphor auf Halt stehe. Dieser war zur Nachtzeit durch eine grüne Lampe zu erkennen, doch hätte er dieses grüne Licht nicht gesehen. Er sei daher weitergefahren und habe erst gebremst, als er den Personenzug bereits auf kurze Strecke vor sich sah. So habe er nur die Wucht des Anpralles vermindern, das Unglück aber nicht mehr vermeiden können. Der Bahnangestellte Villhofer behauptet, die Lampe des Semaphors angezündet zu haben, doch sei nicht ausgeschlossen, daß das Brennöl, das seit einiger Zeit von minderer Beschaffenheit sei, nicht das gehörige Licht verbreitet habe. Ingenieure stellten nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung" fest, daß sonderbarerweise die grüne Scheibe des Semaphors zerbrochen war und im Gehäuse der Laterne ein Kohlenstück lag. Das kann auch eine Folge des Zusammenstoßes gewesen sein.

Aus aller Welt.

Winterhärtigkeit. In dem Pommerschen Kreisstädtchen Demmin lebte vor einem Menschenalter etwa ein angesehener Arzt, der nicht ohne Originalität war. Einer seiner drolligen Einfälle war, für den Winter den militärischen Gruß einzuführen. Er erließ zu diesem Zwecke im Kreisblatt ein Inserat von folgendem Inhalt: „Bei eintretender Kälte beginne ich wieder, militärisch zu grüßen und bitte um Gegenseitigkeit. Sanitätsrat Dr. Pfeiffer." Da der angesehene Mann es tat, grüßte dann bald die ganze Stadt so. Beim Beginne wärmerer Witterung lüftete er dann wieder höflich den Hut.

Neue Naphthaquelle. Nach einer Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur ist im Naphthagebiet von Baku in der Nähe von Bibiejbat eine neue Naphthaquelle zum Durchbruch gekommen, die in 24 Stunden ungefähr 600 000 Pud Naphtha liefern soll, wovon mehr als die Hälfte als reines Naphtha verwendet werden könne.

Parteiveranstaltungen.

„Vorwärts". Lese- und Diskutierklub für Groß-Berlin Diskussionsabende am Mittwoch, den 6. Dezember, abends 8 Uhr:

Sektion 4 bei Huth, Warschauer Str. 61. Vortrag des Genossen Karl Schrader: „Aus Vergangenheit und Gegenwart".

Sektion 6 bei Sachse, Lindower Str. 26. 1. Vortrag. 2. Diskussion.

Sektion 8. Pankow, Niederschönhausen, Buchholz. „Zum Pankgrafen", Inh. Haedrich, Pankow, Schloßstr. 6. Tagesordnung: 1. Vortrag des Stadtverordneten Max Groger: „Rückblick — Ausblick". 2. Diskussion. 3. Mitteilungen aus Berlin. — Gäste können durch Mitglieder eingeführt werden. Um zahlreichen Besuch bittet Der Vorstand.

Nowawes. Mittwoch, den 6. Dezember, abends 8½ Uhr, im Lokal Singer, Priesterstr. 6, kleiner Saal: Versammlung des Wahlvereins. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Silbersmidt über „Das Zivildienstgesetz. Gäste können durch Mitglieder eingeführt werden.

Eingegangene Druckschriften.

„Die Glocke". Sozialistische Wochenschrift, herausgegeben von Parvus. Heft 35. 20 Pf. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Montag mittag. Zeitweise heiter, aber kalt und überwiegend bewölkt; keine oder unerhebliche Niederschläge.

Todes-Anzeigen

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
Ortsverwaltung Berlin.

Dem Andenken unserer im Felde gefallenen und verstorbenen Mitglieder gewidmet.

Bieder, Oskar, Former, geb. 14. 9. 85 in Liegnitz.
Fricke, Max, Dreher, geb. 9. 3. 87 in Berlin.
Geier, Otto, Arbeiter, geb. 22. 10. 75 in Berlin.
Gudd, Otto, Dreher, geb. 22. 8. 94 in Weißensee.
Heuer, Artur, Schlosser, geb. 5. 8. 96 in Prenzlau.
Hoffmann, Artur, Gürtler, geb. 18. 5. 95 in Berlin.
Jähnel, Paul, Anschläger, geb. 4. 5. 81 in Kleuschnitz.
Kaßner, Johann, Klempner, geb. 10. 3. 76 in Mährengasse.
Kutzer, Artur, Werkzeugmacher, geb. 5. 1. 92 in Berlin.
Lawisch, Rudolf, Schlosser, geb. 30. 8. 91 in Woltersdorf.
Leutner, Ernst, Dreher, geb. 14. 7. 96 in Berlin.
Lubitz, Fritz, Feilenhauer, geb. 29. 12. 87 in Landsberg.
Micheel, Emil, Bohrer, geb. 15. 10. 81 in Stargard.
Schedlbauer, Albert, Schlosser, geb. 5. 2. 90 in Blechtech.
Scheide, Georg, Helfer, geb. 14. 11. 90 in Berlin.
Schmidt, Erich, Arbeiter, geb. 20. 8. 97 in Berlin.
Schötzau, Erich, Schlosser, geb. 23. 7. 97 in Friedrichshagen.
Schulze, Hermann, Mechaniker, geb. 24. 4. 95 in Friedrichsberg.

Ehre ihrem Andenken!

126/13 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirk Groß-Berlin.

Folgende Kollegen sind im Felde gefallen:

Otto Benz, Lagerarbeiter.
Wilh. Bergemann, Omnibuschauffeur.
August Braun, Industriearbeiter.
Paul Bülow, Müllschaffner.
August Burow, Möbelträger.
Paul Dehmel, Hochbahnarbeiter.
August Dunz, Kohlenarbeiter.
Otto Hesse, Rollkutscher.
Erwin Hirseland, Geschäftsdiener.
Karl Kalwa, Lagerarbeiter.
Karl Krause, Geschäftsdiener.
Erich Kurz, Geschäftsdiener.
Martin Lisiak, Arbeitskutscher.
Wilhelm Martins, Brauereiarbeiter.
Gustav Meyer, Geschäftsdiener.
Hermann Michel, Geschäftsdiener.
Max Pawlitzki, Lagerarbeiter.
Leo Prodöhl, Bierfahrer.
Julius Suchowitzky, Kohlenarbeiter.
August Schmidt, Kohlenarbeiter.
Paul Schmidt, Geschäftskutscher.
Gust. Schmidtchen, Warenhausdiener.
Bernhard Steinkopf, Arbeitskutscher.
Wilhelm Urbaneck, Rollkutscher.
Georg Wodanz, Geschäftsdiener.
Paul Zimmer, Packer.

70/1 Ehre ihrem Andenken!

Die Bezirksleitung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Zahlstelle Berlin.

Im Felde gefallen sind folgende Mitglieder:

Walter Flöter, Polierer, 23 Jahre alt.
Fritz Galle, Tischler, 32 " "
Erich Meier, Tischler, 20 " "
Walter Mrzyk, Tischler, 29 " "
Emil Pisari, Möbelpolierer, 33 " "
Max Richter, " 32 " "
Wilhelm Tischmeyer, Tischler, 46 " "
Ewald Völkel, Kistenmacher, 33 " "
Paul Völkel, Tischler, 39 " "

Ehre ihrem Andenken!

96/17 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Schuhmacher Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.

Dem Andenken unserer im Felde gefallenen Kollegen gewidmet!

Wilhelm Kohlhammer, Schäftarbeiter, geb. 7. 7. 1878 zu Sülzdorf.
Ludwig Klebs, Fabrikarbeiter, geb. 4. 8. 1881 zu Leonberg.
Wilhelm Modisch, Zwicker, geb. 27. 8. 1878 zu Ladeburg.
Ernst Schaffrath, Zwicker, geb. 28. 1. 1880 zu Ohlau.
Karl Heine, Zuschneider, geb. 1. 11. 1871 zu Barbi.
Otto Volkmann, Schäftarbeiter, geb. 7. 11. 1877 zu Drenow. 169/15

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter, Filiale Groß-Berlin.

Den Mitgliedern geben wir hiermit Nachricht vom Tode des Kollegen

August Bünger

(Invalide) vom Wasserwerk Tegel.

Ehre seinem Andenken!

Beerdigung morgen Montag, den 4. Dezember, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Nazareth-Kirchhofes in Reinickendorf, Berliner Straße, aus.

Um rege Beteiligung bei der Bestattung des Kollegen ersucht

85/3 Die Ortsverwaltung.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 1. November 1916, morgens 6½ Uhr, infolge Granatschusses mein innigstgeliebter Mann, unser herzensguter Vater, der Gefreite

Thomas Gosciaszek

im 32. Lebensjahre. †95

In tiefstem Schmerz
Anna Gosciaszek als Gattin nebst Kindern.

Zerstört, vernichtet ward sein Leben von dieser grausen Gegenwart, ein Ziel gesetzt hat seinem Streben des rauhen Krieges Schicksal hart. Gekämpft hat er für höh'ren Willen, so mußte er in den Tod er geh'n. Niemals wird sich für uns erfüllen sein heißer Wunsch auf Wiederseh'n. —

Lieber Vater schlaf in Ruh,
Unsere Liebe deckt Dich zu.

Deine beiden Lieblinge Karlchen und Franz.

Am 6. Oktober fiel mein lieber treusorgender Mann und Vater, unser guter Sohn, Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Landsturmmann

Max Anders

im 31. Lebensjahre. †148

Dies zeigt im tiefsten Schmerz an
Martha Anders geb. Werner nebst Sohn **Kurt.**
Eltern und Geschwistern.
Adlershof, Bismarckstr. 66.

Wenn Du auch in ferner Erde
zur Ruh gebettet bist,
In der Heimat ist ein Herz,
das Deiner nie vergißt!

Hiermit allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser guter Sohn und Bruder, mein lieber Mann

Emil Micheel

am 22. November 1916 durch Volltreffer im 36. Lebensjahre gefallen ist. 15775

Dies zeigen in tiefstem Schmerz an
Heinrich Micheel und Frau, als Eltern.
Martha Salomow, als Schwester.
Ella Micheel, als Frau.
Berlin-Tegel, den 3. Dez. 1916.

Deutscher Bauarbeiter-Verband, Zweigverein Berlin.
Bezirk Pankow.

Am 29. November starb unser Mitglied, der Putzer

Ernst Kotz.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Montag, den 4. Dezember, nachmittags 2½ Uhr, auf dem 2. Gemeindefriedhof in der Galileistraße statt.

Um rege Beteiligung ersucht

143/8 Die örtl. Verwaltung.

Gesangverein „Immergrün", Tegel. (M. d. A.-S.-B.)

Den Mitgliedern und allen Bekannten zur Nachricht, daß unser Sangesbruder

Emil Micheel

am 22. November 1916 gefallen ist.

Ehre seinem Andenken!

15765 Der Vorstand.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dreher

Oskar Peter

am 28. November verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Kollegen des Werkzeugbaues A. E. G. Kabelwerk Oberspree.

Die Beerdigung findet am Montag, nachmittags 3½ Uhr, auf dem Heilig-Kreuz-Kirchhof in Mariendorf statt. †11

Sozialdemokratischer Wahlverein Niederbarnim.
Bezirk Tegel.

Am 22. November fiel durch Volltreffer unser Mitglied

Emil Micheel

im 36. Lebensjahre. 15755

Ehre seinem Andenken!

Die Bezirksleitung.

Verband der Bureauangestellten Deutschlands.
Ortsgruppe Groß-Berlin

Am 1. Dezember verstarb unser Mitglied, Krankenkassenangestellter

Fritz Ebert

(Allg. Ortskrankenkasse Weißensee) im Alter von 37 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Dienstag, den 5. Dezember, nachmittags 3½ Uhr, auf dem Gemeindefriedhof Weißensee, Röländstraße, von der Leichenhalle aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

40/12 Die Ortsverwaltung.

Verband der Sattler und Portefeuiller.
Ortsverwaltung Berlin.

Als Opfer des Weltkrieges fielen die Kollegen

Hans Peter
23 Jahre alt.
Paul Oelze
25 Jahre alt.
Johannes Bode
37 Jahre alt.
Oskar Opitz
34 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

150/3 Die Ortsverwaltung.

Turnverein „Fichte" Berlin.

Am 30. November verschied infolge Herzschlages unsere liebe Turnschwester

Charlotte Zubeil.

Als Mitbegründerin der fünften Frauenabteilung und durch ihr stets freundliches Wesen hat sie ein ehrendes Andenken.

Beerdigung wird noch bekanntgegeben. 186/5

Verein der Freidenker für Feuerbestattung zu Berlin.

Am 29. November verstarb unser Mitglied, Frau

Agnes Katzorke
geb. **Brandt**

Schöneberg, Gustav-Müller-Str. 3, im 49. Lebensjahre.

Ehre ihrem Andenken!

Die Einäscherung findet Montag, den 4. Dezember, nachmittags 3½ Uhr, im Krematorium zu Treptow statt.

Um zahlreiche Beteiligung bittet

289/7 Der Vorstand.

Ferner ist am 22. November unser Mitglied, Herr

Robert Kionke

verschieden. Die Bestattung ist bereits erfolgt.

Ehre seinem Andenken!

Zum 28. Geburtstage.

Als Opfer des entsetzlichen Krieges fiel am 16. September 1916 mein innigstgeliebter Bräutigam, unser lieber Sohn und Bruder, der Landsturmmann

Franz Nowicki

Res.-Inf.-Regt. 59, 9. Komp.

Im tiefsten Schmerz
Ella Frisch, als verlobte Braut nebst Eltern und Geschwistern.
Frau Thekla Nowicki, als Mutter nebst Söhnen.

Mit der Sehnsucht im Herzen
nach seinen Lieben,
Mit der Sehnsucht im Herzen
ist er geblieben.
Wär' jeder so wie er,
Gäb's weder Krieg noch Not.
Als Sohn des Volkes starb er,
Getreu bis in den Tod.
Sein Wunsch war nur ein
Wiedersehen!

Charlottenburg, den 2. Dezember 1916. †150

Als Opfer dieses Weltkrieges fiel am 16. Oktober 1916 durch Granatsplitter in Kopf und Brust mein innigstgeliebter Mann, mein herzensguter Papa, Sohn und Schwiegersohn, Bruder und Schwager, der Gardefüsilier

Fritz Woithe

im Alter von 33 Jahren.

Dies zeigen schmerzerfüllt an seine tieftrauernde Gattin
Anna Woithe geb. Richter,
Edith als Tochter,
Mutter und Geschwister.

Kalt ist der Krieg und ohn' Erbarmen reißt er das Liebste uns aus den Armen. Mit der Sehnsucht im Herzen nach seinen Lieben, mit der Sehnsucht ist er geblieben. Dein Wunsch kann nun nicht mehr geschehen, wie Du immer schriebst: „Ein frohes Wiedersehen". †148

Lieber Papa, schlaf in Ruh,
unsere Liebe deckt Dich zu.
Deine süße Edith.
Adlershof, Waldstraße 58.

Die Beerdigung unserer Tochter

Charlotte Zubeil

findet am Dienstag, den 5. Dezember, nachm. 3 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Familie Max Zubeil.

Sozialdemokratischer Wahlverein Kreis Niederbarnim.
Bezirk Reinickendorf-Ost.

Als Opfer des Weltkrieges fiel Ende September unser Genosse

Hugo Ahrendt

Ehre seinem Andenken!

246/6 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Friedrichshagen.

Vom seinem Urlaub zurückgekehrt, fiel am 22. November unser Genosse, der Sanitätssoldat

Max Knerich.

Ehre seinem Andenken!

246/7 Der Vorstand.

Schwimmverein „Vorwärts"
Berlin 1897.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß einer der Besten, unser Schwimmgenosse

Artur Kutzer

durch Granatsplitter getötet wurde.

Ehret sein Andenken!

15825 Der Vorstand.

Am 1. Dezember d. J. verstarb nach längerer schwerer Krankheit unser lieber Kollege, der Kassenangestellte

Friedrich Ebert

im 38. Lebensjahre.

Der Verstorbene war seit dem 1. April 1912 in unserer Verwaltung tätig.

Seine Gewissenhaftigkeit und Pflichttreue und sein liebenswürdiges, entgegenkommendes Wesen haben ihm ein bleibendes Andenken bei uns gesichert.

Der Vorstand u. die Angestellten d. Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin-Weißensee.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 5. Dezember, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes zu Berlin-Weißensee, Röländstraße, aus statt. 272/17

Nachruf.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 16. November 1916 unser treuer Sangesbruder †148

Otto Stortz.

Ehre seinem Andenken!

Gesangverein „Deutsche Eiche".

In den heißen Kämpfen am 16. November 1916 fiel durch Artillerie-Volltreffer mein heißgeliebter Mann und treusorgender Vater, lieber Sohn, Bruder und Schwager, der Gefreite

Georg Müller

Bln.-Lichtenberg, Alomstraße 19, Res.-Inf.-Regt. 93, 1. Komp., im 31. Lebensjahre.

Dies zeigen tiefbetrübt an
Auguste Müller geb. Drube nebst Töchterchen Gretchen.
Als Eltern: **Wilhelm Müller** und Frau, Holteistr. 16.
Brüder **Gustav, Helmut, Willi,** zurzeit im Felde.
Emil Müller, zurzeit i. Garnis.
Schwiegervater **Aug. Drube.**
Schwager **Fritz u. Ernst Drube** und Schwägerin **Hulda Müller** geb. Kublmeyer.

Du bist so früh geschieden,
Du viel geliebtes Herz,
Du hast nun Deinen Frieden
Und wir den bitt'ren Schmerz.

Nachruf.

Als Opfer des Weltkrieges fiel im August dieses Jahres unser lieber Kollege, der Sattler

Paul Oelze

im 24. Lebensjahr. 40a

Wir verloren in ihm einen unserer Besten.

Die Kollegen der Firma Wiedermann.

Haben Sie **Fußbeschwerden?**

empfehle nach Maß passend gearbeitete **Stützeinlagen** sowie **Bruchbandagen** aller Art, Leibbinden, Suspensorien usw., Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege.

Pollmann, Bandagist,
Berlin N, Lothringer Str. 60,
Lieferant für Krankenkassen.

H. Pfau, Bandagist
Berlin C., **Dircksenstraße 20**
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Polizeipräsidium. — Amt Kgst. 9206.
Für Damen Frauen-Bedienung.
Lieferant für alle Krankenkassen

HERMANN

Leipziger Strasse — Alexanderplatz — Frankfurter Allee

Der Berliner Hausfrauenverein
zeigt am Dienstag und Mittwoch, dem 5. und 6. ds. Mts., im Ausstellungssaal, Leipziger Strasse (4. Stock)
Kriegsgemässes Weihnachts-Gebäck

195a

Pelzwaren

		Kragen	Muff
Fuchs-Kragen	schwarz Kanin	13.25	13.75
Dopp.-Fuchs-Krag.	Fehwamme	25.50	17.50
Fuchs-Kragen	Sittka-Kanin	29.50	25.50
Dopp.-Fuchs-Krag.	Brosse-Kanin	22.50	22.50

		Kragen	Muff
Doppel-Fuchs-Krag.	Seal-Kanin	39.50	39.50
Alaska-Fuchs-Krag.	schwarz	39.50	39.50

Pelz-Paletots moderne Glockenformen ..... von **490.00** an

		Kragen	Muff
Fehrück.-Krag.	grau, runde Form	59.00	65.00
Skunksopossum	große Fuchsform	75.00	75.00
Fuchs-Kragen	weiß Kanin	7.90	12.50
Dopp.-Fuchs-Krg.	weiß Kanin große Form	19.75	19.75

Kleiderstoffe

Bezugsscheinpflichtig

Gestr. Blusenstoffe dunkel, mit Kunstseide	Meter	2.90
Dunkle Schotten mit Kunstseide, doppelbreit	Meter	3.25
Blusenflanelle hell, gestreift	Meter	3.75
Schwarze Stoffe reine Wolle, etwa 105 cm breit	Meter	5.90
Einfarbige Stoffe reine Wolle, etwa 105 cm breit	Meter	6.25
Jackenkleiderstoffe grau, etwa 130 cm breit	Meter	6.90
Reinwollene Schotten etwa 105 cm breit	Meter	8.90
Mäntelstoffe etwa 150 cm breit	Meter	10.50
Reinwollene Tuche etwa 130 cm breit	Meter	15.90
Bezugsscheinfrei		
Halbseidene Stoffe gestreift, etwa 105 cm breit	Meter	5.50

Seidenstoffe

Bezugsscheinfrei

Einfarbige Seide in verschiedenen Farben	Meter	2.45
Reinseidene Schotten in aparten Strickmustern	Meter	3.90
Diamant-Seide doppelbreit, schwarz und farbig	Meter	5.25
Kettendruck-Seide (Chinis)	Meter	5.90
Prinzeß-Seide doppelbreit, schwarz und farbig	Meter	6.50
China-Krepp schwarz und farbig, 100 cm breit	Meter	7.25
Kleider-Taft doppelbreit, schwarz und farbig	Meter	7.90
Kaschmir-Seide doppelbreit, schwarz und farbig	Meter	8.50
Lindener Samt etwa 70 cm breit, gerippt	Meter	6.90
Lindener Köper-Samt etwa 70 cm breit, gute Qual.	Meter	13.50

Wir verkaufen

Geschenk-Gutscheine

zu **3, 5, 10, 20** Mark

in geschmackvoller Ausführung, welche sich als

praktisches Weihnachts-Geschenk

in beliebiger Höhe zusammenstellen lassen.

Die Gutscheine werden beim Einkauf als

bares Geld

an allen Kassen unserer sämtl. Häuser in Zahlung genommen.

Die Brikettproduktion

betrug im Jahre	1885	21 500 t
„ „	1895	67 000 t
„ „	1905	693 500 t
„ „	1915	1 932 300 t

Wir suchen für dauernde Beschäftigung und guten Lohn für unsern Betrieb Pulverfabrik

Maurer, Zimmerleute, Bauhilfsarbeiter sowie **Erdarbeiter** (Kolonnen erwünscht).

Ferner:

ungelernte Arbeiter in großer Zahl.

Reisegeld wird bedingungsweise vergütet. Arbeitsuchende wollen sich schriftlich oder mündlich wenden an 191/3*

Arbeitsnachw. d. Pulverfabr. Premnitz, Rathenow, Bahnhofstr. 22.

„Hoffnung"

Berliner Schneiderei-Genossenschaft (E. G. m. b. H.)
gegründet von organisierten Schneidergehilfen
Berlin N.
Brunnenstr. 185 (am Rosenthaler Tor).

Großes Lager
fertiger
Herren- und Knaben-Garderoben
Winter-Paletots ❀ Ulster
Bozener Mäntel ❀ Pelerinen
Joppen und Anzüge
Arbeiter-Berufskleidung
aller Art.

Elegante Maß-Anfertigung.

Lieferant der Konsum-Genossenschaft und der Ortsgruppe Berlin d. Arbeiter-Radfahrer-Bundes.

Sonntags von 12–2 Uhr geöffnet.

Telephon: Amt Norden 1501. 104/1*

Pelz-
Kragen, Muffen, Mäntel i. Fuchs, Nerz, Iltis, Sealbisam zu besond. billigen Preisen.
Pelzwaren-Fabrik
Leipziger Str. 58
(nahe Spittelmarkt), Kein Lad. 1 Treppe.
Sonntag v. 12-2 geöffn.

Die Zarengeißel
Sturmschreie aus hundert Jahren :: Herausgegeben von Dr. Franz Diederich
In festem Umschlag geheftet
60 Pfennig
Das Thema dieses Buches ist der Kampf gegen den Zarismus, der Rußland blutig knechtet u. Europa barbarisch bedroht. — Die Zarengeißel ist ein Kampfbuch voll Unerbittlichkeit. Aus dem Sturm des gegenwärtigen Krieges ist es hervorgewachsen
Zu beziehen durch die:
Buchhandlung Vorwärts 20
SW, Lindenstr. 3

ALASKA-Füchse
Blau-, Silber-, Rot- u. Kreuzfuchsgarnituren, sowie sämtl. edleren Pelzarten in entzückenden Ausführungen in meiner Werkstatt **Kölln. Fischmarkt 1** II, zwisch. Breitestraße u. Städt. Sparkasse (Beer). — NB. Plüschsachen, Kanin und Hasen führe ich nicht. *

Naturstahl
kaufen **Hirsch & Arndt**, Maschinenfabrik, Sippliner Str. 87. 10—2 Uhr.

Reichels Magentropfen
Seit 25 Jahren erfolgreich erprobt u. berühmt durch ihre große Wirkung bei allen Magenbeschwerden. Fl. 2.50 M. (kleine Fl. 1.— M.). Echt nur mit Marke „Meteor". Wo nicht erhältl., durch Otto Reichel, Berlin 48, Eisenbahnstr. 4.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak von
G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel.
Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.
Amt Moritzpl. 3014.

Verantwortl. Redakteur: Dr. Franz Diederich, Friedenau. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68.